

16. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Untersuchungsausschuss „Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“

4. Sitzung

Montag, 14. November 2016, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal, öffentlicher Teil

Johann-Jakob-Moser-Saal, nicht öffentlicher Teil

Beginn: 9:35 Uhr (Mittagspause: 13:41 bis 14:36 Uhr) Schluss: 18:42 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

Beweisaufnahme: Anhörung von Sachverständigen
und Vernehmung von Zeugen

Sv. Dr. Fabian Virchow	S. 2
Sv. J. R.	S. 38
Z. F. G.	S. 76

Teil II – VS-NfD

Teil III – nicht öffentlich

Hinweis:

Die Ausführungen in diesem Teil sind streng wörtlich, also völlig unredigiert, wiedergegeben.

– – bedeutet: Redner hat Satz nicht beendet, sondern abgebrochen.

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:35 Uhr)

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen. Wir treten in die Tagesordnung ein:

Beweisaufnahme: Anhörung von Sachverständigen und Vernehmung von Zeugen

Professor Dr. Fabian Virchow, Hochschule Düsseldorf

J. R., „Argumente und Kultur gegen Rechts e. V.“

F. G.

I. C., Regierungsdirektorin, BND

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich darf fragen: Sind Zeugen im Saal? Diese müsste ich zunächst bitten, den Saal zu verlassen. Für die heute geladenen Zeugen steht der Josef-Schofer-Saal zur Verfügung. Sie werden dann einzeln hereingerufen.

Bevor wir mit der Vernehmung beginnen, möchte ich alle anwesenden Personen im Voraus darauf hinweisen, dass der zweite Sachverständige, Herr R., bereits angezeigt hat, mit Bild- und Filmaufnahmen nicht einverstanden zu sein. Tonaufnahmen sind kein Problem, wie er uns gesagt hat. Er bittet darum, auch außerhalb des Saals, dass sein Bild verpixelt wird.

Wir kommen nun zur Vernehmung des Sachverständigen Professor Dr. Virchow. Ich darf bitten, den Herrn Sachverständigen hereinzurufen.

Sachverständiger Professor Dr. Fabian Virchow

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Professor Dr. Virchow, setzen Sie sich bitte in die Mitte, vor das schöne Schild „Landtag von Baden-Württemberg“. Sie sind während Ihrer Vernehmung mit Film-, Ton- und Bildaufnahmen einverstanden? – Vielen Dank.

Zunächst darf ich den Hinweis geben, dass gemäß § 8 Untersuchungsausschussgesetz im Rahmen der Beweisaufnahme auch die Vernehmung von Sachverständigen öffentlich erfolgt.

Ich stelle fest, dass Sie als Sachverständiger in der heutigen Sitzung ordnungsgemäß erschienen sind, und darf Sie vor Ihren Ausführungen formal belehren. Das ist kein Misstrauen, sondern das müssen wir mit allen Zeugen und Sachverständigen so machen.

Sie müssen als Sachverständiger die Wahrheit sagen, dürfen nichts hinzufügen und nichts Wesentliches weglassen. Nach dem Untersuchungsausschussgesetz besteht auch die Möglichkeit, Sie zu vereidigen. Eine vorsätzliche unrichtige und unvollständige Aussage vor dem Untersuchungsausschuss ist aber immer strafbar, auch dann, wenn Sie nicht vereidigt werden.

Sie können nach § 17 Absatz 3 Untersuchungsausschussgesetz und § 55 StPO die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, und – Sie sind ja Beamter – –

Sv. Dr. Fabian Virchow: Nein, ich bin angestellter Professor.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Nicht. Dann kann ich den Zusatz, den ich bei Beamten machen muss, weglassen. Gut. – Also, Sie haben das verstanden?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann darf ich Sie bitten, dem Ausschuss Ihren Vor- und Zunamen, Ihr Alter und Ihre Berufsbezeichnung mitzuteilen und uns noch ergänzend mitzuteilen, ob die für die Ladung verwandte Anschrift nach wie vor gültig ist.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Mein Name ist Fabian Virchow, ich bin 56 Jahre alt und Hochschullehrer in Düsseldorf. Die Adresse, über die Sie mich geladen haben, ist weiterhin gültig.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Professor Dr. Virchow, Sie sind hier als Sachverständiger geladen, um uns einen Überblick über den Rechtsextremismus und insbesondere seine Geschichte in Bezug auf unseren Untersuchungsauftrag, der Ihnen vorliegt, zu geben. Wie Sie daraus erkennen können, geht es uns vor allem darum, mögliche Bezüge des NSU über die diversen rechten Netzwerke und Verbindungen nach Baden-Württemberg aufzuklären, aber auch mögliche Erkenntnisse über das Vorgehen der Rechtsterroristen gerade auch in Baden-Württemberg zu gewinnen.

Ich hätte jetzt die Bitte: Sie haben mir vorhin schon gesagt, dass Sie eine kleine Einführung machen werden.

Sv. Dr. Fabian Virchow: So ist es.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann darf ich Sie um diese Einführung bitten.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin gebeten worden bzw. habe den Auftrag so verstanden, insbesondere etwas zur Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik vorzutragen. Tatsächlich ist das Bekanntwerden des NSU damit verbunden, dass eine bestimmte Form rechter Gewalt verstärkt Aufmerksamkeit gefunden hat, die in der Vergangenheit relativ wenig öffentliche Beachtung gefunden hat, wenn man von einzelnen rechtsterroristischen Taten wie beispielsweise dem Anschlag auf das Münchner Oktoberfest absieht.

Wenn man sich jetzt mit der Geschichte des Rechtsterrorismus beschäftigt, muss man, glaube ich, zunächst einmal eine Abgrenzung vornehmen und darüber Rechenschaft ablegen, welche Art von Gewalttaten denn eigentlich unter diesem Rubrum zu betrachten sind. Es gibt in der Terrorismusforschung, glaube ich, bis zu 250 Definitionen dessen, was man darunter verstehen möchte. Zum Teil wird das unterschieden nach weltanschaulichen oder ideologischen Grundlagen, zum Teil wird das danach unterschieden, in welchen Bereichen das stattfindet oder welcher Mittel sich da bedient wird, also z. B. Cyber-Terrorismus usw.

Ich will Ihnen kurz vorstellen – denn ich glaube, es macht wenig Sinn, jetzt wirklich die ganzen Definitionen zu diskutieren –, was mein Verständnis ist, wenn ich über Terrorismus spreche. Ich nutze diesen Begriff, wenn folgende Kriterien erfüllt sind: erstens, dass es sich bei dem Gewalthandeln um geplantes Handeln handelt und nicht um ein Handeln, das sozusagen aus einer ganz spezifischen Situation mehr oder weniger situativ entsteht, zweitens, dass dieses Handeln auf Kontinuität angelegt ist, also nicht eine einmalige Gewalthandlung ist – das ist so etwas wie eine strategische Komponente –, drittens, dass diese Gewalt klandestin oder halb geheim sozusagen organisiert und vorbereitet wird mit entsprechenden Vorbereitungshandlungen, wie wir sie ja auch beim NSU kennengelernt haben, viertens, dass dieses Gewalthandeln mit dem Ziel ausgeübt wird, Angst und Einschüchterung bei einer größeren Zahl von Menschen zu erzeugen und/oder Entscheidung politischer Akteure oder sozialer Gruppen zu beeinflussen –

also möglicherweise Einfluss darauf zu nehmen, wie sich die Asyl- und Flüchtlingspolitik entwickelt, oder Einfluss darauf zu nehmen, ob die Stationierungskräfte abgezogen werden –, und schließlich fünftens, dass all dies nicht mit dem Ziel passiert, sich persönlich zu bereichern.

Definitionen sollen ja dazu beitragen, ein bestimmtes Phänomen von anderen abzugrenzen. Wenn man diese fünf Kriterien nimmt, dann könnte man Terrorismus eindeutig abgrenzen z. B. von der Mafia, für die einzelne Kriterien auch zutreffen würden, aber wo wir wissen, da geht es dann doch eher um persönliche Bereicherung, um materielle Aspekte. Aber es lässt sich auch abgrenzen von rassistisch motivierter Alltagsgewalt, also das, was wir mit steigenden Zahlen in den letzten Jahren noch einmal sehr deutlich haben sehen können.

Diese Definition, die ich verwende, unterscheidet sich von anderen Definitionen u. a. auch dadurch, dass sie sogenannte Lone Actors – manche sagen auch, Lone Wolfs; ich versuche diesen Begriff zu vermeiden, weil dieser sozusagen Teil der Selbstinszenierung ist – und deren Taten umfasst. Manche gehen eben davon aus, dass Terrorismus ein Gruppendelikt ist, und dadurch fallen dann bestimmte Täter- und Tatstrukturen aus der Betrachtung heraus.

Es gibt auch Definitionen, die staatliches Handeln ausnehmen, die also sagen, es gibt keinen staatlichen Terrorismus. Die schlagen dann andere Begrifflichkeiten vor – wie auch immer. Und es gibt – das vielleicht als letzte Anmerkung – auch Terrorismusdefinitionen, die sehr stark bis ausschließlich darauf orientiert sind, dass der Kern des Terrorismus sozusagen eine Botschaft ist, die ausgesandt wird und die entsprechend in mündlicher oder schriftlicher Form artikuliert vorliegen muss. Ohne Zweifel hat Terrorismus auch eine Botschaftsdimension, aber wir wissen vom Rechtsterrorismus – das ist ja vielfach diskutiert worden –, dass dort nur sehr beschränkt solche schriftlichen Bekenntnisse vorliegen; wenn ich es richtig überblicke, ist das bei ungefähr 20 bis maximal 25 % rechtsterroristischer Taten der Fall.

Trotz solcher Definition gibt es immer Grenzfälle, weil die soziale Wirklichkeit komplizierter und nicht so eindeutig ist wie wissenschaftliche Abgrenzung. Ein Beispiel dafür ist vielleicht der Fall K. D., der im Februar 1997 in Berlin einen Buchhändler angeschossen hat, nachdem es im Zusammenhang mit einem NPD-Aufmarsch in Berlin zu Protesten gekommen ist. Darüber war er verärgert und wollte dann Rache nehmen, er hat diesen Buchhändler, den er als Linken angesehen hat, angeschossen, ist dann geflohen und hat bei seiner Flucht später einen Polizisten erschossen.

Das ist sozusagen von der Dynamik her eine situative Gewaltanwendung, aber gleichzeitig kann man, wenn man sich mit der Person K. D. intensiver beschäftigt, sehen, dass er sich – Zitat – als „Soldat für die Freiheit des deutschen Volkes“ verstand, dass er sich Waffen beschafft hat und auch von der Idee fasziniert war, einen solchen Krieg in Deutschland gegen das System auszutragen. – Das sind so Grenzfälle, über die man dann im Einzelnen sprechen kann.

Jetzt kann man, wenn man den Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik systematisiert, das zum einen chronologisch tun. Das will ich jedoch nur knapp tun und stattdessen stärker auf eine Systematisierung eingehen. Trotzdem einige Hinweise auf Vorläufer – wenn man so will – des NSU im Sinne dessen, dass es solche rechtsterroristischen Strukturen in der Bundesrepublik schon gegeben hat:

Der Beginn rechtsterroristischer Aktivität wird in der Regel datiert auf die späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre. Man kann vielleicht später noch einmal auf die Frage kommen, in welchen gesellschaftlichen und politischen Situationen das Entstehen von Rechtsterrorismus wahrscheinlicher ist. Aber in dieser Situation entstehen zunächst eine Reihe von kleineren Organisationen und Grüppchen, deren Namen ich nur kurz nennen will. Ihnen allen ist gemeinsam, dass ihre Mitglieder sich Waffen beschafft haben, dass sie Depots angelegt haben, zum Teil mit Sprengstoff, dass sie also entsprechende schwere Verbrechen vorbereitet haben und dann eine Vielzahl von Planungen entworfen haben – von denen glücklicherweise nur ein kleiner Teil realisiert wurde.

Es gab die Europäische Befreiungsfront, diese plante beispielsweise einen Anschlag anlässlich des Treffens von Willy Brandt und Herrn Stoph, dem damaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR. Aus dieser Europäischen Befreiungsfront ist tätig geworden E. W., der 1970 einen sowjetischen Wachsoldaten in Berlin angeschossen hat und danach eine Karriere von politischer Kriminalität eingeschlagen hat, die einen sehr langen Zeitraum angedauert hat.

Es gab die Gruppe „H.“, nach einem der Gründer benannt, die einen Anschlag auf eine DKP-Geschäftsstelle verübt haben und weitere Überfälle geplant hatten, die Nationale Deutsche Befreiungsbewegung, die NS-Kampfgruppe Großdeutschland und Ähnliche. Das sind sozusagen kleine Gruppierungen aus dieser Frühphase.

Das setzt sich in den Siebzigerjahren fort mit der O.-Gruppe, die Sprengstoffanschläge auf Staatsanwaltschaften in Flensburg und Hannover verübten, die Wehrsportgruppe R., die dann das erste Mal im Bereich Rechtsterrorismus nach dem § 129 a angeklagt wird und auch entsprechend im sogenannten Bückeburger Prozess verurteilt wird, die sich zunächst mal Waffen und Geld beschafft haben durch Überfälle und u. a. geplant haben die Entführung des Ehepaars Klarsfeld und die Freipressung von Rudolf Heß aus dem Spandauer Gefängnis.

Wir haben dann in den Achtzigerjahren, in den frühen Achtzigerjahren, zunächst die sogenannten Deutschen Aktionsgruppen und M. R., der eine zentrale Figur ist, weil spätere Generationen sich sozusagen auch an ihm orientieren, den Prozess beobachten und später eigentlich ihre Lehren aus dem ziehen, was M. R. gemacht hat. M. R. und die Deutschen Aktionsgruppen haben eine Reihe von Brand- und Bombenanschlägen verübt auf eine Auschwitz-Ausstellung und eine jüdische Schule in Hamburg – und erstmals eben auch terroristische Anschläge auf Asylunterkünfte in Zehlendorf und in Hamburg. In Hamburg sterben dabei zwei vietnamesische Flüchtlinge.

Wir haben die Wehrsportgruppe H. und die Volkssozialistische Bewegung Deutschlands, die als Ganzes nicht als terroristisch bezeichnet werden können, aus denen aber einzelne Mitglieder terroristische Aktionen begehen, u. a. Morde.

Dann setzt sich das sozusagen fort in die 1990er- und 2000er-Jahre. Das kann man vielleicht an späterer Stelle noch einmal aufnehmen.

Wenn man das systematisch anschaut, dann wird man für die Bundesrepublik – und darüber spreche ich hier; das ist in anderen Ländern gelegentlich anders – feststellen müssen, dass diese Gruppierungen – wenn es Gruppierungen sind – in der Regel kleine Zellen sind, oder es sind Lone Actors, also Einzelakteure, die zwar auch politisch geprägt sind durch das Milieu, aber die sozusagen dann die Tatausführung, die Umsetzung doch als einzelne Akteure praktizieren.

Es gibt – das setzt den Rechtsterrorismus auf eine spezifische Art von anderen terroristischen Ausprägungen ab – seit vielen Jahrzehnten ausgearbeitete Konzepte, was diese terroristischen Aktivitäten angeht. Das ist relativ früh die Wiederauflage einer Schrift, die noch im NS-Regime für die sogenannte Bandenbekämpfung entwickelt worden ist mit dem Titel „Winke für Jagdeinheiten“ – also „Winke“ meint „Hinweise“. Diese Schrift ist in der Bundesrepublik vielfach nachgedruckt worden und u. a. auch von der NPD über viele Jahre vertrieben worden. Wir haben dann seit den früheren 1990er-Jahren eine eigentlich fortlaufende Zahl von Schriften, entweder auf Deutsch oder aus dem Englischen übersetzt, in denen sehr detailliert und dezidiert ideologische Begründungen für Rechtsterrorismus gegeben werden, aber eben auch, wenn Sie so wollen, strategische Konzepte vorgestellt werden.

Wir haben die Schrift „Eine Bewegung in Waffen“, die z. B. sich mit der Frage beschäftigt: Wie kann eigentlich die Bevölkerung beeinflusst werden? Wie stehen illegale und legale Aktivitäten zueinander? Diese definiert bestimmte Phasen des Kampfes und formuliert sehr eindeutig z. B. das Ziel, dass Kollaborateure, also diejenigen, die mit dem demokratischen System zusammenarbeiten, liquidiert werden müssen, und auch da findet sich schon eine Art Empfehlung, den Terrorismus als Notwehrmaßnahme zu rechtfertigen.

Wir haben dann – das hatte ich schon kurz erwähnt – den Import, wenn Sie so wollen, von Schriften aus den USA, u. a. das „White Resistance Manual“, in dem zum ersten Mal eigentlich dezidiert das Konzept des führerlosen Widerstands entwickelt worden ist mit unterschiedlichen Modellen vom Lone Actors bis zu Kleingruppen, die sehr abgeschottet voneinander arbeiten. Auch dort werden sozusagen Ziele terroristischer Handlungen definiert, die u. a. umfassen, dass man einen Rassenkrieg entfachen will, indem man bestimmte Bevölkerungsgruppen angreift und sozusagen hofft, dass sie dann zurückschlagen. Es wird als Ziel formuliert, dass man den jüdischen Einfluss zurückdrängen und beseitigen muss. Auch dort geht es erneut um Bestrafung von Verrätern.

Solche Manuals gibt es später auch aus der Bewegung „Blood & Honour“: zwei Schriften, „The Way Forward“ und ein weiteres „Field Manual“. Und wir haben noch eine andere – na, ich sträube mich, es so zu sagen – Literaturgattung, nämlich in Romanform vorliegende Strategien, die „Turner Diaries“, den „Hunter“ und „The Uprising“, also insbesondere aus dem englischen Sprachraum, in denen Erzählungen angeboten werden über einen rassistisch motivierten Befreiungskampf und über die Akteure, die diesen Kampf führen.

Vielleicht ein kurzes Wort dazu, was die Begründungen und Motivationslagen im Bereich des Rechtsterrorismus sind. Es geht in jedem Fall um das, was im Bereich der extremen Rechten – also „Lebensfragen von Volk und Nation“ – behandelt wird. Diese verschieben sich im Laufe der Jahrzehnte ein bisschen. In der Anfangsphase sind es zwei zentrale Motive. Das eine rankt sich um das Ziel Großdeutschland, und in diesem Zusammenhang war selbstverständlich die Entspannungspolitik, waren Kontakte zwischen den Regierungen in der Bundesrepublik und der DDR etwas, was überhaupt nicht akzeptabel war, weil man davon ausging, dass das sozusagen die deutsche Spaltung verstetigt.

Wir haben gleichzeitig in diesem Zeitraum einen sehr aggressiven Antikommunismus, was sich daran ablesen lässt, dass es eine Reihe von Angriffen und terroristischen Angriffen auf ganz unterschiedliche Einrichtungen der politischen Linken gegeben hat und eben dann auch auf Repräsentanten der DDR und der Sowjetunion.

Ein weiterer Punkt, der für die extreme Rechte und damit auch den Rechtsterrorismus lange zentral gewesen ist, ist, dass man eine tatsächliche Aufklärung über die NS-Verbrechen, insbesondere den Holocaust, verhindern wollte. Aus dieser Orientierung ergaben sich auch eine Reihe von terroristischen Taten, z. B. im Zusammenhang mit der Ausstrahlung der Serie „Holocaust“ – also eine Phase, in der es tatsächlich erstmals auch gelang, diese Verbrechen einer breiteren Bevölkerungsmehrheit nahezubringen. Dort ist ein Sprengstoffanschlag auf einen Sendemast verübt worden, es sind Anschläge auf Ausstellungen verübt worden, Bedrohung von Staatsanwälten, die gegen Holocaust-Leugner ermittelt haben usw. Also, auch in diesem Themenfeld liegt ein Schwerpunkt rechtsterroristischer Aktivitäten.

Ein weiterer Punkt ist sozusagen die Idee einer tatsächlich – das ist vielleicht ein bisschen missverständlich zu formulieren – souveränen Nation. Wir wissen ja, dass die Bundesrepublik in verschiedene internationale Verträge eingebunden ist. Für die extreme Rechte ist Souveränitätsverzicht in solchen Kontexten, sei es die UNO, oder sei es die EU, die NATO, etwas, was nicht akzeptabel ist, insbesondere dann nicht, wenn es, wie im Fall der Bundesrepublik, über einen längeren Zeitraum auch Stationierungstruppen gegeben hat, seien sie jetzt aus Großbritannien, Frankreich, der Sowjetunion oder den USA. Auch daraus haben sich rechtsterroristische Aktionen gespeist, insbesondere in den frühen 1980er-Jahren Anschläge auf US-Soldaten im Großraum Frankfurt, wobei mehrere dieser Soldaten verletzt worden sind.

Und schließlich – das scheint mir insbesondere für die letzten drei Jahrzehnte das zentrale Handlungsmotiv – gibt es die Idee sozusagen einer rassistisch und völkisch reinen Nation, die es zu verteidigen gilt, und aus dieser weltanschaulichen Disposition ergeben sich eben zum Teil die Form von rassistischer Alltagsgewalt, die wir kennen, aber in vielen Fällen auch, angefangen bei M. R., die terroristischen Aktionen mit dem Ziel, eine veränderte Asyl- und Flüchtlingspolitik herbeizuführen.

Alle diese ideologischen Argumentationsebenen sind unterlegt einerseits durch einen sogenannten Notwehrdiskurs, also nach dem Motto: „Uns bleibt eigentlich gar nichts anderes übrig, als jetzt zu dieser Form politischer Gewalt zu greifen, weil die“ – in Anführungsstrichen selbstverständlich – „Zerstörung der deutschen Nation so weit fortgeschritten ist, dass andere Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen.“ Wir haben in diesen Notwehrdiskurs in der Regel sozusagen auch einen Befreiungsdiskurs eingewoben, der eben argumentiert, dass man sich von bestehenden Beschränkungen und Restriktionen befreien muss.

Ein kurzes Wort zu Gewaltformen des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik, die sehr breit gefächert sind: Es dominieren zum einen Bombenanschläge. Da gibt es, wenn man das statistisch über den Zeitverlauf ansieht, bestimmte Kurvenverläufe, die man vielleicht im Detail später anschauen kann. Es gibt bewaffnete Überfälle zur Waffen- und Geldbeschaffung – auch das ist also mit Blick auf den NSU tatsächlich nichts Neues. Es gibt immer wieder Planungen für Entführungen, um damit andere Forderungen durchsetzen zu können, z. B. gab es auch die Überlegung, Simon Wiesenthal zu entführen. Das hat, wenn Sie so wollen, auf einer Ebene mit solchen prominenten Figuren nicht stattgefunden. Es hat sozusagen in einer anderen Form wiederholt stattgefunden, dann aber zeitlich sehr begrenzt, indem neonazistische Gruppen z. B. linke Jugendliche für einen bestimmten Zeitraum in ihre Gewalt gebracht haben, gefoltert haben usw. Ein Beispiel aus Sachsen-Anhalt wäre eine Gruppierung namens „Blue White Street Elite“, die auch zeitweise verboten war, die solche Praktiken umgesetzt hat.

Die Lebensdauer dieser Gruppierungen des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik ist in der Regel kurz. Der NSU ist da eine Ausnahme, aber in der Regel haben diese Gruppierungen nicht länger als zwei, drei Jahre existiert – wobei man da die methodische Einschränkung machen muss, dass wir uns sozusagen diese Lebensdauer erst dann wirklich bewusst machen können, wenn wir diese Gruppierung sehen. Wann dann dort tatsächlich Akteure den Entschluss gefasst haben, solche Taten vorzubereiten, das wissen wir nicht. Das wissen wir auch teilweise bei denjenigen nicht, wo es Strafverfahren gegeben hat und Personen verurteilt worden sind.

Lassen Sie mich zum Schluss etwas zu den aktuellen Ausprägungen sagen. Wir haben ja insgesamt im Zusammenhang mit der Entwicklung der Flüchtlingszahlen des letzten Jahres, aber schon beginnend in den Jahren 2013, 2014, einen Anstieg an rechter Gewalt. Die Zahlen kennen Sie sicherlich, die das BKA veröffentlicht. Wir haben in diesem Zusammenhang auch vermehrt wieder Formen von rechtsterroristischen Strukturen – jedenfalls wenn man den Ermittlungsverfahren dort Glauben schenkt – gegen Gruppie-

rungen wie die „Old School Society“, gegen die „Gruppe F.“. Es gibt ein Verfahren in Bamberg, wo es unter denjenigen, gegen die ermittelt wird, Akteure von neonazistischen Parteien und aus dieser – ich nenne es sozusagen summarisch mal so – „Pegida“-Bewegung gibt. Das, was wir hier sehen, ist in gewisser Form eine neue Entwicklung, weil sich die Akteure, die sich in solchen Gruppierungen zusammenschließen, eben nicht mehr aus dem klassischen rechtsextremen oder neonazistischen Spektrum rekrutieren, sondern aus einem deutlich erweiterten Kreis von Personen.

Vielleicht schließe ich hier. Ich kann Ihnen später gern noch etwas zu Folgen sagen, zu bestimmten Konstellationen, in denen Rechtsterrorismus entstanden ist. Prognostisch ist das immer schwierig; aber ich würde vorschlagen, dass ich zunächst einmal hier schließe.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank für Ihre einleitenden Bemerkungen. Es gibt sicherlich einige Fragen.

Ich würde einmal anfangen: Im historischen Vergleich fällt auf, dass es von Rechtsextremen zwei Anschläge gibt, die jeweils auf der Theresienwiese gemacht wurden – da gibt es ja auch bestimmte Folgerungen –, nämlich der Mord an M. K. und der Anschlag auf ihren Kollegen auf der Theresienwiese, sowie auf dem Oktoberfest auf der Theresienwiese in München der Anschlag am 26.9.1980 durch den baden-württembergischen Studenten G. K. Er war auch Angehöriger der Wehrsportgruppe H.

Gibt es da nach Ihrer Einschätzung gewisse Parallelen? Ich denke z. B. an Elemente wie: kein Bekennerschreiben, keine polizeilichen Ermittlungen anschließend im rechtsextremen Bereich. Gibt es da irgendwelche Vergleichsmaßstäbe, dass man sagen kann, dass die Theresienwiese möglicherweise auch wegen der Theresienwiese auf dem Oktoberfest ausgesucht wurde?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, eine mögliche Parallele aufgrund des Ortes? Das, glaube ich, ist wirklich Spekulation. Ich finde, da gibt es keine ernsthaften Hinweise darauf. Was die Vergleichbarkeit dieser beiden Fälle angeht, finde ich, ist schon die Tatausführung sehr unterschiedlich. Also, wir haben natürlich – ich mache es sehr kurz; das werden Sie alle wissen – in München sozusagen einen Anschlag, der wirklich völlig beliebig das Publikum trifft, und in Heidelberg

(Zuruf: Heilbronn!)

sozusagen eine gezielte Liquidierung von zwei Polizeibeamten – bzw. eine versuchte; der Kollege hat ja dann glücklicherweise überlebt. Also, insofern sind da die unmittelbaren Parallelen nicht gegeben.

Was die polizeilichen Ermittlungen angeht, so kann man nach allem, was ich weiß – und was, wie ich finde, auch naheliegend ist –, dort, wo ein Polizeibeamter getötet wird, glaube ich, eine hohe Motivation auch der Polizei unterstellen, diesen Täter zu finden – was nicht heißt, dass es woanders nicht auch so ist, aber natürlich fühlt man sich sozusagen davon stärker betroffen. Das ist, glaube ich, sehr nachvollziehbar.

Bezüglich der Ermittlungen, die es in München gegeben hat, gibt es ja auch eine lange Geschichte der Kritik: die frühe Festlegung auf eine Einzeltäterthese usw. Aus meiner Sicht sind das doch zwei sehr unterschiedliche Fälle, die aber auch sozusagen die Bandbreite von Ausführungsarten markieren, die es im Rechtsterrorismus gibt, sodass wir nicht orientieren können: „Es gibt jetzt nur diese Form“, oder: „Diese Form ist wahrscheinlicher“, sondern wir wissen, gerade wenn man dann auch international schaut, dass die Art und Weise, wie das in München praktiziert worden ist, eben auch in Italien praktiziert worden ist; dies zielt darauf, möglichst große Verunsicherung in der Bevölkerung zu schüren mit der Erwartung, dass dann sozusagen autoritäre Lösungsvorschläge Konjunktur haben. Insofern, glaube ich, muss man immer sehr genau gucken: Welche Plausibilität – aus Sicht rechtsterroristischer Akteure – hat eine bestimmte Tausführung?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Nun haben andere Sachverständige auch ausgeführt, dass man eine wesentliche Veränderung der deutschen rechtsextremen Szene ungefähr in den Neunzigerjahren feststellen kann. Sie hat sich internationalisiert, sie hat sich zunehmend sozusagen als eine internationale arische Gemeinschaft betrachtet. Ist das auch Ihre Feststellung, dass sich da in den Neunzigerjahren etwas verändert hat?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Ich glaube, das ist überhaupt nicht zu übersehen und zwar in verschiedener Hinsicht. Zum einen – das ist noch einmal wichtig, und das scheint mir an vielen Stellen unterbelichtet – sehen wir, wenn wir die Diskussionen der extremen Rechten – und das ist dann nicht explizit nur der Rechtsterrorismus, sondern insgesamt in der extrem rechten Szene – betrachten: Die Diskussionen in den frühen Neunzigerjahren sind durch etwas gekennzeichnet, was ich historischen Optimismus nennen würde. Man hatte, wenn auch nicht die großdeutsche Lösung, so doch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sozusagen als ersten Schritt; man hat den Zerfall der Sowjetunion gehabt, den Zerfall und auch die gewaltsame Auseinandersetzung in Jugoslawien, und hat die interpretiert sozusagen als die Durchsetzung der völkischen Idee. Da hat man gesagt: Das ist eigentlich das, wovon wir immer geredet haben.

Deren Blick ist eben völkerbewegende Geschichte, und da haben die gesagt: „Ja, so ist es; wir sehen es vor uns, dass das so ist“, und haben von da aus gesagt: So wird es weitergehen, wir werden auch unser Großdeutschland wiederbekommen, die völkische Idee wird sich sozusagen auch nach innen realisieren – also im Sinne von völkischer Reinheit. – Und entsprechend gab es ja dann auch diese Gewalteskalation 1991 und den folgenden Jahren im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von Asylsuchenden in Deutschland.

Die Erfahrungen, die in diesem Zeitraum gemacht worden sind, werden, wenn man so will, intergenerationell auch weitergegeben an die nächste Generation von Rechtsextremisten. Wenn man das an Zahlen sieht, dann kann man feststellen, dass der Anteil der gewaltbereiten Rechtsextremisten an der Gesamtzahl im Laufe der Zeit immer größer geworden ist. Man kann das auch sehen am Parteienspektrum. Das waren in den Achtzigern bis in die Neunziger Republikaner, DVU, danach war es die NPD – auch da sozusagen die radikalere Variante, die zum Sammelbecken geworden ist.

Insofern würde ich sagen: Ja, es gab in den Neunzigerjahren eine gravierende Veränderung, auch eine zahlenmäßige Zunahme, neue Aneignung oder Wiederaneignung, zum Teil neue Aktionsformen, also z. B. die Aktionsform Demonstration – das ist etwas, was lange zurückgedrängt war, aber dann seit den späten Neunzigerjahren wieder ganz selbstverständlich zum Repertoire, wenn Sie so wollen, dieser politischen Szene gehört.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Als zweite Entwicklung wurde bereits auch durch einen Sachverständigen im Ausschuss herausgestellt, dass sich die Szene von starren Organisationen hin zu flexiblen Netzwerken, zu Kameradschaften usw. entwickelt hat. Ist das auch Ihr Eindruck?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Das gilt, glaube ich, für eine bestimmte Phase. Das ist zum Teil jedenfalls auch eine Reaktion auf die Organisationsverbote in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre gewesen. Das hat zum Teil sozusagen mit der zurückgehenden Attraktivität von so etwas wie der einen großen Führerfigur zu tun.

Ich würde aber gleichzeitig sagen: Das ist zum Teil auch einfach eine taktische Flexibilität. Dass es diese Veränderung gegeben hat, war, würde ich sagen, bis vor sechs, sieben Jahren weitgehend Meinung unter den Kolleginnen und Kollegen. Aber inzwischen gibt es zum Teil wieder eine Rückkehr zu klassischen Parteiformationen, was damals als relativ unwahrscheinlich galt. Also, ich würde sagen, es gibt eine Flexibilität, die es auch schwer macht, mit diesem Phänomen angemessen umzugehen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Nun war es ja früher so – davon ist man ausgegangen –, dass es eigentlich die rechtsextreme Mitgliedschaft in gewissen Organisationen gab, aber nicht in verschiedenen rechtsextremen Organisationen. Auch das hat sich ja nun verändert. Ist es auch Ihr Eindruck, dass man sehr viele dieser Schlüsselakteure in verschiedenen Organisationen, Gruppen auch gleichzeitig findet?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, da würde ich sagen, dass das eigentlich auch früher schon der Fall gewesen ist. Das sind dann unterschiedliche Organisationen gewesen, denen man angehörte. Man war vielleicht auf der einen Seite in der NPD als Partei, hat dort Wahlkampf gemacht, hat sich da getroffen, aber war gleichzeitig in so was wie der Artgemeinschaft – also eine heidnisch-völkische Sekte, die Letztbegründungen liefert für rassistisches Handeln. Oder man war bei den L., auch eine antisemitische Gruppierung, usw. Also, diese Doppel- oder Mehrfachmitgliedschaften hat es frü-

her auch schon gegeben. Insofern glaube ich nicht, dass es in der Form tatsächlich ein neues Phänomen ist.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Die NPD hat sich wahrscheinlich in Baden-Württemberg – ich stelle es einmal als These auf – zu so einer Plattform gewandelt, in der dann auch führende Skinheads und Musikakteure und andere Gruppen eine Heimat gefunden haben, ihre Aktionen gemacht haben, trotzdem gleichzeitig in der NPD waren.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Z. B. Das hat damit zu tun, dass sie zum Teil sozusagen aus solchen – na ja – subkulturellen Milieus kommen und dann entweder dauerhaft oder für einen gewissen Zeitraum die NPD als einen Akteur ausgesucht haben, wo sie angenommen haben, dass sie ihre Ziele umsetzen können. Zum Teil hat es eben damit zu tun, dass die NPD sich auch verändert hat und erkannt hat, dass Musik eigentlich ein ganz guter Zugang für bestimmte Teile der Jugend ist. Aber ich nehme an, dass da der Kollege R. auch noch etwas zu sagen hat.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gibt es denn nach Ihrer Meinung eine Arbeitsteilung in der rechtsextremen Szene, so unter dem Motto: „Diese HNG“ – also die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene – „ist so der allgemeine Rahmen, und dann spezialisiert es sich“, oder kann man das nicht sagen?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, wenn man von außen draufschaut, gibt es de facto eine Arbeitsteilung. Es gibt natürlich Organisationen, die bestimmte Schwerpunkte haben. Sie haben schon die HNG genannt, die sich um die Inhaftierten und die Angehörigen gekümmert haben. Es gibt Organisationen, die eher im kulturellen Bereich tätig sind. Es gibt die Gesellschaft für freie Publizistik, die die Verleger, Schriftsteller und Autoren und Autorinnen versammelt. Das gibt es schon, und da gibt es auch viele personelle Überschneidungen, also, in dieser GfP sind dann wieder NPD-Funktionäre im Vorstand usw. Und die NPD ist eben ein Akteur, der sich zentral auf Wahlen orientiert – mit gewissen Einschränkungen, aber doch zunächst sozusagen einmal darauf orientiert – und auch den Anspruch erhebt, sozusagen allgemein politisch sprechen zu können, während die anderen ihre eigenen Arbeitsfelder haben. – Aber Arbeitsteilung, auf jeden Fall.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und dies entwickelt sich alles selbstständig? Da gibt es dann keinen, der – z. B. HNG – sagt: „Da muss man jetzt etwas machen, also macht das mal“? Läuft das alles unabhängig? Da gibt es also keine Zentrale, die das organisiert? Läuft das alles völlig dezentral – was ja etwas untypisch wäre für Rechtsextreme?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Ich glaube, die zutreffende Beschreibung liegt da in der Mitte. Also, es gibt nicht den „Mastermind“, der hier sozusagen alles steuert. Das ist, glaube ich, eine völlig falsche Vorstellung. So diszipliniert und autoritätshörig ist die Szene dann nicht. Da gibt es dann vielleicht auch zu viele, die letztendlich der Führer sein wollen. Aber es gibt sicherlich schon sozusagen Entscheidungen. Nehmen wir einmal die NPD-Leute im Parteivorstand, die sagen: Da entwickelt sich was Spannendes, da müs-

sen wir sozusagen Einfluss nehmen, da müssen wir mitkriegen, was da passiert. Wir schicken da einmal zwei, drei Leute hin, die sich darum kümmern.

Also, in dieser Form gibt es das sicherlich, genauso wie es von diesen sogenannten Freien Kameradschaften dann Überlegungen gibt: Ist es taktisch klug, jetzt weiter entfernt oder dichter dran an der NPD zu sein? Kann man mit denen eine Vereinbarung treffen, wenn man für die Wahlkampf macht, dass man dafür Geld kriegt? Das ist, glaube ich, eher ein Geflecht von Gruppierungen, die jeweils auch sich gegenseitig beobachten und gucken: Was passiert da, wo kann man was lernen? Es sind zum Teil auch Konkurrenzverhältnisse. – Also, das liegt zwischen sozusagen „Völliges Chaos“ und „Jeder macht, was er will“, und auf der anderen Seite dem Mastermind, der das alles steuert.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Als in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre die späteren Mitglieder des NSU-Trios und seine Unterstützer ihre kriminellen und rechtsextremen Karrieren begannen, wurde ja die Öffentlichkeit durch die Ausschreitungen von Hoyerswerda 1991, Rostock 92, Solingen 93 erschüttert. Können Sie etwas darüber sagen, wie diese Taten sie in die rechtsextreme Szene gerückt haben?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Ich kann Ihnen sagen, wie die aufgenommen worden sind und wie sie in gewisser Hinsicht auch gewirkt haben. Also, wie sie aufgenommen worden sind: Durchweg positiv, weil man auch das gewertet hat als sozusagen das Aufwachen der Bevölkerung: „Jetzt ist aber Schluss mit Multikulti und Einwanderung.“ Das war sozusagen das, wie man das wahrgenommen hat. Man hat sich selbst da, wo man gewalttätig geworden ist, als handelnd im Sinne der schweigenden Mehrheit verstanden, also als Vorhut, wenn man so will, einer breiteren Bevölkerungsmeinung. Von dieser Erfahrung hat die Szene auch lange gezehrt. Das heißt, diese Erfahrung hat ihr Selbstbewusstsein gegeben.

Wenn man beispielsweise nach Thüringen guckt, auf das Milieu, aus dem diese NSU-Kerngruppe dann später entstanden ist, dann sieht man eben: Deren Selbstbewusstsein ging so weit, die haben sich mit der Polizei angelegt, ohne dass das für sie negative Konsequenzen hatte. Die hatten den Eindruck, sie können da eigentlich machen, was sie wollen. Das ist, glaube ich, die Wirkung, die in diesem Zusammenhang bedeutsam ist.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt wird ja in einem neuen Buch die NSU mitsamt seiner bekannten und möglichen Unterstützer als „Generation Hoyerswerda“ bezeichnet. Es wird dort u. a. vertreten, dass die Anschläge und vor allem die Reaktionen der Öffentlichkeit – also die Anfeuerungsrufe, die Duldung von vielen vor Ort und nicht zuletzt die damals erfolgte Reaktion der Polizei und Politik, also Rückzug und die Hilflosigkeit der Polizei, kurzfristig die Vorwegverlegung von Ausländern und kurz darauf die Verschärfung des Asylrechts – bei der Szene einen tiefen Eindruck begründet haben. Das haben Sie ja gerade so anklingen lassen: Gewalt gegen Ausländer würde von einer Mehrheit gebilligt und könne eine Änderung der Politik, z. B. die Einschränkung des

Asylrechtsverfahrens, bewirken. War das damals in die Szene hinein eine derjenigen Maßnahmen, die bewirkt haben, dass dann weitere Leute eingestiegen sind?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, diese Erfahrung, die Sie jetzt eben noch einmal geschildert haben, ist in der Szene wahrgenommen worden: Auch wir sind wirkmächtig. Das, was wir tun, ist nicht bedeutungslos, sondern wir können wirklich was durchsetzen. – Das sind – ich habe es eben schon genannt – Sachen, die auch tradiert worden sind, wo man, wenn man die jetzige Gewalteskalation sich anguckt, auch noch einmal Rückgriffe sieht in Stellungnahmen, in Diskussionsbeiträgen aus der Szene, die sagen: Das, was Anfang der Neunziger war, wiederholt sich jetzt, und wenn wir das nur intensiv genug weiterbetreiben, dann können wir sozusagen da auch erfolgreich sein.

Wenn man das jetzt für die aktuelle Situation anguckt, dann hat es eigentlich mit der – – Als die Zahl der Asylsuchenden und der Geflüchteten stieg, gab es sozusagen eine bestimmte Phase, wo es eher Paralyse und Frustration und Untergangsstimmung gab, wo man gesagt hat: Oh Gott, jetzt ist es vorbei mit Deutschland. Dann hat sich das so ein bisschen gewendet in eine aus deren Sicht sozusagen wieder Perspektive: Doch, wir können da etwas verändern.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wie würden Sie denn die Wechselwirkung zwischen rechtspopulistischen Bewegungen und Rechtsterroristen sowie z. B. rechtsextremen Gewalttätern und Brandstiftern beschreiben?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, die rechtsterroristischen Taten sind ohne das Umfeld der extremen Rechten gar nicht denkbar und erklärbar, weil das sozusagen das Milieu ist, das erstens die Weltanschauung und auch die Gewaltideologie teilt und im Zweifelsfall entsprechende Infrastrukturleistung zur Verfügung stellt, dort, wo das jedenfalls nicht über Banküberfälle oder Ähnliches stattfindet. Das kann man am NSU, glaube ich, sehr exemplarisch nachvollziehen: Waffenbeschaffung, Papiere usw. Also, ohne dass es sozusagen eine Einbettung der eigentlichen Akteure eine solche Szene gibt, sind diese Taten nicht denkbar.

Dazu kommt sicherlich in manchen Fällen – – Das berührt jetzt schon die Frage: Was sind eigentlich Konstellationen, in denen solche rechtsterroristische Strukturen entstehen? – Vielleicht gehe ich noch mal kurz zurück auf die späten Sechzigerjahre. Da ist ein wichtiger Antrieb gewesen einerseits der Eindruck sozusagen, die deutsche Einheit wird es nie wieder geben – als weltanschauliche Figur –, aber dann eben auch das Scheitern der NPD. Da hat man sagt: Okay, da geht es nicht weiter. – Also, da war sozusagen eine politische Niederlage oder ein Rückschlag ein Motiv, zu sagen: Okay, dann wenden wir uns gewaltförmigem Handeln zu.

Für die frühen Neunziger – ich habe es gerade geschildert – war es eigentlich anders. Da war es eher ein politischer Erfolg oder eine Entwicklung, die als politischer Erfolg wahrgenommen wurde und wo man gesagt hat: Okay, hier hat unser Gewalthandeln

sozusagen dazu beigetragen. – Also, insofern gibt es da nicht eine eindeutige Konstellation.

Sicher ist – für die frühen Neunziger lässt sich das beobachten, auch für die Phase der letzten zwei, drei Jahre –, dass auch die Art und Weise, wie unsere Gesellschaft über Geflüchtete, über Flucht, über Asyl, über Migration spricht, Einfluss darauf hat, ob sich solche Täter ermutigt fühlen oder nicht. Das kann wiederum unterschiedlich sein. Es kann auf der einen Seite sein, dass sie für sich selbst den Eindruck haben, dass sie gesellschaftlich mit ihren Positionen marginal sind – also wieder sozusagen dieser Notwehrdiskurs –, es kann aber auch sein, dass sie eben – das widerspricht sich interessanterweise empirisch nicht – auf der anderen Seite sagen: Aber die Mehrheit will doch sozusagen Restriktion, und wir machen jetzt das, weil sonst macht es ja niemand. – Und diese beiden Sachen finden interessanterweise gleichzeitig statt. Wenn man sich Texte anguckt, dann findet man sozusagen diese Figuren auf einer Seite nebeneinander.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Danke erst einmal. – Herr von Eyb.

(Zuruf: Zuerst Filius!)

– Herr Filius.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Schade!)

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Dr. Virchow, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie hatten vorher Kriterien erwähnt, und zwar auch Angst und Einschüchterung; Sie hatten gesagt, dass dies zum Rechtsterrorismus gehört. Warum gibt es dann aber keine Bekennerschreiben? Denn das würde ja genau das noch verstärken.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Ich glaube, dass es darauf mehrere Antworten gibt. Ich hatte kurz erwähnt – aber diesen Aspekt nicht –, dass in diesen Konzeptpapieren, die es gibt, in der Mehrheit explizit davon abgeraten wird, solche Bekennerschreiben zu machen, weil das sozusagen den Verfolgungsdruck erhöhen würde. Das ist eine taktische Maßnahme.

Der Aspekt, den Sie ansprechen, der wird auch unter den Kolleginnen und Kollegen, die sich mit Rechtsterrorismus beschäftigen, kontrovers diskutiert. Ich glaube, dass es, wenn wir auf den NSU blicken, solcher Bekennerschreiben nicht bedurft hat, weil die Botschaft angekommen ist in den migrantischen Communities. Das wissen wir aus den Aussagen vieler Zeugen, die gesagt haben: Es waren die Nazis, guckt da hin. Und es ist auch in der Szene der extremen Rechten angekommen. Denken Sie an das Lied, das entstanden ist, bevor die große Mehrheit von der Existenz des NSU wusste, sozusagen dann dieser Songtext mit dem „Döner-Killer“ usw. Also, auch da ist es angekommen, dass da irgendjemand unterwegs ist, der gezielt Migranten tötet.

Wo es nicht angekommen ist, ist sozusagen in der Mehrheitsgesellschaft. Die haben das nicht wahrgenommen. Insofern, glaube ich, ist das so, wie der NSU es gemacht hat, durchaus in der Logik einerseits der Konzepte, die es da gibt, aber durchaus auch nicht im Widerspruch zu dem, was ich sozusagen unter Terrorismus subsumieren würde.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Jetzt haben Sie in einem Interview der „Berliner Zeitung“ in dem Jahr auch Ausführungen gemacht. Da ging es um das sächsische F. und auch anderes. Im Kern wird das von Ihnen so zusammengefasst: Politik und Behörden müssten künftig umdenken. – Ich denke, dass dieser Satz, den Sie da noch einmal gesagt haben, die Frage aufwirft, wie solche Milieus im Sinne der Gefahrenabwehr in den Blick genommen werden können, aus denen solche Anschläge hervorgehen können. Was kann ich als Politiker damit anfangen? Sie sagen ja, Politik muss umdenken. Wie kann ich diese Milieus erreichen?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Das sind zunächst einmal zwei Aspekte. Das eine ist sozusagen der eher analytische Blick, das, was ich kurz angedeutet habe, die Frage sozusagen: Wo gucken Ermittlungsbehörden, oder wer auch immer daran beteiligt ist, hin? Wo gucken die eigentlich hin, wenn es um Gefährdungspotenzial geht?

Wenn man die Geschichte des Rechtsterrorismus ansieht, dann wird man zunächst einmal feststellen, dass die Akteure in der Regel aus der rechtsextremen Szene kamen. Jetzt sehen wir aber in den letzten drei, vier, maximal fünf Jahren, dass wir neue Erscheinungsformen haben, Stichwort Pegida, aber jetzt sozusagen nicht Pegida Dresden als Nukleus, sondern es gibt in vielen, vielen Städten, kleinen Orten vergleichbare Gruppierungen, die nicht so mobilisierungsfähig sind, deren Wirkung im lokalen Kontext – Klammer auf: noch – nicht systematisch untersucht worden ist, nach meiner Wahrnehmung aber doch erheblich ist, weil sich um diese Akteure ein bestimmtes Milieu sammelt und handlungsfähig wird. Also, es wird erst einmal überhaupt sichtbar, etwa für den Nachbarn, der sagt: Oh, der denkt ja so wie ich.

Was jetzt diese jüngeren Entwicklungen angeht: Die entstehen eben zum Teil aus diesem Milieu, nicht aus traditionellen rechtsextremen Gruppen. Das war zunächst einmal das, was ich gemeint habe, dass man auch das erst einmal als Veränderung wahrnehmen muss, was das Bedrohungspotenzial angeht.

Die Schlussfolgerung für politisches Handeln: Das müsste man jetzt durchdeklinieren, was es so gibt. Ich bin eher an einer Hochschule; an dieser Hochschule bilden wir Sozialarbeiter und Sozialpädagogen aus. Für uns hat die Entwicklung, obwohl es den Forschungsschwerpunkt, den ich leite, jetzt seit über 25 Jahren gibt, auch noch einmal Auswirkungen auf das, was wir in den Lehrangeboten für zukünftige Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter machen. Man könnte in den Bereich der politischen Bildung gucken. Ich glaube, wichtig ist, wenn man sich jetzt dezidiert den Bereich der Politik im engeren Sinn ansieht, die Frage: Wie diskutieren wir über Fragen von Migration und Asyl? Ich glaube, es ist im Spektrum der im Bundestag vertretenen Parteien doch fast ganz an-

gekommen, dass wir eine Einwanderungsgesellschaft sind. Das, glaube ich, erfordert bestimmte Einsichten und Veränderungen in Bezug auf das, was die Repräsentanz von Zugewanderten in allen gesellschaftlichen Bereichen angeht.

Es erfordert sicherlich auch, insbesondere bei einer Zuwanderung in der Größenordnung, wie wir sie letztes Jahr hatten, dass man ernsthaft darüber spricht, dass das auch Probleme mit sich bringt – das macht man nicht mit links; das macht, glaube ich, niemand mit links –, dass es dort auch Konflikte gibt und weiter geben wird, dass es aber, denke ich, keine Möglichkeit gibt, diesen Problemen wirklich auszuweichen oder sie – so wie jetzt sozusagen das Spektrum, über das wir hier sprechen – mit Ausgrenzung und Gewalt zu beantworten.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Also, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist beispielsweise in einer Kleinstadt, wo Sie sagen, da bildet sich eine Gruppe, also wo erst einmal ein rechtes Gedankengut sich manifestiert – – Da sprechen Sie mehr von Sozialarbeit und weniger von Verfassungsschutz und Beobachtung? Oder sagen Sie: Das geht weiter? Denn es ist ja immer der Zwiespalt, ob man sagt: „Lass es doch so“ – Stichwort auch: NPD-Verbotsverfahren –, oder ob man sagt, hier muss der Staat dann halt auch klare Kante zeigen. Habe ich Sie da richtig interpretiert, dass Sie dann eher die – –

Sv. Dr. Fabian Virchow: Nein, das wäre jetzt, glaube ich, verkürzt. Also, wenn man das sozusagen an diesen beiden Polen festmacht – hier Sozialarbeit und dort Verfassungsschutz –, dann glaube ich, hängt es davon ab: Wie ist die Situation wirklich konkret? Wenn sich dort Gruppierungen bilden, die jetzt sogar Gewalt – – Dann ist es eine Frage von Polizei und Staatsanwalt, staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen; das ist klar. Wenn die sozusagen verfassungswidrig sind, dann kann es auch eine Aufgabe des Verfassungsschutzes sein. Aber das wird man im Einzelfall entscheiden müssen.

Auf der anderen Seite muss Politik nach Möglichkeit auch die versuchen, zu erreichen, die erreichbar sind. Ich habe, wenn man jetzt Pegida als Gesamtphänomen anguckt, auch neuere Entwicklungen der letzten Jahre, „Reichsbürger“ usw., aber den Eindruck, dass wir eine zunehmende Zahl von Personen haben – oder dass diese zunehmend sichtbar werden –, deren Weltbild so hermetisch ist, dass man da nicht mehr herankommt. Das ist meine Befürchtung. Und wenn man da nicht mehr herankommt, dies also eine Art von Sektenstruktur wird, dann, glaube ich, wird es sehr problematisch. Und da ist auch Sozialarbeit – – Da gibt es natürlich auch immer noch mal Angebote mit Aussteigern – die gibt es bei Sekten etc. auch –, aber da, glaube ich, gibt es Grenzen, derer man sich auch wirklich bewusst werden muss, dass es die gibt.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Was den Rechtsextremismus in Bezug auf die NPD angeht, teilen Sie da die Einschätzung, dass einige jetzt aus dem Grund, dass ein Verbot kommen kann, die Partei bereits verlassen und sich anderen Gruppierungen zuwenden, also auch anderen Parteien zuwenden? Können Sie da dazu etwas sagen?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, das Verbot der NPD – oder das Verbotsverfahren gegen die NPD – wird in der Partei so diskutiert, dass die tatsächlich davon ausgehen, dass ein Verbot nicht kommt. Es gibt gleichzeitig aber gewisse Abwanderungen, z. B. zur Partei DIE RECHTE oder zu DER DRITTE WEG, die aber im Wesentlichen anders motiviert sind, weil man da sagt: „Die NPD ist nicht mehr handlungsfähig so, wie wir uns das vorstellen; das ist nicht nationalsozialistisch genug“, usw. Also: Wenn es da Abwanderung gibt, dann nicht zentral aufgrund der Befürchtung, dass die Partei verboten wird.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Okay, danke.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Herr Professor Virchow, zunächst vielen Dank für Ihre Ausführungen, die ich sehr spannend finde. Sie hatten vorhin gesagt, dass es – wenn ich das richtig notiert habe – ungefähr 250 Theorien gibt, was man unter Rechtsterrorismus versteht, und hatten ein paar Punkte genannt, die Sie da auf jeden Fall zugehörig sehen. Gibt es denn von diesen Themen, die Sie angesprochen haben, einen oder zwei oder mehrere Punkte, die bei allen 250 übereinstimmen? Dass man z. B. sagt: „geplant“ oder „kontinuierlich“, oder „geheim“, oder „halb geheim“, oder wie auch immer?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, natürlich steht im Mittelpunkt immer Gewalthandeln; das ist erst mal ein zentraler Punkt. Dann wird in der Regel – nicht bei allen, aber doch in der großen Mehrheit – auch Kontinuität angenommen, also dass es nicht eine einmalige Handlung ist – es sei denn, nach der Handlung erfolgt eine Festnahme; aber jedenfalls von der Intention derjenigen her, die das machen, soll es nicht bei dieser einen Handlung bleiben.

Also Kontinuität, Gewalt, und im Grunde auch – aber das ist doch stärker umstritten – die Frage von Klandestinität, also, ob das im Geheimen stattfindet. Es gibt ja aus der früheren Debatte immer noch diesen Begriff des „Feierabendterrorismus“. Das ist da natürlich auch ein Modell. Diejenigen, die jetzt gerade verfolgt werden als Vereinigung, sind ja nicht in den Untergrund gegangen, wie das beim NSU der Fall gewesen ist. Also, das ist sozusagen schon eine Dimension, die ist umstrittener.

In der Regel geht es auch – das ist dann eine Frage der Gewichtung – um den Aspekt, dass Terrorismus auch eine Botschaft hat. Aber da, wie gesagt, variiert es sehr stark, was die Gewichtung dieser Dimension angeht.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Vielen Dank. – Jetzt hatten Sie noch den Hinweis gegeben, dass Ende der Sechziger-, Anfang der Siebzigerjahre – – Das geht ja so ungefähr einher mit den berühmten Achtundsechzigern. Hat das irgendwas damit zu tun, als Gegenbewegung, oder wie kann man das miteinander in Verbindung bringen? Oder hat das keine Verbindung miteinander?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, die Achtundsechziger – wenn man das jetzt mal so als Chiffre nimmt für eine eigentlich sehr komplexe Gemengelage – hat die extreme Rechte schon beschäftigt. Das muss man sagen. Die haben das sehr genau beobachtet, mit unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Es gab eine kleine Strömung, die argumentiert hat: „Eigentlich sollten wir genauso unbotmäßig sein wie die Achtundsechziger, und wenn die gegen die Polizei demonstrieren, sollten wir dabei sein.“ Das gab es sozusagen auch, als Minderheit. Die große Mehrheit war – wahrscheinlich nicht überraschend – dezidiert gegen die Achtundsechziger, auch gegen bestimmte Formen oder bestimmte Ideen von Egalität. Die extreme Rechte sozusagen als Reaktion hat aber die Achtundsechziger im Grunde nicht als eigenständiges Phänomen wahrgenommen, sondern

als Verlängerung der Re-Education. Also, die haben gesagt: Die setzen eigentlich nur das fort in ihrem übersteigerten Liberalismus, was sozusagen „die Amerikaner“ – in Anführungsstrichen – uns gebracht haben.

Insofern ist das, wogegen man sich gewandt hat, viel breiter aufgefächert als jetzt sozusagen die klassischen Achtundsechziger. Die waren natürlich auch Feindbild usw., und man wollte deren Einfluss möglichst reduzieren, aber die Linie, auf die sie sich sozusagen bezogen haben, geht doch weiter zurück.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Ich habe mir hier notiert, dass diese Gruppen eine kurze Lebensdauer hatten, viel geplant, aber wenig umgesetzt haben. – Ich meine, das ist ja in Ordnung so, aber die Frage ist: Woran liegt es, dass die Gruppierungen relativ schnell wieder zusammenfallen und dann letztendlich nicht so wahnsinnig viel von dem, was sie sich ursprünglich mal vorgenommen haben – denn die Planung setzt ja auf die Realisation –, dann nicht umgesetzt haben?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Die kurze Lebensdauer gilt eigentlich für fast alle diese Gruppierungen. Was die Umsetzung angeht, muss man, glaube ich, differenzieren. Da haben die in den späten Sechzigern, frühen Siebzigern vergleichsweise wenig von dem umsetzen können, was sie machen wollten. Später gab es dann ja „Deutsche Aktionsgruppen“, wo tatsächlich dann auch Morde stattgefunden haben; das muss man, glaube ich, noch mal ausdifferenzieren.

Die kurze Lebensdauer hat in der Regel damit zu tun, dass aus ganz unterschiedlichen Gründen diese Gruppierungen aufgefliegen sind, sei es durch polizeiliche Ermittlungen, sei es durch Zufälle – wo dann eine Verkehrskontrolle war, und in dem Fahrzeug wurden Waffen gefunden, und dann konnte man sozusagen ein Verbrechen, was ein paar Jahre vorher stattgefunden hatte, aufklären. Zum Teil geschah das – auch wenn das eine sehr komplexe Konstellation ist – sicherlich auch durch V-Leute, die in manchen Fällen aber auch eine Rolle als Antreiber dieser Gruppierungen gespielt haben – also in der O.-Gruppe beispielsweise ein V-Mann, der den Sprengstoff beschafft hat usw., ohne die man die Taten gar nicht hätte machen können.

Also, da gibt es verschiedene Faktoren, die beeinflusst haben, dass diese Lebensdauer in der Regel so kurz war.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Noch zwei Fragen: Beschäftigen Sie sich auch mit einer Milieustudie? Das heißt: Wo kommt denn das typische „ideale“ – in Anführungszeichen natürlich alles gesetzt – Mitglied einer solchen Vereinigung her? Aus was für einem Elternhaus, welche berufliche Biografie? Oder wie muss ich mir das vorstellen? Wo muss ich also besonders achtgeben, weil es gefährlich werden könnte, dass aus diesem Bereich eben das auf fruchtbaren Boden fällt?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, ich habe selbst dazu bis jetzt nicht geforscht, aber ich kenne ungefähr das, was es dazu gibt, und das ist sehr überschaubar. Es hat als Reaktion auf den linken Terrorismus eine umfangreiche Studie gegeben, beschlossen von der Innenministerkonferenz, in den späten Siebzigerjahren. Da ist dann so ein Konvolut an Büchern draus entstanden, und ein Kapitel – ein sehr kleines Kapitel – beschäftigte sich mit den damaligen Rechtsterroristen. Und da, für den Zeitraum, wird man feststellen können, dass das überproportional Akteure waren aus gesellschaftlich abgehängten Milieus. Das wird man aber, wenn man das in die Gegenwart zieht, nicht verallgemeinern können; da gibt es sehr unterschiedliche Wege in den Rechtsterrorismus, genauso, wie das in anderen politischen Spektren der Fall ist.

Insofern würde ich im Moment sagen – vorbehaltlich dessen, dass man es eigentlich noch einmal genau erforschen müsste, oder genauer erforschen müsste –: So ein Warnschild nach dem Motto: „Da müssen wir genauer hingucken; das ist ein Milieu, was, wenn man es sozialstrukturell betrachtet, besonders gefährdet ist“, sehe ich nicht. Aber es gibt eben bestimmte politische Milieus, die so was tragen – das kann man am NSU sehr genau sehen –, also eine bestimmte Gewaltaffinität, einen Hang zu Waffen, auch sozusagen so ein Vortasten: „Wie weit kann ich denn eigentlich gehen, bis ich mal irgendwie Ärger kriege mit dem Staat?“, usw. Aber sozialstrukturell ist es nicht eindeutig.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Letzte Frage: Haben Sie sich mit den diversen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt und da im Besonderen mit dem Land Baden-Württemberg, und können Sie uns da noch irgendetwas sagen, was hier vielleicht anders ist als in anderen Bundesländern – etwa, dass hier die Kommunikation anders funktioniert, oder wie auch immer?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Ganz spezifisch nicht, aber ich habe mich natürlich gefragt: Was ist das Spezifische oder nicht Spezifische an Baden-Württemberg? Ich glaube, wenn man die Geschichte dieser rechtsterroristischen Gruppierungen anguckt, dann fallen – das sieht man am NSU, aber das sieht man eben auch an anderen Gruppierungen – die Bundesländer, in denen diese Gruppen entstanden sind, nicht zwingend zusammen mit den Tatorten. Also, die „Deutschen Aktionsgruppen“ etwa haben ihren Anschlag, wo es Tote gab, in Hamburg gemacht, kommen aber eigentlich – sozusagen die Basis – aus Hessen. NSU – wissen wir ja alle, usw.

Also, da gibt es keine wirkliche Korrelation, dass die jetzt insbesondere in den Bundesländern, in denen sie auch ihre Basis haben, tätig werden, sondern da spielen andere Kriterien eine Rolle: Was sind gerade sozusagen passende Ziele und Objekte, die man angreifen möchte?

Baden-Württemberg: Da hat mir, ehrlich gesagt, ein bisschen die Zeit gefehlt, das noch mal systematisch vorzubereiten; das müsste man vielleicht noch mal gesondert tun. Aber es ist in Baden-Württemberg, soweit ich das überblicke, mit Ausnahme von Individuen, die sozusagen aus Baden-Württemberg gekommen sind – Stichwort vorhin schon

„Wehrsportgruppe H.“ –, in dem Sinne nicht vergleichbar mit anderen Bundesländern eine solche rechtsterroristische Struktur entstanden. Ich glaube aber, das ist Zufall.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Danke schön.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt kommt der Kollege Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Danke. – Ich möchte noch mal auf die Art und Weise der Tatbegehung eingehen. Der Vorsitzende hat ja schon auf die Symbolik hingewiesen, die bei rechtsextremistischen Taten durchaus eine große Rolle spielt oder in der Szene überhaupt. Und ich möchte fragen oder möchte gerne wissen: Sie haben ja teilweise auch schon beschrieben, dass es bereits über einen längeren Zeitraum – über Jahrzehnte im Prinzip – entsprechende Verbrechen in der rechtsextremistischen Szene gab, und zwar vielfältiger Natur, angefangen mit Sprengstoffanschlägen. Auch Hinrichtungen von Polizisten soll es im europäischen Kontext bereits gegeben haben. Banküberfälle wie aus den Achtzigerjahren sind auch nichts Neues, auch im Umfeld baden-württembergischer Rechtsterroristen.

Die Frage, die sich mir stellt, ist, ob es so eine Art Blaupause gab. Sie sagten ja, es gibt keine Bekenner schreiben – zumindest im Fall des NSU –, also keine unmittelbaren Bekenner schreiben. Es gab ja dann – das war im Prinzip retrospektiv – diese Bekenner DVD. Aber das würde ja bedeuten: die Tat als Botschaft, und die Tat als Botschaft auch in die Szene. Und da würde ich gern wissen, ob es historische Bezugspunkte gibt, die für Kenner der Szene auch tatsächlich einen Bezugspunkt zu den Taten hätten hervorrufen können. Denn nach meiner Auffassung könnte das stimmig sein an der Stelle.

Mich würde interessieren, ob Sie auch davon ausgehen – oder ob Sie dies aus Ihrer Sicht ausschließen können –, dass es entsprechende historische Bezugspunkte gab. Das heißt jetzt nicht, dass sie anhand von einer Handlungsanleitung im Prinzip die Taten begangen haben, aber das waren ja in dem Sinn keine Affekttaten – zumindest weitestgehend nicht –, sondern man ist ja sehr planvoll bei diesen Taten vorgegangen. – Das ist die eine Frage.

Die andere Frage bezieht sich auf die Motivlage; denn das beschäftigt uns natürlich auch sehr. Sie hatten vom vigilantistischen Terror gesprochen.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Wovon?

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Vom vigilantistischen Terror, und das ist ja auch durchaus Ausdruck der Taten gegenüber den Menschen mit Migrationshintergrund – die abscheulichen Hinrichtungen, neun an der Zahl, zumindest soweit wir das wissen. Und dann kommt meines Erachtens so eine Art Bruch, weil dann die nächste Tat gegen eine deutsche Polizistin erfolgt. Und da kann man meines Erachtens – vielleicht können Sie

mir das bestätigen – nicht mehr von vigilantistischem Terror sprechen, sondern das ist nach meiner Ansicht vielleicht nicht unbedingt ein Paradigmenwechsel – das wäre vielleicht ein bisschen zu weit gegriffen –, aber es fällt doch auf, dass an diesem Punkt eine Zäsur stattfindet, es kommt der Mord an der Polizistin und der Mordversuch an ihrem Kollegen. Und danach passiert nichts mehr.

Danach hat im Prinzip der NSU nur noch, soweit wir das wissen, über Banküberfälle sich quasi sein Leben finanziert. Das muss meines Erachtens verwundern, und da würde ich von Ihnen als Experte gerne mal wissen: Wie erklären Sie sich diese Tatfolge, auch im Hinblick auf die Motivlage? Warum hat der NSU nach dem Mord an der Polizistin aufgehört zu morden, bis zu seiner Aufdeckung? Denn es sind ja dann doch mehrere Jahre gewesen, und das fällt einem sofort ins Auge. – Ich möchte jetzt zunächst mal diese Fragen stellen; ich habe noch weitere Fragen.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, auf die letzte Frage kann ich Ihnen keine Antwort geben. Das, glaube ich, fragen sich viele. Auch ich frage mich, welche innere Logik es da möglicherweise gibt. Es kursieren ja mehrere denkbare Erklärungsmuster. Ein Erklärungsvorschlag ist, zu sagen: Das, was sich sozusagen die Kerngruppe erhofft hat – dass nämlich andere Teile der Szene sich anschließen und ähnliche Taten ausführen –, hat in dieser Form nicht stattgefunden, und deshalb hat man gesagt, man muss sich vielleicht neu orientieren.

Zu der Veränderung in der Auswahl der Getöteten, die es ja tatsächlich gab, die Sie angesprochen haben: Auch da gibt es Interpretationen. Diejenige, die Sie alle kennen, ist, es gehe um Waffenbeschaffung. Ich persönlich bin nicht sicher, ob es das tatsächlich plausibel erklärt. Aber was die Frage angeht: Ich hätte keine auch für mich selbst überzeugende Antwort, was sozusagen diese Entwicklung ausmacht.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Darf ich an der Stelle kurz noch mal nachfragen?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Ja, gerne.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Eine These ist ja die, dass man sagt – und das würde auch dafür sprechen, dass es durchaus Bezugspunkte in die Szene gab –: Die Morde, die abscheulichen Morde an den Menschen mit Migrationshintergrund, wurden in der Szene entsprechend positiv bewertet – so schlimm das an dieser Stelle klingt. Aber als der Mord an der deutschen Polizistin erfolgt ist, die auch noch ostdeutscher Herkunft war, gab es da gegebenenfalls in der Szene auch Absetzbewegungen, und man hat sich in der Szene vom NSU distanziert.

Wenn dem so wäre, würde das ja bedeuten, dass die Taten des NSU in der Szene doch starken Widerhall fanden oder dass es zumindest Bezugspunkte in der Szene gegeben hätte. Das ist zumindest eine These, die im Raum steht. Was halten Sie denn von dieser These?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Erstens: Es ist eine These. Wir können es empirisch nicht prüfen. Meine Bedenken wären, ehrlich gesagt, so ein bisschen, dass insbesondere in den letzten zehn Jahren Polizei und Akteure des Sicherheitsapparats dezidiert zu Gegnern der Szene geworden sind und auch sozusagen viel Gewalt gegen diese Akteure in der Szene auch als völlig legitim angesehen wird. Deshalb hätte ich Zweifel, ob tatsächlich darüber eine Absetzbewegung stattfindet – jedenfalls nicht aus ethischen Gründen. Da fragen vielleicht manche, ob das jetzt politisch klug ist, weil das den Fahndungsdruck erhöht, usw.; ob das politisch klug ist, weil es eine Polizistin, sozusagen als Vertreterin des Rechtsstaats, ist, was auf deren Seite den Verfolgungsdruck erhöht. Das mag sein, aber es bleibt Spekulation. Insofern kann ich auch über diese Ebene nicht hinausgehen.

Was das planvolle Vorgehen angeht – wenn ich Sie da nicht richtig verstanden habe, fragen Sie gerne noch mal nach –: In diesen Konzeptpapieren und auch in diesen literarischen Darstellungen gibt es eine Vielzahl von Anregungen, von Verhaltensvorschlägen, die man beim NSU wiederfinden kann – etwa auch, wenn man das Video nimmt, also das Bekenntnis, was dann ja doch später zugänglich wurde –, in welcher Art und Weise diese Taten gerechtfertigt werden, wie sie sozusagen eingebettet sind in so eine Vorstellung von Rassenkrieg.

Ich persönlich würde auch sagen: Dafür spricht auch die Auswahl der Opfer, weil ich glaube, es sind nicht zufällig solche Menschen ausgesucht worden, die erstens sich in der Bundesrepublik eine Existenz aufgebaut haben, also hier bleiben wollten, und zweitens im zeugungsfähigen Alter waren. Es geht um eine Idee, die sich mit dem Terminus der Überfremdung ausdrücken lässt. Dafür stehen diese Menschen paradigmatisch. – Das wäre meine Überzeugung, warum gerade diese Menschen sterben mussten.

Also, es gibt meines Erachtens ein planmäßiges Vorgehen, es gibt historische Vorbilder. Ob jetzt beispielsweise der NSU die Anschläge von dem C. in London kannte – der ja auch so eine Nagelbombe oder mehrere hat detonieren lassen – und sich daran orientiert hat, auch das ist ein bisschen Spekulation. Aber wir wissen, dass solche Taten insgesamt in der Szene wahrgenommen und diskutiert worden sind. Und es wäre erstaunlich, wenn das nicht auch in den Kreisen, in dem Milieu, aus dem der NSU gekommen ist, diskutiert worden wäre, zumal die ja sozusagen sehr gewalt- und waffenaffin gewesen sind.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Eine weitere Frage, und zwar zur Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland oder der einzelnen Bundesländer. Sie hatten ja gerade auf die Frage des Kollegen über die Lebensdauer von solchen terroristischen Strukturen im rechtsextremistischen Milieu gesagt: Im Prinzip war eines der Elemente, wieso die Gruppen nur relativ kurzzeitig aktiv waren, der Verfolgungsdruck. Das heißt ja im Umkehrschluss, wenn ich Sie richtig verstanden habe: Der Umstand, dass der NSU im Prinzip über nahezu eine Dekade in der Bundesrepublik Deutschland Terror verbreitet hat, hängt auch damit zusammen, dass der Verfolgungsdruck nicht hoch genug war.

Wenn der Verfolgungsdruck höher gewesen wäre oder wenn man genauer hingeschaut hätte, hätte man dieser Gruppe natürlich eher oder schneller habhaft werden können.

Und das führt eben auch zu der Frage der Sicherheitsarchitektur, also, ob wir die richtigen Lehren, Schlüsse aus dieser Terrorserie geschlossen haben. Glauben Sie, wenn Sie sich die Reform der Verfassungsschutzämter in den Bundesländern oder auf Bundesebene anschauen, dass wir unsere Lehren aus diesen Versäumnissen – so würde ich es mal nennen – gezogen haben und dass die bundesdeutsche Sicherheitsarchitektur, auch die Ermittlungsbehörden, in der Lage sind, die Strukturen solcher Terrorserien klarer und schneller zu erkennen, und auch sensibilisierter sind im Hinblick auf solche Tatserien?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, ich muss dazu sagen: Ich bin kein Spezialist für die Sicherheitsarchitektur. Da gibt es sicherlich andere Kollegen, die sich damit besser auskennen, die da auch dichter dran sind.

Ich hoffe das. Manches spricht dafür, also insbesondere, dass ja in den letzten Jahren die Bundesanwaltschaft auch Anklage gegen eine Reihe von solchen Vereinigungen erhoben hat. Da finden gerade die Verfahren statt oder stehen kurz bevor. Da wird man abwarten müssen, was von der Anklage beweisbar wird und wie das ausgeht.

Ich habe an anderer Stelle gewisse Zweifel, ob die richtigen Schlussfolgerungen daraus gezogen worden sind. Das betrifft u. a. die Frage der V-Leute, die ja umfänglich kontrovers diskutiert worden ist, spätestens seit dem NSU. Aber man kann eben auch mit Blick auf den Rechtsterrorismus und dessen Geschichte sehen, dass da immer wieder auch V-Leute auftauchen und eine unrühmliche Rolle gespielt haben, die eben nicht dazu beigetragen hat, dass das aufgeklärt wird.

Ich bin auch ein bisschen skeptisch, ob tatsächlich die Nachrichtendienste ihre Selbstbezeichnung als Frühwarnsystem verdienen, weil das, was sie mitteilen, und der Zeitpunkt, wo sie es mitteilen, ja doch häufig hinter dem ist, was irgendwelche zivilgesellschaftlichen Organisationen bekannt machen. Nehmen Sie das Stichwort „Reichsbürger“: Da wird unter zivilgesellschaftlichen Organisationen seit mindestens 2012 darüber gesprochen, dass man da gucken muss, und jetzt, in den letzten Wochen und Monaten, wenden sich auch – jedenfalls nach offizieller Lesart – die Nachrichtendienste diesem Phänomen zu. Also, da bin ich so ein bisschen skeptisch, ob das tatsächlich als Frühwarnsystem etwas ist, was ausreichend ist.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: An dieser Stelle keine Frage, sondern nur Zustimmung, denn es passiert im Prinzip anlassbezogen. Also, das Innenministerium hat 650 sogenannte „Reichsbürger“ in Baden-Württemberg identifiziert; ...

Sv. Dr. Fabian Virchow: Habe ich gesehen, ja.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: ... wenn man sich den Verfassungsschutzbericht 2015 anschaut, sind die jedoch nicht als zusammenhängende Bewegung, sondern lediglich im Einzelfall irgendwie benannt. Und jetzt gibt es den Mord an dem Polizisten in Bayern, und dann erst – – Das ist wieder anlassbezogen. Das bestätigt eigentlich Ihre Auffassung oder Ihre Skepsis hinsichtlich des Frühwarnsystems.

Weitere Frage: Sie hatten vorhin auch Bezüge zu den Neunzigerjahren dargestellt – wir hatten das auch in der Diskussion. Mich beschäftigt auch das gesellschaftliche Klima, in dem wir uns befinden. Der Vorsitzende sprach von einer Wechselwirkung von rechtspopulistischen Bewegungen, rechtsextremistischen und terroristischen Strukturen – ein ganz interessanter Punkt aus meiner Sicht, weil tatsächlich auch nach meiner Auffassung von historischen Parallelen zu den Neunzigerjahren, auch insgesamt vom gesellschaftlichen Klima und den äußeren Umständen, gesprochen werden kann.

Die Frage, die sich für mich stellt und die ich gerne von Ihnen beantwortet hätte, wäre, ob das gesellschaftliche Klima momentan – auch diese durchaus illegitime Zuspitzung von bestimmten Punkten bis hin zu Auswüchsen in die parlamentarischen Abläufe – solche Strukturen begünstigt. Also dass praktisch Menschen, die glauben, eine sogenannte schweigende Mehrheit zu vertreten, sich in die Lage versetzt fühlen, diese vermeintliche schweigende Mehrheit im Prinzip auch dadurch zu repräsentieren, dass es zu Angriffen auf Asylantenheime usw. kommt. Wir haben es auch in F.I gesehen, wie sich bestimmte rechtsterroristische Strukturen gründen und stabilisieren und ihre Taten begehen. Daher die Frage, ob Sie diese historischen Parallelen auch durchaus ziehen und sagen, dass das aktuelle gesellschaftliche Klima solche Tendenzen begünstigt.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Da würde ich ohne Zweifel zustimmen, ja. Das sehe ich sehr eindeutig, wobei sich sozusagen die politische Konstellation natürlich schon ein bisschen verschoben hat, weil das, was in den frühen Neunzigerjahren an Parteien aktiv gewesen ist – Republikaner, auch hier im Landtag dann, die Deutsche Volksunion usw. – eher mit dem Etikett „rechtsextrem“ zu bezeichnen ist als mit „rechtspopulistisch“. Wenn wir jetzt in die Gegenwart gucken, dann haben wir ja mit der AfD eine der Parteien, die sozusagen grosso modo – auch wenn es in der Wissenschaft unterschiedliche Vorschläge gibt, wie die zu bezeichnen sind –, mehrheitlich diesem Begriff des Rechtspopulismus entsprechen – aber auch mit Strömungen, die in den Bereich der extremen Rechten reingehen, etwa den explizit völkischen Nationalismus, die zum Teil ähnliches Vokabular verwenden, wie es auch im Bereich des Rechtsextremismus anzutreffen ist, und wo wir solche Wechselwirkungen – – Wo es Akteure gibt, die im politischen Raum bestimmte Themen aufwerfen und dann sozusagen außerparlamentarische Akteure das aufgreifen und zum Teil in Gewalthandlungen umsetzen. Diesen Mechanismus gibt es, ja.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Letzte Frage: Wir haben jetzt viel über Verfassungsschutz, Ermittlungsbehörden, also die repressiven Maßnahmen gegen diese rechtsterroristischen Strukturen gesprochen. Zur Prävention – das passt sehr gut zum letzten Aufschlag, den wir eben beide gemeinsam gemacht haben –, also zur Stärkung zivilge-

sellschaftlicher Strukturen, insbesondere auch in Baden-Württemberg: Auch Sie sagen, dass es wichtig ist, dass man zivilgesellschaftliche Strukturen, Initiativen, Demokratiezentren, Bildungsarbeit in Schulen an der Stelle stärkt. Könnte das auch ein Instrument sein aus Ihrer Sicht, aus wissenschaftlicher Sicht, um diesen Ideologien gesellschaftlich den Boden zu entziehen?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, das brauchen wir auf jeden Fall. Ich bin aber auch der Meinung, dass das sozusagen weiterentwickelt werden muss, weil mein Eindruck ist – jetzt nur ein exemplarischer Themenbereich –, dass ein Aspekt, um den wir uns kümmern müssen, tatsächlich noch mal ist, den Wert unserer Demokratie neu zu begründen. Das hört sich vielleicht ein bisschen merkwürdig an, aber ich glaube, dass der Wert für viele, die sich von dem klassischen Politikbetrieb abwenden oder ihm skeptisch gegenüberstehen, vielleicht ihn sogar ablehnen – das gibt es ja auch – – Dass wir da nicht nur, aber auch und vielleicht insbesondere zunächst mal bei jungen Menschen wieder dafür werben müssen, den Wert dieser Demokratie deutlich machen müssen, dass wir deutlich machen müssen, was es bedeutet, in demokratischen Kontexten zu leben, dass dazu auch Streit und Konflikt gehören, dass das nicht so ist: „Alle haben eine Meinung“ usw., sondern dass es sich eben auch lohnt, dafür einzutreten.

Und junge Menschen müssen die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in solchen Kontexten machen. Das heißt auch mit Blick auf Schule – weil Sie das angesprochen haben –: Wie können wir sozusagen Schule demokratisieren? Wie können junge Menschen da die Erfahrung machen, dass ihre Meinung auch zählt? Und da, glaube ich, gibt es viele Bereiche, wo nach wie vor Handlungsbedarf besteht. Das gilt nicht alleine für Baden-Württemberg, ...

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Ja, ja, ist klar.

Sv. Dr. Fabian Virchow: ..., da muss man jeweils in die Bundesländer gucken, wo die Stärken und die Schwächen sind.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Danke.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Kollege Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Herr Professor Virchow, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Wir hatten vorhin über die Internationalisierung der extremen Rechten in den Neunzigerjahren gesprochen. Jetzt erleben wir – ich schaue jetzt gerade nach Polen – eine massive Stärkung insbesondere am rechten Rand. Sehen Sie Verbindungen zwischen den jeweiligen nationalen Rechten auf europäischer Ebene, und, wenn ja, welche Bedrohungen sehen Sie daraus resultierend?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Es gibt diese Verbindungen auf ganz unterschiedlichen Ebenen, angefangen beim Europaparlament mit im Moment sozusagen zwei Fraktionen, wo

die sich wiederfinden, plus dann fraktionslose Abgeordnete. Wenn man die programmatische Grundlage nimmt, dann müsste eigentlich ein Großteil von denen in einer Fraktion sein, weil die Unterschiede nicht so zentral sind. Da spielen eher taktische Entscheidungen eine Rolle, welcher Fraktion sich die jeweiligen Abgeordneten angeschlossen haben. Vorbild der Schwedendemokraten beispielsweise ist die Dänische Volkspartei, und danach gucken die dann: „Wo schließen wir uns an?“, usw. Das sind dann eher innenpolitische Gründe: Wie kann man Reputation einigermaßen bewahren? Aber von der Programmatik her müssten die eigentlich in einer gemeinsamen Fraktion sein.

Es scheint mir auch nicht ausgeschlossen, dass das passiert im Laufe der Zeit, u. a. deshalb, weil diese Parteien – Sie haben Polen genannt; wir können nach Österreich, nach Frankreich gucken; das kennen Sie – sich im Moment erneut sozusagen in so einem historischen Aufwind sehen – Trump spielt auch noch mal eine Rolle –, dass die sagen: „Jetzt ist eine historische Situation, in der wir tatsächlich politischen Einfluss gewinnen können“, sei es im Europarlament, sei es aber natürlich auch in den nationalen, staatlichen Parlamenten. Und da gibt es dann Situationen und Prozesse, wo man sich sozusagen die Bälle zuspielt, wo man versucht – das ist natürlich selten 1 : 1 transferierbar –, Konzepte, die in dem einen Land ganz gut funktioniert haben, anzupassen und zu übernehmen.

Da gibt es natürlich Grenzen. Wenn man jetzt Polen anguckt, ein stark katholisches Land, das kann man nicht einfach sozusagen in die Bundesrepublik übertragen; aber andere Ansätze schon. Man kann beispielsweise sagen, man geht ein Stück weit weg von neoliberalen Wirtschaftskonzepten und stärker auf so etwas wie Sozialprotektionismus, weil man damit noch mal andere Schichten erreicht. Das hat der Front National relativ früh vorgemacht und damit Erfolg gehabt; das machen andere jetzt nach. Also, da gibt es sozusagen auch ein bisschen eine ideologische Flexibilität, wenn es darauf ankommt, Einfluss zu gewinnen.

Und dann gibt es diese Kooperationen auf vielen anderen Ebenen, bis hin sozusagen in subkulturelle Szenen, bis hin zu Musikveranstaltungen; dazu sagt wahrscheinlich Herr R. noch mal was. – Also, das gibt es in starkem Maße, auch im Bereich des Rechtsterrorismus, wo es sozusagen internationale Verbindungen gibt und auch immer gegeben hat.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Das setzt natürlich eine entsprechende Mobilität voraus. Sie hatten ja eingangs auch erzählt, dass der Standort, der Heimatstandort quasi, nicht zwangsläufig der Ort sein muss, wo dann die terroristischen Taten ausgeführt werden. Das setzt aber voraus, dass ich zumindest einen Unterstützerkreis vor Ort in der jeweiligen Region haben muss, in der ich die terroristischen Anschläge plane. Können Sie Ausführungen dazu machen, wie dieser Ablauf ist, bis hin zur Unterstützung vor Ort? Oder gibt es da solche Strukturen?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Das ist ja auch eine sehr kontrovers diskutierte Frage. Hatte der NSU sozusagen Unterstützerkreise vor Ort? Ich bin da, ehrlich gesagt, sehr unent-

schieden. Ich kann es mir vorstellen, weil von dieser Kerngruppe und dem Milieu, aus dem die gekommen sind, auch aus dem Kreis derjenigen, die jetzt in München vor Gericht sitzen, eine Vielzahl von Kontakten in die Bundesrepublik bestand. Thüringen ist in den Neunzigerjahren auch eine der Regionen gewesen – ich habe da auch zwei Jahre gelebt –, wo wirklich viel Demonstrationstätigkeit war, wo Leute sich kennengelernt haben, wo man Gegenbesuche gemacht hat usw.

Also, dass es sozusagen eine Verflechtung in der Bundesrepublik und dann auch über die Grenzen gegeben hat, ist, glaube ich, völlig unstrittig. Dass da auch Formen von Unterstützung denkbar sind mit Blick auf diese Verbrechen, die begangen worden sind, halte ich auch für denkbar. Aber ich halte auch die andere Variante für denkbar. Etwas salopp formuliert: Die haben viel Zeit gehabt, rumzufahren, zu gucken, auszuspähen usw. Auch das halte ich für vorstellbar.

Und es kommt hinzu, dass, wenn man so will, Zuliefertätigkeit auch passieren kann in einer Form, die gar nicht bewusst ist – nach dem Motto: „Sag mal, wo wohnen denn jetzt die? Wo könnte man das mal machen?“ –, sondern da wird eben geredet: „In der Straße, da wohnen die alle.“ – Ja, also auf eine andere Art und Weise. Und da, glaube ich, sind viele Modelle denkbar. Wie es tatsächlich war? Ich kann es nicht beantworten.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Aber spätestens dann, wenn der Entschluss zum Untertauchen erfolgt ist, der ja wohl beim NSU relativ spontan gefallen sein soll – vielleicht können Sie da auch noch ein paar ergänzende Ausführungen machen –, braucht es einen verlässlichen Kreis von Dritten, ...

Sv. Dr. Fabian Virchow: Ja.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: ... die umfassend informiert sein müssen. Können Sie einschätzen, wie groß ein solcher Personenkreis mindestens sein muss, gerade auch vor dem Hintergrund, dass über viele Jahre hinweg von dem Trio keine Spur zu erkennen war?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, auch ich würde sagen – wenn ich Sie richtig verstanden habe –, dass ein Abtauchen in den Untergrund aufgrund einer bewussten Entscheidung anders aussieht, als wir das beim NSU gesehen haben. Denn die haben sozusagen ja danach dann angefangen: „Okay, wir brauchen jetzt noch mal Waffen, und wir brauchen dies und jenes.“ Dass die vorher gewalttätig waren usw., und mit ihrem Sprengstoff – – Alles in Rechnung gestellt; dennoch würde ich sagen, diese Entscheidung ist in dem Moment gefallen.

Oder es gab die Hausdurchsuchung, und dann haben die gesagt: „So, jetzt erst mal weg.“ Und dann haben die sich überlegt: Wie geht es jetzt weiter? – Und wie genau die das diskutiert haben, wissen wir auch nicht, aber im Ergebnis stand: „Okay, wenn wir schon gesucht werden, dann brauchen wir auch keine Rücksichten mehr zu nehmen.“

Und in dem Moment – keine Frage – braucht man zum Überleben im Untergrund Infrastruktur, man braucht Geld, man braucht Personalausweise oder Ausweispapiere für die ganzen Sachen; das ist klar.

Für den NSU, glaube ich, kann man sagen: Da gab es eine Szene von Akteuren, die sich über viele Jahre kannte, die sich von politischen Aktionen her vertraut hat, weil man an irgendwelchen illegalen Sachen gemeinsam teilgenommen hat, wo man gesagt hat: „Du, ich brauche mal deine Krankenkassenkarte“, oder: „Tu doch mal dies oder jenes.“ Ob das jeweils im Wissen um die dann tatsächlich erfolgten Straftaten passiert ist, ist auch nicht mit Sicherheit zu sagen; das wird bei bestimmten Leuten vielleicht der Fall gewesen sein, bei anderen nicht. Manche haben vielleicht auch gesagt: „Du, ich will gar nicht wissen, was ihr da macht.“ – Das gibt es ja auch.

Also, da gibt es wahrscheinlich auch sehr viele Modelle, wie das real stattgefunden hat. Aber ohne eine solche Struktur hätten die vielleicht gerade noch die Möglichkeit, sich irgendwie ins Ausland abzusetzen, dann in Südafrika – was ja auch mal eine Diskussion war – auf irgendeiner Farm zu arbeiten – wie auch immer, jedenfalls nicht das zu machen, was dann in den Folgejahren passiert ist.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Können Sie einschätzen, wie groß eine solche Gruppe gewesen muss bzw. wie viele Mitwisser letztendlich dann in einer solchen Struktur vorhanden sind?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Da ist so ein bisschen die Frage: Was zählt man jetzt jeweils als Unterstützungshandlung? Aber ich denke – das, was wir ja auch an Namen wissen –, dass das gut und gerne hundert plus Personen sind, die in so einem Zusammenhang auch über so einen langen Zeitraum – darüber sprechen wir ja – solche Unterstützungsleistungen angeboten oder gemacht haben, manche sozusagen für einen bestimmten Zeitraum, die dann sozusagen aus dieser Struktur wieder verschwinden; manche kommen später dazu.

Und über die spätere Phase, wenn man so will, des NSU jedenfalls wissen wir relativ wenig. Möglicherweise gibt es auch weitere Wohnungen; auch das ist ja noch eine ungeklärte Frage usw. Also, da ist nach wie vor, glaube ich, trotz der Arbeit der ganzen Untersuchungsausschüsse und der Ermittlungsbehörden, noch viel unbeantwortet.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Ich meine, die schiere Zahl lässt, lässt nachdenklich werden, wenn Sie von über 100 Personen sprechen, die – in welcher Form auch immer – involviert waren und letztendlich der Verfassungsschutz selber da keinen Zugang hatte.

Das bringt mich zu einem Thema, das vor wenigen Wochen bei einer Podiumsdiskussion in Frankfurt – da waren Sie auch dabei – aufgebracht wurde, fünf Jahre nach dem Öffentlichwerden des NSU. Da war die Frau Katharina König, die ja für die Linkspartei

im thüringischen Untersuchungsausschuss sitzt. Sie hat dann gesagt, sie würde es begrüßen, wenn als geheim eingestufte Akten geleakt würden, also öffentlich würden, um zu erreichen, dass – wörtlich – „die Verfassungsschutzbehörden dadurch diffamiert würden“. Jetzt geht es uns ja auch darum, Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu formulieren. Insofern würde es mich interessieren, wie Sie eine solche Aussage einschätzen und welche Begründung Sie sich für eine solche Forderung, gerade auch im Hinblick auf „C.“, vorstellen können.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, ich kann jetzt natürlich nicht sagen, wie Frau König sich das vorgestellt hat ...

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Nur Ihre persönliche Einstellung.

Sv. Dr. Fabian Virchow: – ja, ja – ... mit den geleakten Dokumenten und ob es dafür überhaupt eine Wahrscheinlichkeit gäbe, dass das passiert: Wenn man die Zahl von Nachrichtendienstmitarbeitern insgesamt betrachtet, sind es, glaube ich, sehr große Ausnahmen, wo das passiert ist, selbst wenn diese manchmal sehr große Schlagzeilen machen und Wirkung zeigen, wie bei Snowden. Ich kann jetzt mich an den Wortlaut nicht erinnern; ob sie „diffamieren“ gesagt hat, das kann ich nicht beurteilen. Die Arbeit der Verfassungsschutzämter und der Nachrichtendienste ist, glaube ich, wenn man sich die letzten Jahre anguckt, doch relativ umfangreich kritisiert worden und meines Erachtens auch – exemplarisch am Beispiel NSU, und da sicherlich auch sehr detailliert – so hinreichend, dass diese Kritik an den Nachrichtendiensten substantiiert ist. Insofern sehe ich persönlich nicht die Notwendigkeit, dass man da jetzt Dokumente leaken müsste, um eine solche Kritik zu vertiefen oder glaubwürdiger zu machen, oder wie auch immer.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Generell abschließend: Wie sehen Sie die Rolle des Verfassungsschutzes in diesem Komplex, und wo sehen Sie gegebenenfalls Verbesserungsmöglichkeiten als Handlungsempfehlung?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Es ist, glaube ich, schon deutlich geworden – in Ansätzen jedenfalls –, dass ich, was den Fall NSU angeht, die Rolle der Nachrichtendienste sehr kritisch sehe. Es gibt ja unterschiedliche Interpretationen; da reicht die Bandbreite von: „Die waren unfähig“ – wenn man das Thüringer Amt nimmt und den R., der jetzt in irgendwelchen rechtsextremen Publikationen schreibt usw. – bis hin zu: „Der Geheimdienst oder Fraktionen im Geheimdienst haben das irgendwie gesteuert und wussten das alles“, usw. Das scheinen mir zwei Extreme zu sein, die beide – soweit ich als jemand, der sich nicht wirklich systematisch mit Geheimdiensten beschäftigt hat, aber zwangsläufig natürlich doch im Zusammenhang mit dem NSU, dies beurteilen kann – nicht plausibel dafür zu sein scheinen, wie Nachrichtendienste arbeiten.

Auch da, glaube ich, sind verschiedene Faktoren zusammengekommen. Zum Teil werden die versucht haben, an Informationen aus dieser Szene ranzukommen, und dafür bestimmte Leistungen bereitgestellt haben – Geld, Technik usw. Da gibt es ja das inzwischen auch relativ weit verbreitete Papier des Bundeskriminalamts, das das auch

kritisiert hat, weil das die Arbeit der Exekutive erschweren würde. Es gibt sicherlich auch Fälle, wo die Nachrichtendienste die V-Leute in einer Art geschützt haben, die ich persönlich inakzeptabel finde, weil sie sozusagen die Aufklärung von Verbrechen behindern haben oder in manchen Fällen vielleicht verhindern. Ich würde aber nach jetzigem Kenntnisstand nicht so weit gehen, zu sagen, dass die Nachrichtendienste sozusagen diese Gruppe aufgebaut oder gesteuert haben. Also, sie haben de facto ein bestimmtes Milieu gefördert durch das, was sie an Infrastruktur bereitgestellt haben, ich glaube aber nicht, dass ihr Ziel war, sozusagen eine terroristische Struktur aufzubauen.

Ob und in welcher Art und Weise welche Akteure da Kenntnis dieser Struktur gekriegt haben und was sie mit diesen Informationen gemacht haben, ist, glaube ich, noch mal eine zweite Frage. Aber wenn sie – was ja auch eine denkbare Vorstellung wäre – sehen, dass aufgrund ihrer Tätigkeit oder jedenfalls nicht ganz unabhängig davon etwas entstanden ist, was machen sie damit? Gehen sie hin und sagen: „Oh, wir haben hier einen Fehler gemacht“, oder versuchen sie es so: „Okay, vielleicht“ – – Keine Ahnung. Da gibt es auch viele Möglichkeiten.

Das Prinzip der V-Leute ist meines Erachtens vielfach kritisiert worden, und was die Grundstruktur angeht, kommt man aus dem Dilemma nicht raus. Wenn Sie da einen drin haben, brauchen Sie noch einen, damit Sie wissen, ob der die Wahrheit sagt, usw. Und insofern: Wenn Sie dieses Instrument einsetzen, dann nehmen Sie in Kauf, dass Sie immer auch – ein bisschen salopp formuliert – in diese Szene investieren. Das ist so; da, glaube ich, kommt man nicht drum rum, und das muss man politisch entscheiden, ob man das will. Ich persönlich bin da skeptisch.

Und ob, wenn man jetzt weiter guckt, die Kontrollmechanismen, die jetzt nach dem NSU eingeführt worden sind, erweitert worden sind mit Blick auf die Nachrichtendienste, ausreichen, so bin ich ein bisschen skeptisch; da wird man aber de facto abwarten müssen. Auch das, glaube ich, ist ein bisschen eine empirische Frage.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Frau Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Ich habe nur eine Frage, und zwar: Wie würden Sie die Gruppierung NSU bzw. auch die einzelnen Personen innerhalb des NSU charakterisieren? Wo liegen die Stärken? Wo waren die Schwächen? Und was war vielleicht auch raffiniert gestaltet, auch in Bezug auf die Aussage – das haben Sie vorhin gesagt –, dass der NSU eine Ausnahme war von der Länge des Bestehens, vom Zeitraum her?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Vielleicht versuche ich, bei dem letzten Teil Ihrer Frage anzufangen. Auch die rechtsterroristischen Gruppierungen, die es vor dem NSU gab – also nicht die frühen, aber z. B. M. R. –, haben zum Teil gearbeitet mit so was wie konspirativen Wohnungen. Wenn man so will, gab es ein bisschen einen Lernprozess, und die

Art und Weise, wie diese Strukturen sich organisiert haben, sind immer komplexer geworden und haben eigentlich immer mehr Unterstützungsleistung erfordert.

Wir wissen ja, dass der NSU für die Szene oder auch für Menschen, die mit dieser Szene nichts zu tun hatten, also die Nachbarn usw., mehr oder weniger normale Leute waren und das auch nicht sichtbar war. Da hat sicherlich dazu beigetragen, dass die – es ist eine Frage, wie man das definiert; ich nenne das jetzt mal so – eine Art von familienähnlicher Struktur hatten. Es gab Akteure unterschiedlichen Geschlechts, es gab Besuche, es gab Urlaubsfahrten, von denen man erzählt hatte. Es war erst mal eine ganz überzeugende Art Legende, die da aufrechterhalten werden konnte und die sicherlich auch dazu beigetragen hat, dass in dem persönlichen Umfeld das den Menschen nicht komisch vorkam, im Gegenteil haben sie ja zum Teil auch Freundschaften geschlossen, haben die Beate Zschäpe als Vertrauensperson ausgesucht usw. Insofern, glaube ich, ist das eine Konstellation gewesen, die das Überleben des NSU auch über so einen längeren Zeitraum mit begünstigt hat.

Welche Interaktionen, Arbeitsteilungen es innerhalb dieser Gruppe genau gegeben hat, ist, finde ich, zum großen Teil noch im Bereich der Spekulation. Und ob die jetzt – so hatte ich den Beginn Ihrer Frage verstanden – als Menschen unterschiedliche Typen waren, die eine unterschiedliche Rolle in dieser Kerngruppe gespielt haben, vermag ich nicht zu beantworten.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Trauen Sie sich eine Aussage zu, was für eine Stärke der NSU tatsächlich hatte, um eben über diese Jahre hinweg zu bestehen, bzw. worin lag die Schwäche?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Was meinen Sie mit „Stärke“ und „Schwäche“?

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Na ja, mit „Stärke“ meine ich tatsächlich die Form, dass eben so strukturiert werden konnte, um eben in der Gesellschaft wenig aufzufallen und doch diese Taten dann zu verüben, bzw. an Material wie Waffen, Geld ...

Sv. Dr. Fabian Virchow: Okay.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: ... ranzukommen, ohne eben in dem System der Gesellschaft drin zu sein in Form von Ausweisen und normalen Arbeitsbedingungen.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Gut, ohne Zweifel ist die Stärke – wir hatten darüber schon gesprochen –, dass es einen Kreis von Unterstützern, Unterstützerinnen gab, auf die sie sich verlassen konnten, und dies ja nicht nur in der Frühphase, sondern auch später. Zum Teil sitzen die ja in München mit vor Gericht. Dass sie sich auf die verlassen konnten, auch in schwierigen Situationen, wo sie sagten: „Hier, wir brauchen noch mal die Unterstützung“ oder: „Wir brauchen noch mal die Papiere für die Anmietung dieser Wohnmobile“ usw. Also, ich glaube, ohne das hätte es nicht funktioniert.

Eine andere Stärke – wenn man den Begriff sozusagen im Sinne des Funktionierens einer solchen Gruppe verwendet – ist sicherlich gewesen, dass die von dem, was sie dort gemacht haben, sehr überzeugt waren und diese Morde ja auf eine Art vollzogen haben, die jedenfalls in Ermittlerkreisen im Großen und Ganzen doch als professionell angesehen worden ist – mit den offenen Fragen, die vorhin angesprochen worden sind: Warum hört das auf? Warum verschiebt sich das? Darüber wissen wir nichts.

Ob es Schwächen gab? Das kann ich Ihnen nicht sagen; es sei denn, Sie haben eine Idee, was Sie meinen; dann könnte ich sagen, ob ich das ähnlich sehe oder nicht.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Okay.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Nur noch eine Nachfrage, und zwar: Was ist denn die Hauptkommunikation in diesen Kreisen? Wie verkehren die miteinander? Wie geben die ihre Gedanken aus?

Das ist das eine. Und: Wenn es erfolgreiche Aussteigerprogramme in Deutschland gibt, gibt es da im Bund ein Land, wo die Aussteigerprogramme besonders erfolgreich sind, und haben Sie sich damit beschäftigt?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, die Kommunikation ist vielgeisig. Es ist sicherlich wenig überraschend, dass jetzt in den letzten Jahren das Internet eine ganz zentrale Bedeutung bekommen hat. Überall dort, wo wir jetzt aktuell diese Gerichtsverfahren gegen Rechtsterroristen haben, sehen wir, dass das Internet, auch – zumindest zum Teil – verschlüsselte Kommunikation, eine wichtige Rolle gespielt hat, unmittelbar auch bis hin zur Verabredung von Verbrechen. Wir wissen, dass z. B. mit Blick auf die „Weiße Wölfe Terrorcrew“, die einen Schwerpunkt in Hamburg hat, die Ermittlungsbehörden lange Zeit an die verschlüsselte Kommunikation nicht ran gekommen sind, weil das technisch sehr ausgeklügelt war, und deshalb ein Ermittlungsverfahren auch zunächst mal eingestellt wurde.

Aber natürlich gibt es jenseits davon auch die klassischen Formen der Kommunikation, wo man sich face to face trifft und Sachen bespricht. Und für die Ausstrahlung nach außen – also da, wo es dann nicht um den internen Gruppenprozess geht – sind natürlich auch – wenn auch in ihrer Bedeutung rückläufig – nach wie vor Printmedien bedeutsam. Aber das Internet ist heute ganz zentral als Ressource.

Was Aussteigerprogramme angeht, gibt es ja auf der einen Seite welche, die sozusagen zivilgesellschaftlich getragen werden, und auf der anderen Seite die staatlichen. Da bin ich nicht – – Ich weiß ungefähr, wie da der Stand der Evaluation ist. Man hat sich sozusagen im Kreis dieser Programme verständigt, gemeinsame Standards zu entwickeln und die zu überprüfen. Es gibt von bestimmten Programmen – also von Nord-

rhein-Westfalen, vom staatlichen Programm – gerade eine Evaluation. Aber ich habe keinen Gesamtüberblick, dass ich jetzt sagen könnte: Da lohnt es sich besonders, hinzugucken.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt hätte ich zum Schluss noch eine Frage. Wir wissen ja, dass es neben dieser Auschwitz-Ausstellung 1980 in Esslingen etwa die Wehrmachtsausstellung Mitte der Neunzigerjahre gab, die ebenfalls so ein Hassobjekt war. An den Demonstrationen haben ja im Übrigen 96 dann auch W., Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt teilgenommen. Und wir wissen auch, dass Neonazikreise aus Baden-Württemberg – aus Stuttgart und Heilbronn oder aus dem Raum Crailsheim – 97 immer wieder zu zentralen Veranstaltungen gefahren sind. Jetzt haben Sie vorher gesagt, Sie haben sich damit beschäftigt. Können Sie da irgendwelche Aussagen machen, ob es bei diesen Demonstrationen Bezüge mit dem NSU gab – damals war er noch nicht untergetaucht –, also mit den Namen W., Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe? Haben Sie da irgendwelche Informationen?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Für den Zeitraum vor dem Untertauchen, oder?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Es gibt ja ein paar Informationen, dass diese Gruppierung sehr reisefreudig gewesen ist, sei es zu Demonstrationen, auch zum Heiß-Marsch in Worms beispielsweise, wo die ja zum Teil gewesen sind, sei es zu Konzerten, zu privaten Feierlichkeiten, also dass es da eine rege Reisetätigkeit dieser ganzen Szene – nicht nur dieser drei plus W. usw. – gegeben hat. Dazu gibt es eine ganze Reihe von Hinweisen. Da müsste man sich dann einzelne Ereignisse sicherlich angucken.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Der Untersuchungsausschuss I NSU in Baden-Württemberg geht in seinem Abschlussstatement auch davon aus, dass es Unterstützer gegeben haben muss, Helfer. Sonst wäre nach unserer Meinung Heilbronn so gar nicht möglich gewesen.

Jetzt haben Sie vorher gesagt, ja, man müsste dann mal in der und der Gruppe untersuchen. Wo würden Sie denn jetzt Unterstützer suchen? Denn wir haben gar keinen Hinweis bisher – das ist ja auch Aufgabe jetzt des Untersuchungsausschusses II –, wo denn die möglichen Unterstützer ausgewählt sind. Da gibt es ja zwei Möglichkeiten: Entweder man geht in diese hierarchischen und netzwerkartigen Gruppenstrukturen wie HNG und KKK und solche Dinge, oder man geht schwerpunktmäßig an alte Vertraute aus Beziehungen von früher bis 98, auf die sie sich dann verlassen haben.

Wie würden Sie denn das einschätzen, so eine Gruppierung wie NSU? Auf was stützt sie sich denn eher? Auf diese Strukturen – also KKK, „Blood & Honour“, NPD, „Junge Nationale“ – oder, wie Sie das untersucht haben, eher auf die Privaten, auf Dinge, die schon politisch waren, aber wo es keine Strukturen gab? Könnten sie in etwa gesagt

haben: „Ludwigsburg, da kenne ich jemand, da kann ich auch hinfahren, wenn ich untergetaucht bin“?

Sv. Dr. Fabian Virchow: Also, dieser Aspekt des Privaten spielte insofern eine Rolle, als das eben Leute waren, die man lange kannte, mit denen man eben auch privaten Umgang pflegte – der aber häufig sozusagen politisch beeinflusst war. Also insofern, glaube ich, ist das nicht eine ganz scharfe Trennung. Das, was für Thüringen eine Rolle gespielt hat, was das NSU-Unterstützernetzwerk angeht, ist ja die Struktur von „Blood & Honour“. Und das, glaube ich, ist, wie andere Szenen auch – – „Szene“ meint jetzt nicht sozusagen zwangsläufig, dass das lose Strukturen sind; „Blood & Honour“ war ja schon ganz stark strukturiert. Aber diese Art von Netzwerken, von Organisationen – auch andere im Bereich der Musikszene, ob das jetzt „Hammerskins“ sind usw. –, das, so würde ich vermuten, sind eher die Bereiche, in denen eine weitere Erforschung und ein weiteres Hingucken lohnt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Gibt es jetzt aus Ihrer Sicht, unabhängig von dieser Aussage, noch weitere wichtige Dinge, die unseren Untersuchungsausschussgegenstand betreffen und die Sie uns mitgeben möchten? – So als Schlussfrage.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Ich glaube, dass ein wichtiger Aspekt im Umgang mit diesen rassistischen Formen von Gewalt oder überhaupt rechter Gewalt die Frage ist: Wie geht Gesellschaft eigentlich damit um? Und das, was wir aus der Viktimisierungsforschung kennen, ist, dass es auf der einen Seite so etwas wie primäre Viktimisierung gibt; das sind sozusagen die unmittelbaren Tatfolgen. Das können natürlich körperliche Schäden sein, psychische Schäden, die zum Teil sehr lange andauern – wir haben mit Blick auf Solingen jetzt jüngst eine kleine Untersuchung dazu gemacht –, aber auch ökonomische Folgen. Und dann gibt es sozusagen die sekundäre und tertiäre Viktimisierung. Und die sekundäre ist deshalb wichtig, weil das Verhalten der Strafverfolgungsbehörden, das Verhalten der Medien, das Verhalten des sozialen Umfelds darüber entscheiden, ob diese primäre Viktimisierung vertieft und stabilisiert wird.

Und wenn man das umdreht und sagt: „Wir wollen vermeiden, dass diejenigen, die einmal Opfer geworden sind, sich nicht nur als Opfer dieser konkreten Gewaltakteure sehen, sondern auch als in ihrem Opfersein nicht beachtet durch andere gesellschaftliche Gruppierungen sehen“, dann müssen wir stark darauf gucken – das ist vor allem, glaube ich, eine zivilgesellschaftliche Aufgabe –: Wie erinnern wir eigentlich an diese rechte Gewalt? Und wie zeigen wir auch denjenigen, die davon betroffen waren: „Wir erkennen, dass ihr die Opfer wart“? Wenn man den NSU nimmt, wenn man die Keupstraße nimmt – da sind die lange nicht als Opfer wahrgenommen worden. Und das, glaube ich, ist eine ganz wichtige Aufgabe, die auch für die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts von Bedeutung ist.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank.

Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Dann darf ich mich bei Ihnen bedanken, Herr Professor Virchow, ...

Sv. Dr. Fabian Virchow: Ich bedanke mich.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: ... und Sie aus dem Ausschuss entlassen. Vielen Dank.

Sv. Dr. Fabian Virchow: Danke schön.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich darf nun bitten, Herrn R. hereinzurufen.

Sachverständiger J. R.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr R., nehmen Sie da vorne bitte Platz. Ich darf Sie recht herzlich im Untersuchungsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg begrüßen.

Ich muss Sie am Anfang belehren. Sie müssen die Wahrheit sagen, dürfen nichts hinzufügen und nichts Wesentliches weglassen. Es ist möglich, dass Sie vereidigt werden. Die vorsätzliche falsche oder unvollständige Aussage vor dem Untersuchungsausschuss ist aber immer strafbar, und zwar auch dann, wenn Sie nicht vereidigt werden.

Sind Sie Beamter?

Sv. J. R.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Nein. Dann brauche ich Sie auch nicht als Beamten zu belehren.

Sie haben zur Belehrung keine weiteren Nachfragen?

Sv. J. R.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann darf ich Sie bitten, uns Ihren Vor- und Zunamen, Ihr Alter und Ihre Berufsbezeichnung mitzuteilen und zu sagen, ob die Anschrift nach wie vor stimmt, unter Sie jetzt geladen worden sind.

Sv. J. R.: J. R., geboren 1968. Die Anschrift stimmt. Ich bin Diplom-Sozialpädagoge.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Dann noch etwas zu Filmaufnahmen. Unsere Vernehmung ist ja öffentlich nach dem Untersuchungsausschussgesetz. Sie haben uns angezeigt, dass Sie mit Tonaufnahmen während der Vernehmung einverstanden sind, Bild- und Filmaufnahmen allerdings während der Vernehmung nicht haben wollen, und dass Bilder, die vor der Vernehmung aufgenommen wurden, gepixelt werden. – Das war so richtig, wie Sie es gesagt haben?

Sv. J. R.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Sie sind hier als Sachverständiger geladen, Herr R., weil Sie uns entsprechend unserem Untersuchungsauftrag, der Ihnen vorliegt, vor allem über mögliche Bezüge des NSU über die diversen rechten Netzwerke und Verbindungen nach Baden-Württemberg aufklären, uns aber auch über mögliche

Erkenntnisse in Bezug auf das Vorgehen der Rechtsterroristen, gerade auch in Baden-Württemberg, informieren wollen.

Ihr Fachgebiet ist, glaube ich, die rechtspopulistische und rechtsextremistische Musikszene. Sie gelten u. a. als der Rechtsrockexperte – das habe ich wenigstens so gelesen – und sind Herausgeber und Autor zahlreicher entsprechender Publikationen. Unter anderem haben Sie im Jahr 2002, also mitten in der Terrorserie des NSU, einen grundlegenden Sammelband mit dem Titel „RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien“ publiziert. Seitdem erscheinen immer neue Ergänzungsbände, u. a. über die Szenen in den einzelnen neuen Bundesländern. Wenn ich es richtig sehe, fehlt ein solches Werk nur über die rechte Musikszene in Baden-Württemberg. Das haben Sie nicht herausgegeben? Das gibt es noch nicht?

Sv. J. R.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielleicht können Sie heute einen kleinen Beitrag leisten, der uns dann in die Lage versetzt, weitere Dinge aufzuklären. Sie haben angekündigt, einen kurzen einleitenden Vortrag zu halten. Darum bitte ich Sie jetzt zunächst.

Sv. J. R.: Schönen Dank.

(Der Sachverständige begleitet seine Ausführungen mit einer Präsentation.)

Ich werde auf folgende Punkte eingehen: Ich werde ganz kurz Musik und extreme Rechte – was ja ein weites Thema ist – beleuchten, werde dann schauen: Welche Bedeutung hatte die Rechtsrockszene, die Musik für den NSU? Es folgt ein ganz kurzer Blick auf die Frage: Über was reden wir da eigentlich, über welche Dimensionen reden wir bundesweit? Danach kommt ein kurzer Blick nach Baden-Württemberg auf wichtige Projekte, die hier in Baden-Württemberg von Bedeutung waren, gefolgt von einem Blick auf die Organisation „Blood & Honour“. – Fabian Virchow hat gerade gesagt: Wenn wir nach Netzwerken gucken, die im Unterstützungsbereich von Bedeutung waren, ist „Blood & Honour“ mit Sicherheit eines der Netzwerke, die zu berücksichtigen sind. – Danach soll noch mal auf Kontakte im Bereich Baden-Württemberg geschaut werden, das, was hierzu bisher bekannt ist.

Ich möchte anfangen mit einem Zitat des Musikers Ian Stuart Donaldson, der mal retrospektiv in einem Fernsehinterview gesagt hat – –

(Die Anzeige auf der Leinwand ist gestört.)

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Darf ich mal fragen: Warum unterbricht das dauernd?

Sv. J. R.: Tücke der Technik.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: So schnell können wir gar nicht lesen.

Sv. J. R.: Ich würde Sie bitten, alle auf die rechte Leinwand zu schauen. Die ist scheinbar, soweit ich das bisher – – Nein.

(Vereinzelt Heiterkeit – Die Störung wird behoben.)

Ich starte mit einem Zitat; der Musiker Ian Stuart Donaldson hat retrospektiv gesagt:

Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näherzubringen. Besser, als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden.

Ian Stuart Donaldson wird Ihnen im Laufe der nächsten halben Stunde noch mehrfach begegnen, weil er einer der wichtigsten Akteure der internationalen rechten Musikszene ist. Gestartet als Musiker im Punkrockbereich, eher sozialkritisch, nicht im Bereich der extremen Rechten, hat er sich dann der „Nationalistischen Front“ zugewandt, hier Politik gemacht. Gleichzeitig war er aber weiterhin Musiker, weil das seine Art war, sich auszudrücken. Das, was er dann erkannt hat – der Mechanismus –, war: Der Musik, seinen Liedtexten hören junge Menschen zu; die Flugblätter und die Parteiprogramme, die er verteilt hat, werden nicht gelesen. Das ist eine relativ einfache Erkenntnis, aber sie hat eine unglaubliche Wirkung gehabt, weil sie Grundlage einer politischen Bewegung war, einer jugendkulturellen Szene, die eine unglaubliche Politisierung in Gang gesetzt hat – in England, aber auch in Deutschland.

Gerade wenn wir auf den NSU gucken, müssen wir sagen, dass auch dieses Milieu und auch die bekannten Akteure – sowohl, was das Kerntrio betrifft, als auch, was die Personen betrifft, die als Unterstützer bekannt geworden sind – eben nicht sozialisiert wurden durch klassisch neonazistische Parteien, sondern in einer vor allem jugendkulturellen Szene. Das heißt: Zentrale Ideengeber und zentrale Netzwerkknüpfer waren sowohl Liedtexte als auch Konzerte, als auch Treffen, und eben nicht klassische parteipolitische Organisationen, sondern tatsächlich eine politisierte Lebenswelt, die hier den entscheidenden Faktor bildete.

Auch wenn wir uns anschauen, welche Netzwerke im Bereich des NSU später wichtig waren, ist festzustellen, dass es die Netzwerke des NSU waren mit den Personen, aus denen Unterstützungsleistungen kamen, sei es nun die Organisation von Sprengstoff, der Versuch, Waffen zu beschaffen oder die finanzielle Unterstützung zu organisieren, aber auch das Besorgen von Wohnungen etc.

Ich habe auf die Folie genommen eine Aussage des LKA Thüringen aus dem Jahr 1998, also relativ früh nach dem Untertauchen, betreffend Personenfahndung nach Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe: „Die oben Genannten gehören in Jena zum harten Kern der „Blood & Honour“-Bewegung.“ Meines Erachtens ist das eine Fehleinschätzung,

weil die drei nicht Teil des tatsächlichen Mitgliederkreises von „Blood & Honour“ waren. Aber diese Wahrnehmung zeigt meines Erachtens, wie eng das Trio – also der Kernbereich des NSU – an den Netzwerken von „Blood & Honour“ dran war.

Und was ich eben schon sagte: Gerade die sächsische Sektion von „Blood & Honour“ war es, aus der heraus zentrale Unterstützungsleistungen erbracht wurden. Ich denke, wenn wir an Chemnitz denken, sowohl das Untertauchen als auch die Besorgung von Waffen und Geld, da waren es die Personen, die bekannt sind als Funktionäre der sächsischen „Blood & Honour“-Struktur.

Ja, mit was beschäftigen wir uns, wenn wir über die Rechtsrockszene in Deutschland reden? Ich führe mit Kolleginnen und Kollegen zusammen seit Jahren eine Tonträgerdatenbank, in die wir aufnehmen die Tonträger bundesdeutscher Bands, die aufgrund der gesungenen Texte eindeutig der extremen Rechten zuzuordnen sind – also nicht „Freiwild“ oder Bands dieser Sorte, nichts Rechtspopulistisches, sondern Bands, die aufgrund ihrer textlichen Aussage eindeutig der extremen Rechten zuzuordnen sind. Und wir zählen jene Tonträger, die professionell produziert werden, das heißt, keine gebrannten CDs, keine Demo-CDs, sondern CDs, die in ihrer Produktion und Aufmachung durchaus dem entsprechen, was Sie im Markt kaufen können.

Wie Sie an der folgenden Folie sehen, reden wir hier von Produktionszahlen, die sich in den letzten Jahren eigentlich konstant im Bereich von über 100 Tonträgern pro Jahr bewegen. Wenn wir in die Spitzenjahre gehen der Endneunziger mit knapp 150 Tonträgern, dann können Sie alleine an diesen Werten ermessen, dass sich hier eine jugendkulturelle Szene gebildet hat, die die Dimension einer Bewegung hat, einer Jugendkultur mit allem, was dann quasi dazugehört. – In der Statistik sind nur Neuveröffentlichungen aufgenommen worden, das heißt, keine Wiederveröffentlichungen oder so; würde man die mit abbilden, wären wir bei weitaus höheren Zahlen.

Ich habe eine weitere Statistik für Sie mitgebracht: Nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden und aus Anfragen an die Bundesregierung zusammengestellt, sehen Sie hier die Zahl der in Deutschland aktiven Rechtsrockbands. Laut dieser Statistik geht das bis quasi 2012 fast durchgängig nach oben, mit ganz leichten Schwankungen, bis zu ca. 180 aktiven Bands. Wir haben eigene Statistiken, aufgrund derer ich sagen würde: Da liegen wir tatsächlich noch weit drüber. Da ist dann aber immer die Frage, wen man mit hineinnimmt. Da müsste man eine genaue Definition hinterlegen, um das wissenschaftlich noch mal gegenzuchecken. Leider liegt hier keine Definition dahinter – die wird in den einschlägigen Berichten halt nicht gegeben –, ab wann eine Band hier gezählt wird oder nicht.

Zu den 180 Bands, die zum Teil in der Bundesrepublik aktiv waren, hinzuzuzählen sind noch ca. 30 bis 40 Liedermacherinnen und Liedermacher – oder Liedermacherprojekte –, die im Gegensatz zur klassischen Rockmusik eben mit der Akustikgitarre auftreten, aber eine nicht unbedeutende Wirkung haben und zum Teil auch eine hohe Bedeutung.

Am Beispiel eines ehemals in Baden-Württemberg lebenden Musikers werde ich das gleich noch kurz ausführen.

Auch die baden-württembergischen Bands habe ich mal herausgezogen. Auch das beruht auf den Berichten des Landesamts Baden-Württemberg, wo man sehen kann: Das Jahr 2006 bildete mit 19 Bands die Spitze. Unseres Erachtens ist es so, dass die jugendkulturelle Bewegung innerhalb des Neonazismus zwar aktuell leicht abflacht oder stagniert, das heißt, nicht mehr die Zuwächse der Neunziger- und Zweitausenderjahre zu verzeichnen hat, dass allerdings die Bands, die aktuell spielen, schon sehr lange dabei sind und hoch professionalisiert agieren. Von daher: Wenn auch die zurückgehende Zahl einerseits durchaus erfreulich ist – „beruhigend“ möchte ich das nicht nennen –, so stellen wir doch auf der anderen Seite fest, dass sich das Gesamtpotenzial auf einem extrem hohen Niveau bewegt.

Gucken wir noch mal ein bisschen genauer nach Baden-Württemberg, und gucken wir noch mal so ein bisschen in die Band-Landschaft rein. Ich habe mal acht meines Erachtens durchaus wichtige Projekte auf die Folie genommen: „Tonstörung“ aus Mannheim, eine der ganz frühen Bands, schon 89 gegründet, meines Erachtens eine der Prototypen des klassischen Rechtsrocks. Ich erwähne sie hier deshalb, weil sie eine der wichtigen und aktiven frühen Bands aus Baden-Württemberg ist und weil sie einen der Klassiker der Musikszene erstmals auf Tonträger produziert haben, nämlich das Lied „Blut muss fließen“. – Sie kennen vielleicht die Dokumentation und das Buch von T. K., welches er „Blut muss fließen“ genannt hat, genau nach eben diesem Lied, weil es sich hierbei halt um den Klassiker der Szene handelt, also ein altes NS-Liedgut, was hier wieder aufgenommen wird.

„Noie Werte“ aus Stuttgart, „Propaganda“ aus Horb, „Ultima Ratio“ aus Stuttgart, „Blue Max“ aus Schwarzach, „Kommando Skin“, ebenfalls aus Stuttgart, „Race War“ – wenn ich Schwäbisch Gmünd sage, muss ich hinzufügen: Da rede ich für einen vergangenen Zeitraum. Ich komme gleich noch mal auf die Band; der Bandleader ist inzwischen verzogen, ebenso wie der der letzten hier aufgeführten Band, nämlich F. R., der Liedermacher, der lange Jahre hier in Baden-Württemberg, in Ehningen, gewohnt hat und auf den ich auch kurz eingehen möchte.

Insgesamt gibt meine Datenbank Auskunft über 85 Bands, musikalische Projekte, mit Musikerinnen und Musikern, die hier aus Baden-Württemberg kommen und quasi seit 1989 aktiv waren.

Kommen wir zur wohl bekanntesten Band aus Baden-Württemberg, nämlich zu „Noie Werte“, 1987 gegründet, 2010 aufgelöst, die Band um S. H. – der Name ist hier mit Sicherheit schon reichlich gefallen, der Anwalt –, aber auch um eine Reihe weiterer Mitglieder, die im Kontext NSU noch von Bedeutung sein werden, also A. H. und andere. Was an „Noie Werte“ wichtig ist: Es gab immer wieder eine Reihe von Personalwechseln, und die Personen, die bei „Noie Werte“ gespielt haben, finden

wir in einer Reihe von wichtigen anderen Bands aus Baden-Württemberg später wieder, also z. B. eben in den Bands „Ultima Ratio“, „Carpe Diem“, „Odem“ oder, oder, oder.

„Noie Werte“: Insgesamt zehn Tonträger, über 70 Konzerte, die die Band gespielt hat, auch zum Teil international – Großbritannien, Schweiz, Italien, Spanien, Belgien, Ungarn, Frankreich, Österreich, um nur einige zu nennen –, eine der wirklich wichtigen Bands des bundesdeutschen Spektrums, die auch und vor allem durch ihre musikalische Qualität auf sich aufmerksam machten. Es ist sicher bekannt: S. H. ist Rechtsanwalt.

Die zweite wichtige Band, die ich Ihnen kurz vorstellen will: „Ultima Ratio“, ebenfalls Stuttgart, 1997 gegründet. Ich würde sagen, die waren ungefähr bis 2007 aktiv. Das ist eine Band um den Sänger A. H., ebenfalls Rechtsanwalt. Vielleicht ist Ihnen bekannt, dass er ehemals in einer Kanzlei mit N. S. gearbeitet hat, der Verteidigerin von R. W. Er ist – hier ja auch auf der Folie zu sehen – Sänger der Band „Ultima Ratio“ gewesen. „Ultima Ratio“ hat sich selbst in einem Interview mal als eine zu hundert Prozent „Blood & Honour“-Band bezeichnet. Das lässt sich tatsächlich auch über die Konzerte, die die Band gespielt hat, feststellen. Wir haben bei „Ultima Ratio“ ca. 30 Konzerte, zehn davon im Ausland, eine Reihe davon im Kontext von „Blood & Honour“, also – Sie sehen das ja auch auf der Folie – schon sehr früh.

„Ultima Ratio“ hat in der Szene eine ganz besondere Bedeutung gehabt. Vermutlich kennen Sie die Band „Landser“ als Deutschlands wichtigste Rechtsrockband, die erste Band, die als kriminelle Vereinigung verurteilt worden ist bzw. deren Mitglieder verurteilt worden sind. „Landser“ war eine Untergrundband mit ganz, ganz wenigen Konzerten. 1998 trat „Ultima Ratio“ zusammen mit „Landser“ auf. Die Musiker von „Landser“ waren eigentlich ein Geheimnis. Dass „Ultima Ratio“ zusammen mit „Landser“ auftreten durfte, bedeutet, dass sie zu denen gehörte, denen man absolut vertraute.

Für 98 stellen wir übrigens auch fest die Teilnahme von „Ultima Ratio“ an einer Konzerttour u. a. durch Sachsen, organisiert von „Blood & Honour Sachsen“, also genau von jenem Personenkreis, der durch die besonderen Unterstützungsleistungen für den NSU bekannt geworden ist. 1999 gab es ein Konzert, das organisiert wurde von dem Label „Movement Records“ um J. W., auch „Blood & Honour Sachsen“ – ebenfalls einer der wichtigen Unterstützer; auch dieser Name wird noch mehrfach fallen.

Was ich überhaupt nicht berücksichtigt habe, sind z. B. Projekte. „Ultima Ratio“ hat ein Bandprojekt gemacht namens „Extreme“ mit Musikern der Band „Fortress“ aus Australien; das ist vielleicht ein netter Hinweis auf die unglaublich weit reichenden Kontakte dieser Szenerie. – Der vorhin schon erwähnte S. H. von „Noie Werte“ war im Übrigen mehrere Wochen im Urlaub in Australien mit J. W., also mit einem der wichtigen „Blood & Honour“-Vertreter.

Von „Ultima Ratio“ führt nachher auch ein Link zu einer weiteren Organisation, auf die ich kommen werde, nämlich zu „Furchtlos & Treu“, da es eine Überschneidung gibt von

Bandmitgliedern aus dem Bereich „Ultima Ratio“ zu der späteren Organisation „Furchtlos & Treu“.

Weiteres Beispiel: „Propaganda“, Horb, aktiv von 1999 bis 2011. Besonderheit: Bundesweit gibt es unglaublich wenige Frauen in dieser Szenerie. Bei „Propaganda“ steht eine Frau an der Gitarre; das macht sie zu was ganz, ganz Besonderem. Bemerkenswert ist, dass die Band, die drei CDs produziert hat, im Jahr 2003 eine CD produziert hat mit dem Namen „Furchtlos & Treu“, den ich vorhin ja schon mal erwähnt habe. Das Symbol des Labels – das war bisher nicht bekannt –, auf dem diese CD erschienen ist und bei dem ich davon ausgehe, dass es eine Eigenproduktion ist, war das Symbol der eisernen Faust von Götz von Berlichingen, auf das ich gleich auch noch mal zurückkommen werde. „Propaganda“ war eine extrem aktive Live-Band, 55 Konzerte, die sie gespielt haben, viele im Ausland. Auch von „Propaganda“ gibt es Überschneidungen in den Bereich „Noie Werte“.

„Kommando Skin“: 98 gegründet, fünf CDs. 50 Konzerte, 22 davon im Ausland – 50 Konzerte gespielt, 22 im Ausland; vielleicht gibt Ihnen das eine Idee von der internationalen Dimension, die in diesem Bereich von Bedeutung ist.

„Race War“, Schwäbisch Gmünd: Allein der Name „Race War“ verweist auf ein politisches Konzept. Fabian Virchow hat eben in seinem Vortrag die Konzepte des Leaderless Resistance, die Bücher, die Romane – „The Hunter“ – erwähnt von W. P. die er unter Pseudonym publiziert hat. Das, was als Strategie, als politische Strategie da in diesen Büchern ausgegeben wird und erstmals quasi als Blaupause erscheint, ist das Motiv des Rassenkrieges, des Mordes an Personen mit Migrationshintergrund. Genau dieses politische Konzept des „Race War“ nimmt sich die aus Schwäbisch Gmünd kommende Band um M. H. quasi als Name an. Das ist quasi ihr Konzept, genauso, wie es in den sogenannten „Turner Diaries“ hinterlegt ist. Die Band muss damals verhältnismäßig gute Beziehungen in die Vereinigten Staaten gehabt haben; die CD, die Sie links auf der Folie sehen, ist 2002 in den Vereinigten Staaten erschienen.

Die Band „Race War“ hat in ihren Texten immer wieder zu Gewalttaten aufgefordert. Daraufhin oder aus diesem Grund gab es 2002 ein Ermittlungsverfahren gegen die Band wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, und tatsächlich sind Bandmitglieder 2006 auch verurteilt worden zu Bewährungsstrafen. Das war die Konsequenz. Allerdings haben nicht alle Bandmitglieder aufgehört, sondern unter dem Namen „Heiliger Krieg“ ist die Band bis heute aktiv.

Was bei „Race War“ auffällt, ist eine sehr enge Einbindung in das Netz von „Blood & Honour“, sind Bekenntnisse zu „Blood & Honour“, zu „Combat 18“ – der Terrorgruppe innerhalb von „Blood & Honour“ –, und u. a., dass sie ein Lied haben, das „Furchtlos & Treu“ heißt, was eine Ode an den Führer, ein Bekenntnis zu Adolf Hitler darstellt und quasi die Treue zu Adolf Hitler darstellt.

Interessant ist auch in diesem Zusammenhang, wenn wir auf den NSU gucken: Die ehemalige Freundin des Sängers M. H. – ich weiß jetzt nicht den aktuellen Beziehungsstand –, I. P., wird verdächtigt, dass der Name P., den das NSU als Aliasnamen benutzte, ihrer Person entlehnt ist, das heißt, wir hätten damit dann einen direkten Kontakt zwischen der Band – über die Beziehung – zum Kerntrio des NSU.

Die letzte musikalische Person, die ich hier erwähnen will, ist F. R., Jahrgang 1964, sozialisiert in der 1952 gegründeten und 1994 verbotenen Wiking-Jugend, einer Jugendorganisation nach dem Vorbild der Hitlerjugend. Hier ist er sozialisiert worden, und hier hat er auch mit seiner Wandergitarre seine ersten Gehversuche gemacht, mit dem klassischen Balladenliedgut aus dem Nationalsozialismus. F. R. hat inzwischen über 20 Tonträger veröffentlicht. Unsere Datenbank kommt auf 450 Auftritte, vor allem im Bereich von Kameradschaftsabenden, als politische Begleitmusik von NPD-Veranstaltungen, Kameradschaftsabenden oder Kulturveranstaltungen des Neonazismus. Beliebt sowohl bei Altnazis als auch jüngeren Neonazis, führten ihn diese Konzerttours u. a. bis nach Moskau – also auch jemand, der international von Bedeutung ist. Ihnen allen wird er bekannt sein als Bundespräsidentenskandidat der NPD und DVU in den Jahren 2009 und 2010.

Erwähnen möchte ich hier noch ein kleines Randdetail: Im Jahre 1995 übergab der als Rechtsterrorist mehrfach verurteilte P. N. den Behörden mehrere Waffendepots – 13 –, u. a. mit 27 Kilogramm TNT. Für diese Übergabe wählte er sich einige wenige Kameraden, die ihn begleiteten oder begleiten sollten; unter diesen befand sich auch F. R. Das heißt, die Bezüge zwischen Personen des aktiven Rechtsterrorismus mit Zugang zu Waffen sind sehr eng.

Es gibt einen zweiten Bezug zum NSU, und zwar ein Konzert am 26.04.2000, das unsere Datenbank dem NPD-KV Coburg zuschreibt – eigentlich kein Konzert; sondern ein Liederabend mit ca. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Auf diesem Treffen soll es zu einem Wortwechsel gekommen sein zwischen dem Herrn G. und der Frau E. S. mit einer Nachfrage, wie es denn dem NSU – oder den Personen des Kerntrios – gehen würde. Also, auch hier werden die Netzwerke, aber auch die Gelegenheitsstrukturen der Rechtsrockszene noch mal deutlich.

Ich habe erwähnt „Blood & Honour“ als Organisation, die für den NSU von großer Bedeutung war für die Unterstützungsleistungen, „Blood & Honour“, 1987 gegründet von dem schon erwähnten Ian Stuart Donaldson und seinem Freund N. C. In England gegründet, waren es Konzerttours durch ganz Europa, die Ian Stuart gemacht hat mit seiner Band „Skrewdriver“ und die diesen Gedanken von „Blood & Honour“ verbreitet haben und auch das Netzwerk aufgebaut haben.

Wenn Sie hier auf die Folie schauen, dann sehen Sie Ausgaben – sie sind etwas älter; inzwischen ist auch diese Szene überwiegend aufs Internet umgestiegen – unterschiedlicher „Blood & Honour“-Magazine, aus Texas, aus Spanien, aus Skandinavien, aus Ungarn, aus Griechenland und eben auch aus Deutschland.

Wenn wir in die frühen Jahre von „Skrewdriver“ gehen, dann stellen wir fest, dass ein Hauptschwerpunkt in Baden-Württemberg war. Wir haben zwar ein erstes Konzert schon 1989 in Niedersachsen, das zweite Konzert war aber gleich 1991 in Baden-Württemberg, in der Stuttgarter Kolbstraße. Bis zu seinem Tod 1993 – er verstarb bei einem Autounfall – hatte Ian Stuart Donaldson zwölf Konzerte in Deutschland gespielt meines Wissens nach, von denen acht in Baden-Württemberg stattgefunden haben. Es gab eine unglaublich große Nähe zwischen der Band „Skrewdriver“ und der Band „Noie Werte“. Wenn so eine Band wie „Skrewdriver“ nicht komplett Zeit hatte, dann fuhr auch schon mal ein Stuart Donaldson nahezu alleine nach Deutschland, und dann brauchte er – ich nenne das mal so – Gastmusikerinnen und Gastmusiker; nein, es waren nur Männer, also Gastmusiker. Und dann waren es der Personenkreis um die Band „Noie Werte“, die hier aktiv waren.

Vielleicht ein weiterer Hinweis: Ian Stuart Donaldson selbst besuchte Veranstaltungen des Ku-Klux-Klan und propagierte die Idee des Ku-Klux-Klan mittels produzierter Schallplatten. Also, er hat ein Projekt gehabt, das nannte sich „Klansmen“, und das war quasi nicht Rockmusik, wie er sie mit seiner Band „Skrewdriver“ gemacht hat, sondern das war der Südstaaten-Sound, der Ku-Klux-Klan-Sound. Also LPs, Langspielplatten wie „Fetch the Rope“ – also: „Knüpf schon mal das Seil“ – waren Beleg für diese Verehrung und das Propagieren des Ku-Klux-Klan, der Ku-Klux-Klan-Ideen.

Sie sehen hier die erste Ausgabe des „Blood & Honour“-Magazins, zu einem Zeitpunkt, als noch überhaupt keine deutschen „Blood & Honour“-Strukturen existierten. Die erste Ausgabe von „Blood & Honour“ kam aus den Vereinigten Staaten und ist dort produziert und übersetzt worden, allerdings mithilfe deutscher „Kameraden“, schon sehr früh. Und das ist halt der Punkt, wo wir dann gucken können nach Stuttgart, nach Baden-Württemberg, wo wir den ersten großen Kontaktpunkt und Anlaufpunkt hatten, wo „Skrewdriver“ aufgetreten ist und wo er tatsächlich eng eingebunden war eben in Strukturen. Und die Strukturen, in die er damals eingebunden war, waren die „Kreuzritter“ bzw. der „Skrewdriver Service“.

Die „Kreuzritter“ als eine Organisation, die von 1991 bis, ich würde sagen, ungefähr 1994 aktiv war, Konzerte organisierte, Grillfeste organisierte, Weihnachtsfeiern organisierte, Sonnenwendfeiern organisierte, ist eine der frühen gefestigten Strukturen, die aus diesem Bereich der Jugendkultur entstanden sind und die sehr eng verbunden waren einerseits zu der Band „Ultima Ratio“ über A. H., der aktiv war in diesem Bereich der „Kreuzritter“, aber auch über S. H. Auf der Folie in der Mitte sehen Sie aus der Zeitschrift der „Kreuzritter“ einen Nachruf auf Ian Stuart kurz nach seinem Tod, der eben geschrieben ist von dem „Ultima Ratio“-Sänger und Rechtsanwalt H.

Auch bei den „Kreuzrittern“ stellt sich natürlich die Frage: Woher kommt dieser Name? Eine Bezugnahme zu den christlichen Kreuzrittern ist eigentlich innerhalb dieser Szenerie zu der Zeit überhaupt nicht festzustellen. Von daher ist auch hier davon auszugehen

oder liegt es nahe, dass mit „Kreuzritter“ Personen aus dem Bereich des Ku-Klux-Klan gemeint sein könnten.

Gehen wir noch mal zurück zu „Blood & Honour“. Hier mal drei Zeitschriften aus diesem Bereich, zwischen 1994 und 2000. Die erste Ausgabe wurde noch über die dänischen „Blood & Honour“-Strukturen verschickt. Mit der letzten Ausgabe vor dem Verbot, die Nummer 9 mit über 150 Seiten, sind Sie bei einem richtig dicken Nachrichtenmagazin, was Ausdruck der Professionalisierung dieser Szene und der Möglichkeiten ist, die diese Szene damals hatte.

Das deutsche Netzwerk von „Blood & Honour“ wurde 1994 in Berlin gegründet. Dort entstand auch quasi die erste Kernsektion, weil „Blood & Honour Deutschland“ sich quasi aufteilte in unterschiedliche Sektionen einzelner Bundesländer – wobei das nicht unbedingt immer nach Bundesländern ging, die hier präsent waren. 96: Brandenburg, Sachsen, Württemberg und Baden – also zwei Sektionen –, 97: Thüringen, Nordhessen, 98: „Nordmark“, also der ganze Bereich Norddeutschland, ab 99 dann auch Bayern, Franken, Brandenburg – Südbrandenburg –, Saar, Westfalen, Südhessen und Weser-Ems.

1999 haben wir etwas sehr Spannendes. Wir haben nämlich den Austritt von zwei Sektionen, der meines Erachtens sehr spannend ist und noch zu betrachten sein wird. Die innerhalb des „Blood & Honour“-Netzwerks extrem wichtige Sektion Sachsen tritt aus, und die Sektion Württemberg tritt aus. Hier haben wir es – darauf komme ich gleich noch mal – mit einer Ausgründung zu tun, aber dann auch mit einer regionalen Neugründung.

„Blood & Honour“ wird 2000 verboten vom Ministerium des Inneren, und damit ist quasi dieses Kapitel „Blood & Honour“ im deutschen Rahmen scheinbar geschlossen. Faktisch war dem nicht so; dazu komme ich gleich noch mal.

Gucken wir mal auf die Organisation „Blood & Honour“ und die Bezüge nach Baden-Württemberg, dann stellen wir fest, dass wir eine Reihe von Personen haben, die hier involviert waren und von Wichtigkeit waren. Herr F. als Chef der – – Also, das ist ein Bild von 1997, von einem Bundestreffen in Leipzig der führenden „Blood & Honour“-Aktivistinnen und -Aktivisten. Dort finden wir eben auf dem Bild Herrn F., der meines Erachtens der Chef von „Blood & Honour“ hier in Baden-Württemberg war. Wir finden Herrn K., seinen Stellvertreter. Wir finden aber auch die Person von R. S. – jemand, der schon sehr früh in der Band-Landschaft Baden-Württembergs, also in den Bands „Triebtäter“ und anderen, aktiv war und auch bei „Ultima Ratio“, der ein ganz frühes Mitglied war von „Blood & Honour“. Wir finden auch A. H., den wir schon kennen aus dem Bereich der „Kreuzritter“ und von „Ultima Ratio“, wir finden Bandmitglieder von „Propaganda“, die hier im Bereich „Blood & Honour“ aktiv waren.

Wie ich eben schon erwähnt habe, kommt es 98/ 99 zur Ausgliederung von zwei – ich benenne ausdrücklich zwei – „Blood & Honour“-Sektionen, nämlich Sachsen und Würt-

temberg bzw. Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg gründet sich direkt eine neue Gruppierung, die am Anfang auch auf ihrer Website sagt: Wir sind alte „Blood & Honour“-Leute“ – aber es ist keine Fortführung; da hätte man direkt mal gucken können: warum nicht, wenn die gleichen Leute weitermachen? –, wieder unter M. F.

Die Orientierung von „Furchtlos & Treu“ – ideologisch und auch vom Namen her und von der Symbolik her – vollzieht sich an der Waffen-SS. Es gab eine sehr frühe Veranstaltung zu Ehren der Division „Götz von Berlichingen“ – also der Waffen-SS-Division. Auch das Bandsymbol von „Furchtlos & Treu“ ist entlehnt dieser SS-Division „Götz von Berlichingen“.

Ich finde es relativ spannend, dass es zu „Furchtlos & Treu“ ein Lied gibt eben von „Race War“, eine CD mit dem Namen „Furchtlos & Treu“ von der baden-württembergischen Band „Propaganda“. Wenn ich bundesweit schaue, ob ich die Begrifflichkeiten „Furchtlos & Treu“ finde im Musikbereich, dann finde ich die nicht; gehe ich nach Baden-Württemberg, habe ich gleich zwei Treffer. Das finde ich durchaus bemerkenswert.

Was „Furchtlos & Treu“ gemacht hat, ist, Konzerte zu organisieren, Partys, Veranstaltungen etc. 2003 ist ihr Klubhaus abgebrannt – abgebrannt worden aufgrund einer Brandstiftung; es gibt aber ein neues. 2004 – vielleicht noch bemerkenswert – gab es eine Durchsuchung einer sächsischen Untergliederung von „Furchtlos & Treu“, mit dem Fund von 500 g Sprengstoff und Magazinen sowie 2 500 Schuss Munition. Anlass waren Zeitungsberichten zufolge gefundene Fotos, auf denen auch M. F. mit Waffen posierte.

Ich habe eben gesagt, im Jahr 2000 wurde „Blood & Honour“ verboten. Auch danach fanden Konzerte statt, wurden CDs produziert mit dem Label „Blood & Honour“: „Blood & Honour Deutschland – trotz Verbot nicht tot.“ Hier tauchen die Bands „Race War“ und der erwähnte H. K. auf, die hier aktiv waren, wobei man sagen muss, dass in Baden-Württemberg vor allem die sogenannte „Division 28“ – also 28 wie „Blood & Honour“ –, die von 2002 bis 2006 aktiv war, zu berücksichtigen ist als eine Nachfolgestruktur oder eine Struktur, die an „Blood & Honour“ anknüpft. Ich verweise an dieser Stelle auf das Buch „Blut muss fließen“ von T. K., in dem das noch mal näher ausgeführt ist.

Gucken wir zum Schluss noch mal auf Kontakte aus dem „Blood & Honour“-Netz oder aus Baden-Württemberg in den Bereich NSU. Ich denke, da muss wieder erwähnt werden zuallererst die Band „Noie Werte“. Ich glaube, es ist bekannt, dass in der ersten oder in einer frühen Version des Bekennervideos zwei Lieder der Band verwendet worden sind, das heißt, dass die Personen direkt Lieder der Band genutzt haben, um ihre Taten zu unterlegen. Es gab engste Kontakte der Bandmitglieder eben zu dem Unterstützungsnetzwerk, namentlich vor allem zur Person von J. W. Schon 1990 haben erste Konzerte von „Noie Werte“ in Thüringen stattgefunden, ab 91 waren sie unterwegs mit der Band „Skrewdriver“. Unter anderem hat „Noie Werte“ Konzerte gespielt

in Chemnitz, die organisiert worden sind genau von jenem Personenkreis, die dann später den NSU unterstützt haben mit Wohnungen und anderen Sachen.

Es gab eine Reihe weiterer Konzerte mit Bands wie „Westsachsengesocks“, in denen wir Unterstützer haben, z. B. den Herrn P. Das heißt, ich gehe davon aus, dass es hier Kenntnis voneinander und zumindest Kontakte gegeben hat, ebenfalls Kontakte zu dem Magazin „United Skins“ von C. S.

Besonders bemerkenswert ist allerdings meines Erachtens die spätere Bandmitgliedschaft von A. G., also einer Person aus Sachsen, die eben genau aus diesem Kernbereich von „Blood & Honour“ kommt, aus Chemnitz – eher quasi als Kontaktmann des Trios zu W. oder zwischen W. und dem Trio. Man muss sagen: Dass jemand aus Chemnitz, aus diesem ganz engen Feld, so nah dran ist, ist durchaus bemerkenswert.

Ein weiterer, meines Erachtens durchaus wichtiger Punkt zwischen Musik und NSU sind die Bands „Höllenhunde“, „Celtic Moon“ und „Wolfsrudel“, hinter denen im Kernbereich der Musiker A. S. steht, über den ja auch bekannt geworden ist, dass er als V-Mann aktiv war. Hier haben wir zwar verhältnismäßig wenig Konzerte, aber wir haben wichtige Konzerte, also z. B. einen Auftritt 1999 beim „Day of Honour“ in Ungarn von der „Blood & Honour“-Struktur, ein Konzert 99 nach dem Heß-Gedenkmarsch in Dänemark. Das sind Konzerte, die quasi die Topelite der internationalen „Blood & Honour“-Szene angesprochen haben und die auch nicht – – Da kommt nicht jede Band hin, sondern das sind tatsächlich besondere Konzerte.

Interessant ist auch – meines Erachtens ja durchaus bekannt –, dass A. S. 99 diese „European White Knights of the Ku-Klux-Klan“ gegründet hat. Auch auf seinen CDs hat er Klan-Symbolik verwendet. Auf der CD-Hülle posiert er mit Ku-Klux-Klan-T-Shirt. Die CD enthält auch ein Lied „Knights of the Truth“, was sich meines Erachtens an Klan-Mitglieder richtet bzw. die Klan-Mitglieder verherrlicht.

Auch personell sind hier interessante Konstellationen zu finden. Bei der Band „Höllenhunde“ hat er zusammen gespielt mit R. S., den ich ja eben schon erwähnt hatte als „Blood & Honour“-Mitglied, der aber später den PATRIA Versand übernommen hat, einen der wenigen Versände, die eine Bekenner-DVD bekommen hat. Auch das ist meines Erachtens durchaus klärungsbedürftig.

Als drittletzte Folie möchte ich erwähnen die Band „Kettenhund“ aus Ludwigsburg um den verstorbenen M. E. Hier ist bekannt, dass es – meines Erachtens muss das zwischen 96 und 97 oder 98 gewesen sein – enge Kontakte des Trios gab, was sich nicht nur auf den Besuch von Konzerten, sondern tatsächlich auch auf persönliche Kontakte und persönliche Besuche in Baden-Württemberg, in Ludwigsburg um diesen Personen- und Freundeskreis von M. E. und die Band „Kettenhund“ bezieht.

Meines Erachtens ist auch zu schauen auf diese Organisation „Furchtlos & Treu“, weil der Chef, M. F., enge Kontakte zu J. W. pflegt, also zum Chemnitzer Netzwerk. Hier ist meines Erachtens auch zu klären, warum „Furchtlos & Treu“ und „Blood & Honour Sachsen“ „Blood & Honour“ verließen, bevor „Blood & Honour“ verboten wurde. Wo war der Grund des Austritts?

Die Folge dieses Austritts war, dass sowohl „Furchtlos & Treu“ als auch die ehemaligen Strukturen von „Blood & Honour Sachsen“ von den Verboten nicht betroffen waren, somit auch nicht von Strafverfolgungsmaßnahmen. Bekannt ist aber, dass zumindest innerhalb von „Blood & Honour Sachsen“ in einem hohen Maße V-Leute aktiv waren. Das heißt, es ist davon auszugehen, dass die Behörden sehr gut Bescheid wussten, was in „Blood & Honour Sachsen“ passierte. Es ist zu befürchten, dass dadurch auch „Blood & Honour Sachsen“ wusste, was in den Behörden passierte. Auch das ist meines Erachtens zu prüfen.

Der letzte Hinweis, den ich geben möchte, ist ein Hinweis auf personelle Zusammenhänge gerade zwischen der Chemnitzer Szene und dem Netzwerk von „Blood & Honour“ und dem Raum Ludwigsburg. Das heißt, dass wir A. G. betrachten, der aus Chemnitz, aus diesem „Blood & Honour“-Netzwerk nach Baden-Württemberg, in den Raum Ludwigsburg zieht. Meines Erachtens muss das ca. 2001 gewesen sein.

Der ehemalige Chef von „Blood & Honour Deutschland“, S. „P.“ L. – also Spitzname „P.“ – ist nach Kirchheim gezogen, also auch in diese Region. J. W. selbst ist in diesen Raum gezogen. Und alle haben meines Erachtens Kontakt in die baden-württembergischen Netzwerke, die früher „Blood & Honour“ bzw. später „Furchtlos & Treu“ zugehörig waren. Das ist meines Erachtens eine sehr auffällige und durchaus erklärenswerte Häufung von Zufällen oder halt Vorgängen.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr R. Es gibt sicherlich die eine oder andere Frage. Ich fange einfach mal an, und zwar: Wie würden Sie denn die Rolle von „rechter“ Musik – das haben Sie am Anfang gleich schon ein bisschen dargestellt –, als Werbungs- und Rekrutierungsmittel, aber auch als Aufstachelungs- und Aufputschmittel für konkrete Taten beschreiben? Sind das aus Ihrer Sicht Hauptfunktionen der rechten Musik für die rechtsextreme Szene gewesen?

Sv. J. R.: Sie haben die Frage gestellt nach Werbung und Anwerbung.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Als Werbungs- und Rekrutierungsmittel.

Sv. J. R.: Werbung und Rekrutierung. – Meines Erachtens ist es durchaus so, dass gerade für junge Menschen, in deren Leben Musik eine sehr bedeutende Rolle spielt – auch zur Identifikation, zur Rollenfindung, zur Persönlichkeitsbildung –, in der

Musik häufig einer der frühen Kontaktpunkte – wenn er denn nicht schon im Elternhaus gelegen hat – oder vor allem der Radikalisierungspunkte liegt. Das heißt: Hier werden Stichworte gegeben. Wenn Sie mit jungen Menschen sprechen, die Rechtsrock hören, und Sie fragen sie: „Wer war Rudolf Heß?“, dann sagen die: „Ah, der Friedensflieger.“ – „Aus welchem Geschichtsbuch hast du das?“ – „Ja, das hat die Band gesungen, die Band gesungen, die Band gesungen.“ – Die haben, glaube ich, zwanzig Lieder, die Rudolf Heß als den „Friedensflieger“ besingen. – Das heißt: Hier haben wir durchaus erste Kontaktmomente, vor allem erste Kontaktmomente, die ideologisch eine Unterfütterung bedeuten, die aber vor allem einen Zugang zur – ich würde es durchaus so sagen – organisierten Szene, weniger als eine klassische Organisation, vielmehr als eine Bewegung oder als eine Jugendkultur, bieten.

Für die Älteren ist der Bereich Rechtsrock meines Erachtens immer noch wichtig, weil hier Netzwerke bestehen. Hier wird die Beständigkeit aufrechterhalten, hier geschieht die Selbstvergewisserung, dass es richtig ist, was hier getan wird. Das heißt: Wenn Sie Konzerte nehmen, da sind diese jungen Leute, die 14, 15, 16 sind, nicht, sondern da haben wir es mit älteren Personen zu tun; da haben wir durchaus auch einen höheren Anteil von Personen um die 30. Das hat eine unterschiedliche Funktion: Das eine ist tatsächlich eher eine ideologisch ansprechende, das andere ist tatsächlich eine soziale Funktion.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wie würden Sie denn das Verhältnis der rechtsextremen Musikszene zu anderen Szenen, insbesondere im Bereich Organisierte Kriminalität oder Rockerclubs, beschreiben? Gab es da Verbindungen, oder sind Sie nicht darauf gestoßen?

Sv. J. R.: Ich glaube, dass man das sehr differenziert betrachten muss. Wenn Sie die Lebensverläufe und die Biografien von wichtigen Akteuren des Rechtsrocks betrachten, die sehr stark in dieser Szene aktiv sind und deren Leben quasi aus der Politik bestand, dann eignen die sich im Rahmen dieser Tätigkeit Kompetenzen an, die später auch genutzt werden können, um den Lebensunterhalt zu sichern, um Geld, vielleicht auch Status in einem anderen Bereich zu bekommen, nämlich im Bereich Organisierte Kriminalität – also Gewaltausübung, Männlichkeitsriten. Meines Erachtens gibt es eine hohe Überschneidung zwischen bestimmten Aspekten der extremen Rechten, des Neonazismus und der Kameradschaftsszene mit Rockern. Daher ist es meines Erachtens ein verhältnismäßig leichter Übergang zwischen diesen Bereichen.

Aber – und deswegen warne ich davor, zu sagen: „Das ist unglaublich schlimm“ –, es ist natürlich so, dass die Rockerszene im Bereich Organisierte Kriminalität andere Ziele verfolgt, bei denen die Organisationen zum Teil sagen: „Das ist kontraproduktiv.“ Wer als Neonazi aktiv ist, ist mit der Polizei, ist mit Strafverfolgungsbehörden konfrontiert; das wollen die nicht. Die sind zum Teil auch durchaus multikulturell aufgestellt; denen ist es egal, wer mit ihnen Geschäfte macht. Von daher: Es gibt einzelne Personen, die aus dem Bereich des Neonazismus, der rechten Musikszene aktiv werden in diesem

Rockerbereich. Meines Erachtens besteht eine besondere Problematik dann vielleicht im Zugang zu Waffen, die in dieser Szene umherlaufen.

Ein weiterer Aspekt, der hier zu erwähnen ist, ist das Zurverfügungstellen von Räumlichkeiten. Das ist hier in Baden-Württemberg ein Punkt, der erwähnt werden muss. Die Clubheime der Rocker sind in mehreren Fällen, in einer ganzen Reihe von Fällen zur Verfügung gestellt worden. Meines Erachtens das auffälligste Beispiel war 2003 eine größere Konzertserie im Clubheim der „Bandidos“ in Mannheim. Die extreme Rechte hat einen Mangel an verlässlichen Räumen, in denen sie Konzerte durchführen können. Öffentliche Vermieter sagen so was sofort ab; auch private Vermieter werden häufig getäuscht. Die „Bandidos“ stört das nicht. Von daher gab es einen Rückgriff auf Räumlichkeiten. Sowohl im Bereich 2002, 2003, 2004 sehe ich etwas bei den „Black Riders“ in Donaueschingen, 2005 noch mal Mannheim, 2007 Krauchenwies. Also, da gibt es ein Verhältnis zueinander, einen Funktionsmechanismus, aber man muss auch die Unterschiede bedenken.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Seit den Achtzigerjahren war ja auch diese Band „Böhse Onkelz“ durchaus in weiteren Bevölkerungskreisen populär, wahrscheinlich manchmal populärer als manche Rechtsrockband. Wie würden Sie denn deren Rolle und Wirkung im Bereich der Werbung für rechtsextreme Einstellungen und Taten beurteilen? Es gibt ja auch Lieder wie „Alter Mann“ über Rudolf Heß oder Lieder gegen „Bullenschweine“ und „Türken raus!“-Lieder.

Sv. J. R.: Ich glaube, da muss man sehr genau hingucken. Die Band „Böhse Onkelz“ hatte in der Frühphase Anfang der Achtziger genau solche Lieder, die in der extremen Rechten zu verorten sind. Meines Erachtens hat es schon ab Mitte der Achtziger, nach den Morden, den rassistisch motivierten Morden in Hamburg, wo erstmals auch die Rechtsrockszene als ursächlich für diese Gewalttaten bezeichnet worden ist, eine ideologische Veränderung im Bereich der „Onkelz“ gegeben, den ich ein bisschen beschreiben würde als eine Wandlung von der extremen Rechten hin in einen diffusen Rechtspopulismus, der meines Erachtens im Rückblick teilweise kompatibel war mit der extremen Rechten, der aber in der extremen Rechten im Kernbereich durchaus auch wahrgenommen worden ist als eine Abkehr von der Szene und als Verrat. Ich würde sagen: Die „Onkelz“ hatten noch eine bestimmte Bedeutung, vor allem in der Kultivierung prolliger Männlichkeit – dieses Underdog-Gefühl. – Da ja, im Bereich rechter Lebenswelt, aber nicht mehr für die organisierte Szene der extremen Rechten.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie haben ja in Ihrem Beitrag „20 Jahre RechtsRock“ darauf hingewiesen, dass es schon früh z. B. bei den „Böhsen Onkelz“ Aufforderungen gab, „es den Bullen zu zeigen“. Zudem gab es ja wohl auch vereinzelt Aufforderungen, sich mit der RAF zu verbünden, wie etwa durch die Kölner Band „Kotzbrocken“. Sind denn die beiden einzelnen Phänomene mal eine Richtung gewesen, dass beide – Linksaußen, Rechtsaußen – sich da gegen den Staat, gegen „die Bullen“ verbündet hätten? Gab es da Linien?

Sv. J. R.: Nein, da gibt es meines Erachtens keine Linien. Wir gucken hier tatsächlich auf Ausnahmen, die meines Erachtens dadurch erklärbar sind, dass es in der damaligen Zeit Personen gab, die aus dem Bereich des Punks kamen. Auch die Frankfurter Band „Böhse Onkelz“ ist ja gegründet worden als eine Punkband, genau wie die Band „Skrewdriver“. Wir hatten hier quasi Personen, die ihre politische Orientierung und auch ein Stück weit ihre Szenezugehörigkeit von der Punk- in die Skinheadszene wechselten. Und wir waren dann mit ganz wenigen solcher Texte und Aufforderungen konfrontiert oder finden ganz wenige davon.

In Bezug auf Polizei gibt es im Bereich des klassischen Rechtsrocks eine sehr unterschiedliche Auffassung – also einerseits eine Staatsbejahung, wo Polizei durchaus ein akzeptierter Faktor ist, auf der anderen Seite die Polizei, die als zu schwach wahrgenommen wird. Man singt im Rechtsrock: „Wir sind Deutschlands rechte Polizei“, eine Selbstinszenierung als Polizei, andererseits die Polizei als Verfolgungsbehörde, die in der Szene als Hassobjekt dargestellt wird, als Arm des Weltjudentums bezeichnet wird und, und, und. Das heißt, das Bild der Polizei innerhalb des Rechtsrocks muss sehr differenziert betrachtet werden.

Dabei fällt mir ein, was ganz spannend ist: Es gibt ein Single Cover der Band „AEG“ mit einer Erschießung eines Polizeibeamten auf einem Polizeiwagen. Meines Erachtens ist die Band „AEG“ ja durchaus in diesem Kontext – Chemnitz, NSU-Unterstützerszene – zu sehen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt gab's ja wohl am 3. Oktober 1998 ein Deutschlandtreffen, bei dem zentrale Beschlüsse gefasst wurden, wie „Blood & Honour“ in Deutschland funktionieren sollte. Können Sie dazu was sagen?

Sv. J. R.: Es muss das Treffen gewesen sein mit der Verabschiedung des 25-Punkte-Programms oder eine Aussage von einem Aussteiger aus diesem Netzwerk, damals vorgetragen von dem Personenkreis „Blood & Honour“ Niedersachsen, H. F., Personenkreis um D. R., die damit eine deutliche Politisierung von „Blood & Honour“ hin zu einer politischen Kampfgemeinschaft, hin zu einem bewaffneten Kampf propagiert haben, also eine Radikalisierung auch von „Blood & Honour“.

Wenn Sie nach Folgen fragen, glaube ich, dass das Durchsetzen dieser Beschlüsse noch mal dazu geführt hat, dass unterschiedliche Interessen innerhalb von „Blood & Honour“ offener zutage gekommen sind – also ein Flügel, der deutlich politischer agieren wollte, ein Flügel, der eher auf Konzerte ausgelegt war, auf, ich sage, durchaus auch Business, also Konzerte und CDs, durchaus aus geschäftlichen Gründen. Meines Erachtens hat genau dieser Beschluss diese Tendenzen noch verstärkt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Aber Sachsen und Württemberg sind jetzt nicht aus den Tendenzen rausgegangen wegen der Wirtschaftlichkeit und des Verkaufs, sondern aus politischen Gründen? Oder wie schätzen Sie das ein?

Sv. J. R.: Das ist sehr spannend, weil ich das nicht genau einschätzen kann, weil es dort meines Erachtens durchaus gegenläufige Indizien gibt – einerseits das sehr starke wirtschaftliche Engagement gerade um das Label „Movement Records“ aus „Blood & Honour“ Sachsen heraus, also durchaus wirtschaftliches Interesse. Auf der anderen Seite gelten gerade Personen aus „Blood & Honour“ Sachsen durchaus als die, die einen politischen Kurs vertreten haben – jetzt nicht wie die Niedersachsen, aber durchaus sehr politisch, sehr radikal, was eigentlich einen Austritt aus geschäftlichen Gründen als wenig wahrscheinlich erscheinen lässt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt haben Sie vorher was zu M. F. gesagt. Klar. Wenn Ihnen da noch was einfällt, vielleicht können Sie da noch was sagen, was Sie noch nicht gesagt haben. Aber da gibt es ja auch den Namen H. W. Können Sie zu dessen Rolle was sagen? War der im Musikbereich auch tätig?

Sv. J. R.: H. W. würde ich jetzt verorten in der Band „Triebtäter“ – damit als eine durchaus ebenfalls wichtige Band, auch mit Kontakten nach Chemnitz, auch in Chemnitz gespielt, durchaus Überschneidungen zu „Noie Werte“. Meines Erachtens war bei „Triebtäter“ auch S. mit dabei, jene Person, die sowohl bei „Blood & Honour“ eine wichtige Funktion hatte, also durchaus jemand, der, was Netzwerkfunktion und auch Musikfunktion hat, eine besondere Bedeutung hat oder eine durchaus exponierte Bedeutung hatte, wobei die Band „Triebtäter“ nach dem Tod des Sängers C. 1997, dem Selbstmord, sich aufgelöst hat und die Band, die verbliebenen Bandmitglieder in anderen Projekten aktiv wurden.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt wollen wir ja vorrangig, als Hauptpunkt, auch die Unterstützernetzwerke in Baden-Württemberg, ich sage mal, in Württemberg untersuchen. Wir gehen davon aus, dass es auch bei der Tat in Heilbronn Helfer gab, aber es gibt keinen Hinweis bisher darauf, zu Helferstrukturen.

Wir haben vorher schon andere Sachverständige gefragt. Es ist ja die Frage: Geht man da auf befreundete Organisationen zu, oder geht man da auf Menschen zu, die man schon u. a. in der Musikszene kennengelernt hat und sie dann nachher auch, weil man untergetaucht ist, in verschiedener Weise für Aufenthalte, für Feste, für Treffen gebraucht hat? Wie sehen Sie denn das? Ist die Musikszene eine dieser Szenen, wie Sie sie jetzt untersucht haben, wo so ein Unterstützernetzwerk, nachdem die auch in Baden-Württemberg stark aktiv waren, für NSU infrage käme?

Sv. J. R.: Ich glaube, dass diese Frage nicht mit „diese oder jene“ beantwortet werden kann. Ich glaube, dass auch dieser Personenkreis des NSU hier sehr genau im Einzelfall geguckt haben wird und es durchaus unterschiedliche Ebenen gegeben haben wird.

Wenn wir von Unterstützung finanzieller Art reden, dann kann eine Organisation tatsächlich aktiv werden, zum Teil sogar, ohne dass Personen, die Konzerte besuchen, das durchaus wissen. Also, ich habe Kernpersonen aus dem Bereich NSU, die wissen um das untergetauchte Trio und die wissen: Es gibt Geldmangel. Sie veranstalten Konzerte, bei denen durchaus Beträge erwirtschaftet werden, und spenden das.

Jetzt könnte man sagen: Die Leute, die Eintritt gezahlt haben, die Leute, die für Kameraden gespendet haben, unterstützen den NSU. Aber die sind natürlich nicht zu dem Konzert gegangen, um den NSU zu unterstützen, sondern die sind zu dem Konzert gegangen, um zum Konzert zu gehen. Von daher, so eine Rolle würde ich der Organisation „Blood & Honour“ durchaus zugestehen, also hier als Organisation eine unterstützende Funktion gehabt zu haben.

Für alles Weitere, würde ich denken, geht es eher um persönliche Netzwerke. Aber wenn wir über persönliche Netzwerke reden, dann müssen wir darüber reden: Wie sind diese Personennetzwerke zustande gekommen, wie haben sie sich gebildet, wie haben sie sich konstituiert? Und dann kommen wir zum Gutteil doch wieder auf Organisationen, in denen sich Personen kennengelernt haben, in denen sie eventuell gemeinsam illegale Aktivitäten gemacht haben, z. B. CDs produziert haben, verdeckt agiert haben, um der Polizei keinen Zugriff auf ihre Aktivitäten zu ermöglichen.

Das heißt, hier gibt es Personen, die dann über eine persönliche Erfahrung verfügen. Da bin ich dann nicht mehr im Bereich, ich buche zuerst den Chef der Organisation, danach kommt der Vize, sondern ich agiere mit den Personen, mit denen ich Erfahrungen gemacht habe – kennengelernt aber durchaus meines Erachtens überwiegend durch die organisatorischen Netzwerke.

Es gibt da Unterschiede. Wir haben diesen Personenkreis um die Band „Kettenhund“, E., wo ich sagen würde: Das ist eine frühe Freundschaft, ein sozialer Kontakt gewesen, wo ja auch jemand aus Chemnitz nach Baden-Württemberg zieht – ich glaube, zum Zweck der Ausbildung; da bin ich mir nicht ganz sicher – und wir dann einfach jemanden haben, der wohnt auf einmal in einer bestimmten Region, der hat Kontakt zur lokalen Szene. Den fährt man dann besuchen, lernt sich kennen, es entsteht was. Auch das gibt es. Also, ich würde nicht sagen, es gibt nur das eine oder das andere, sondern wir haben es mit Mischformen – –

Ich glaube, dass jeweils geprüft wird: Wie verlässlich sind denn Personen? Welche persönlichen Erfahrungen habe ich mit denen? Aber meines Erachtens spielt in so eine Entscheidung durchaus auch hinein – jugendkulturell würde man das „street credibility“ nennen –: Wie sind solche Personen denn angesehen? Jemand wie F. R., der schon überall gesessen hat, jemand wie T. H., der in allen Zusammenhängen immer – – der nie Aussagen gemacht hat, das sind Personen, die gelten in der Szene als in hohem Maße vertrauenswürdig. M. R., vor Gericht gestanden, kriminelle Vereinigung, nicht ausgesagt – das sind Leute, wo die Szene, glaube ich, als Szene sagen würde: Auf die können wir uns sowieso verlassen.

Vorsitzender: Danke. – Herr Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr R., herzlichen Dank für die Informationen. – Jetzt habe ich einmal Nachfragen in die Richtung: Wie professionell sind denn die Musiker? Also, bei F. R. kann ich mir vorstellen, dass der davon lebt. Oder ist das jetzt eine falsche Einschätzung?

Sv. J. R.: Ich würde die Einschätzung, dass F. R. davon lebt, durchaus teilen. Ob der noch nebenbei an seinem Hof werkelt, renoviert, Häusle baut, sei davon unbenommen. Aber ich glaube, dass er eine der ganz wenigen Personen ist, wo Musik über längere Zeiträume einen wichtigen Bestandteil ihres Einkommens darstellt.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Also ein Stück Beruf?

Sv. J. R.: Ein Stück Beruf. – Bei nahezu allen anderen Personen würde ich sagen: Das ist Hobby oder politische Berufung.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Also, die Einnahmen, die da eingehen, sind jetzt nicht nennenswert? Kann man das sagen, oder – –

Sv. J. R.: Sie haben angesetzt im Bereich der Musiker.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Ja.

Sv. J. R.: Da würde ich tatsächlich sagen: Das, was an Einnahmen zusammenkommt, ist nicht nennenswert, sondern es ist häufig das Spritzgeld, ein paar Kisten Bier, wie man das bei anderen Bands auch hat. Da ist man meines Erachtens nicht im professionellen Bereich.

Das ändert sich, wenn wir in den Bereich Produktion, Vertrieb, Merchandising, Konzertorganisation reingehen. Hier haben Sie es meines Erachtens durchaus mit profitorientierten Organisationen zu tun, und hier geht auch durchaus einiges an Geld über den Tisch. Ähnlich wie in anderen Bereichen der Musikindustrie kämpfen auch die gegen den Verfall der CDs und reagieren mit Sondereditionen, Blechboxen, Holzschachteln, LP-Produktionen und, und, und. Da sind Sie im Bereich von normalem Markt, und hier geht es tatsächlich auch um Profit.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Können die Bands eigentlich, sage ich mal, ungestört ihre Auftritte meist durchführen? Sind da, wenn es in einer Gemeinde ist, in einer Kommune, dort entsprechend Schritte nicht nur angezeigt, sondern sagen die: „Dagegen gehen wir vor“? Also, ich sage das jetzt mal: Aus meinem Sprengel ist es mir nicht so bekannt, solche Konzerte. Deswegen frage ich jetzt einfach mal so.

Sv. J. R.: Das hat sich in den letzten Jahren verändert. Betrachten wir die Neunzigerjahre bis ungefähr 2010, dann haben wir es überwiegend mit Untergrundkonzerten zu tun. Das heißt, es gibt eine Konzertankündigung, früher so kleine Flyer, später dann über E-Mail oder andere Foren verteilte Bildchen, in denen eine Band angekündigt wird oder mehrere Bands. Dazu gibt es eine Handynummer und ein Datum. Das heißt, frühestens am Vortag kann ich die Handynummer anrufen und sagen: „Wo geht es denn hin?“ Und die sagen dann: „Na ja, komm doch mal am Samstag in den Großraum Ulm. Ab ca. 18 Uhr solltest du dich bereithalten, und dann rufst du noch mal durch.“ Fünf nach acht komme ich endlich durch, weil die Telefonnummer dauernd besetzt ist, und werde dann an eine Raststätte an der Autobahn gelotst. Dort muss ich hin, dort steht ein Auto mit vier, fünf nicht ganz schwächtigen Kameraden, denen ich entgegentreten muss – Gesichtskontrolle. Ich sehe aus wie ein Szeneangehöriger, bekomme einen Zettel oder eine Anweisung, wo ich hin muss, oder GPS-Daten für das Navi und komme dann zu dem Veranstaltungsort.

Wir haben am Samstag ein Konzert gehabt, das stattfinden sollte mit den Bands „Kraft durch Froide“ und „Endstufe“ – beides alte, sehr alte Bands, Szenebands. Das sollte stattfinden im Bereich Paderborn, Nordhessen, kurz hinter der Grenze. In diesem Fall hatten die Veranstalter eine Halle gemietet, die der Gemeinde gehörte. Es gab einen sehr aufmerksamen Beamten oder Verwaltungsmitarbeiter, der sehr früh – kurz nach der Übergabe der Halle – gemerkt hat, was für ein Publikum kommen sollte und dass es hier weder um einen Geburtstag noch um eine Taufe gehen sollte. Der Mietvertrag ist als Täuschung gewertet worden, aufgehoben worden. Das Konzert konnte nicht stattfinden.

In den letzten fünf, sechs Jahren haben wir eine Veränderung – einerseits, weil die Szene über eine ganze Reihe von Immobilien verfügt oder Zugriff auf diese hat und wir hier quasi genehmigte Veranstaltungen haben.

(Der Sachverständige begleitet seine Ausführungen im Folgenden wiederum mit einigen Schaubildern.)

In der Mitte – ich weiß nicht, ob Sie das erkennen können – Thüringen. Das war am 05. mit einer ganzen Reihe von Bands. Da steht unten „Kartenvorverkauf unter“. Ich gehe davon aus, dass das Konzert in Kirchheim stattgefunden hat, in der ehemaligen Erlebnisscheune. Alle drei bis vier Wochen ein Konzert, ca. 200 Personen, 200 Karten, geregelter Ablauf. Davon haben wir immer mehr. Das heißt, wir haben eine Verfestigung der Szene, wir haben Konzertorte, die der extremen Rechten zur Verfügung stehen. Ich habe das eben im Bereich Rocker gesagt. Das war für sie eine Schwierigkeit. Aber sie haben einzelne Gastwirte gefunden, oder sie haben selbst Gaststätten gekauft, in denen inzwischen das Konzertgeschehen über die Bühne gehen kann.

Eine weitere Entwicklung, die wir haben, ist der Bereich Konzerte als politische Veranstaltungen. Politische Veranstaltungen stehen unter dem Schutz des Versammlungsrechts. Ich habe eine Veranstaltung, die wird angemeldet mit zwei, drei Rednern und

fünf Bands. Steht somit unter dem Schutz des Versammlungsgesetzes, wird auch von den Verfassungsschutzbehörden nicht mehr als Konzert gezählt, sondern als sonstige Musikveranstaltung. Die werden nämlich immer mehr. Und dann habe ich eine ziemliche Dimension.

Das ist z. B. dieses „Rock für Identität“. Wir haben zwei, drei größere Veranstaltungen pro Jahr, weil die können öffentlich beworben werden. Da werden Busse organisiert. Die haben natürlich strukturell andere Rahmenbedingungen als ein Untergrundkonzert, was befürchten muss, verboten zu werden.

Sie sehen im Übrigen auf der linken Seite eine Konzertwerbung für den 15.10.2016, Süddeutschland, mit fünf deutschen Bands und einer Schweizer Band. Der Schleunungspunkt für dieses Konzert befand sich im Raum Ulm. Das Konzert selbst hat in der Schweiz stattgefunden. Die Schweizer Behörden reden von 5 000 bis über 5 000 Teilnehmern – das bei einem illegalen Konzert, was konspirativ vorbereitet ist.

Meines Erachtens zeigt das – – Also, im Bereich der Ordnungsbehörden wird immer gesagt: „Feste Strukturen sind nicht festzustellen.“ Das liegt meines Erachtens daran, dass hier nach einer Organisation, nach einer echten Organisation gesucht wird. Wir haben es hier aber eher mit einer bewegungsförmigen Organisationsform zu tun. Denn wenn Sie in der Lage sind, innerhalb von wenigen Stunden 5 000 Personen durch die Gegend zu bewegen, dann ist das eine Organisierung, nicht eine Organisation. Da gibt es keinen Vorsitzenden, da gibt es auch keinen Kassenwart. Aber bei diesem Konzert redet man von 150 000 bis 200 000 € Umsatz – wohlgemerkt: Umsatz, nicht Gewinn.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wer meldet denn die politische Veranstaltung an, jetzt rechts außen?

Sv. J. R.: Rechts außen ist Hildburghausen, „Rock für Identität“, Hildburghausen. Wir haben zwei Akteure: T. F. aus Hildburghausen und P. S. aus Bayern, ...

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das sind Privatpersonen?

Sv. J. R.: ... zwei erfahrene Personen – einer aktiv im „Bündnis Zukunft Hildburghausen“, einer aktiv bei der NPD. Bei dieser Veranstaltung meines Erachtens besonders geschickt gemacht. Ich habe einen Redner von der NPD dabeigehabt, ich habe einen Redner von DIE RECHTE dabeigehabt, also der neonazistischen Kleinstpartei, die an die Stelle der Kameradschaften tritt, ich habe einen Redner dabeigehabt aus einem lokalen Bündnis, aus einer rechten Bürgerinitiative „Bündnis Zukunft Hildburghausen“. Das heißt, ich zeige auch – ich sage jetzt mal – parteipolitische ...

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Breite.

Sv. J. R.: ... Breite – genau.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Darf ich weitermachen?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja, bitte. Entschuldigung.

Sv. J. R.: Vielleicht mal ein Bild von diesem „Rock für Identität“ aus dem letzten Jahr: Zweieinhalbtausend Leute letztes Jahr, dreieinhalbtausend Leute dieses Jahr.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Wie viele? Die letzte Zahl habe ich nicht ganz – –

Sv. J. R.: Dreieinhalbtausend, 3 500 Besucherinnen und Besucher in Hildburghausen, „Rock für Identität“ dieses Jahr.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Okay. – Also, da würde ich jetzt mal sagen, dass da ein Handlungsbedarf besteht in den Bereichen, dass da – – Wenn denn solche schnellen quasi Umschichtungen stattfinden können, ist das natürlich schon eine Sache, was vielleicht auch von der Politik noch nicht in der Weise genügend berücksichtigt worden ist.

Sv. J. R.: Ich finde das durchaus schwierig, weil die Frage dessen – – Es ist ja nicht so, dass sich in Hildburghausen die Ordnungsbehörden nicht einen Kopf machen würden, wie denn mit einem solchen Event umzugehen ist. Selbstverständlich haben die Organisatorinnen und Organisatoren dieser Konzerte ihren Anwalt neben sich stehen, haben Erfahrungen im Bereich Versammlungsrecht. Die Frage des Kontrolldrucks des Konzerts selbst ist eine, die meines Erachtens extrem wichtig ist. Wir haben dieses Filmmaterial von T. K. aus der Innensicht von Dutzenden von Konzerten, und wir können sagen: Eigentlich keines dieser Konzerte ist über die Bühne gegangen ohne massive Straftaten – sowohl im Bereich Hitlergrüße als auch – –

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Das wollte ich – – Das wäre dann genau der entscheidende Punkt.

Sv. J. R.: Ja, das ist die Frage des Kontrolldrucks und die Frage: Wie nahe gehen die Behörden heran?

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Und da sind Sie ja jetzt nahe dran. Deswegen frage ich Sie ja: Ist das ausreichend? Sie beschäftigen sich ja jeden Tag damit.

Sv. J. R.: Alles, was wir wissen über das Innenleben von Konzerten – also auch aus den Berichten von den Konzerten –, sagt, dass Straftaten innerhalb der Konzerte gang und gäbe sind. Wir haben auch Belegmaterial – das ist auch durchaus der Polizei bekannt; die haben das auch durchaus wahrgenommen; es ist ja nicht so, dass sie das alles nicht wahrnehmen – aus dem Bereich „Rock für Deutschland“, große Festivals, die die NPD organisiert hat, wo M. R. aufgetreten ist und ein Lied gespielt hat,

in dem es dann immer heißt „Wotan, Heil dir“ und beim „Heil dir“ das Publikum zum Teil den Arm zum Hitlergruß erhoben hat. Am „Rock für Deutschland“ haben 2009 ca. 5 000 Personen teilgenommen. Da sagen Sie mal den eingesetzten Beamten: Bitte schön, den da mit der blauen Jacke, den hätte ich gern.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Aber von der Musik selbst: Das ist ja jetzt die Frage, ob das dann volksverhetzenden Charakter nicht nur hat, sondern dass es dann in den Tatbestand hineingeht. Haben diese Bands Schwierigkeiten in dem Bereich, oder sind sie juristisch so stark, sage ich mal, schon mit unterstützt, dass sie sich dann in dem Grenzbereich bewegen?

Sv. J. R.: Meines Erachtens treffen die Bands hier sehr bewusste Entscheidungen. Also, Sie haben von vielen Bands Erstlingswerke, von denen ich sagen würde, die sind strafrechtlich relevant, die aber häufig nur als MP3-Sammlung oder Demo-CD erschienen sind oder erscheinen. Nehmen wir die Band „Triebtäter“. Da gibt es ein frühes Demo, wo auch ein Lied auf den Führer gesungen wird, was strafrechtlich relevant ist. Mit offiziellen CDs gehen die allermeisten Bands zu einer ihrer Fachanwältinnen oder einem ihrer Fachanwälte, lassen die Liedtexte prüfen, sodass sie unterhalb des strafrechtlich relevanten Bereichs liegen.

In wenigen Fällen, in wirklich wenigen Fällen – meines Erachtens vier, fünf pro Jahr, wenn überhaupt – entscheiden sich Bands, offensiv illegale Tonträger zu produzieren mit Aufforderung zum Mord, mit „Sieg Heil!“-Gebrüll und, und, und. Das ist eine bewusste Entscheidung. Die bringt innerhalb der Szene natürlich unglaublichen Ruhm. Also, das bedeutet Verfolgungsdruck, das bedeutet häufig Hausdurchsuchungen und, und, und. Aber wenn ich es hinbekomme, eine CD zu produzieren, eine illegale CD, ohne dabei geschnappt zu werden und verurteilt zu werden, dann bin ich auf jeden Fall ein Held. Das sind Mechanismen in der Szene.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Jetzt haben Sie ja vorher auch „Furchtlos & Treu“ erwähnt. Und das war ja dann auch mit den Fußbällen bei Ihnen dabei. Fußball und rechte Szene und auch solche Musik: Was gibt es da für Beziehungen auch hier in Baden-Württemberg? Haben Sie da Erkenntnisse?

Sv. J. R.: Es gab, glaube ich, mal eine Diskussion um die Verwendung „furchtlos und treu“ tatsächlich auch ...

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Beim VfB.

Sv. J. R.: ... beim VfB, die ich durchaus unglücklich finde – nicht, weil der Spruch „furchtlos und treu“ tatsächlich ein originär nationalsozialistischer ist. Es gibt auch Belege der Verwendung aus dem Kaiserreich, ob man sagt inhaltlich, „furchtlos und treu“ als Wertvorstellung der Tugenden. Ob man das für erstrebenswert hält, ist eine andere Diskussion.

Wenn wir auf den Fußballbereich gucken: Es gibt im Bereich des Rechtsrocks immer wieder mal Fußballlieder, was meines Erachtens daran liegt, dass einzelne Protagonisten der Bands einfach gern zum Fußball gehen. Das, was wir haben und was feststellbar ist auch in Baden-Württemberg: Es gab Konzerte, die von Baden-Württemberg aus organisiert sind und im nahen Frankreich stattgefunden haben – oder direkt in Baden-Württemberg –, der Band „Kategorie C“, eine ursprünglich aus Bremen kommende Rechtsrockband, die textlich im Schnittbereich zwischen Hooliganismus und Fußball agiert und hier durchaus auch ihr Publikum findet – auch mit Kontakten in die Fußballfanszene. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Da müsste man jemanden aus dem Bereich Fußballfan befragen, weil ich tatsächlich immer nur aus dem Bereich der Musik auf die Fußballszene gucke.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Okay. – Die Bundesprüfstelle ist da ja auch tätig in dem Bereich, bei jugendgefährdenden Medien. Was ist jetzt da Ihr Eindruck? Ist hier auch genügend Verfolgungsdruck dabei, oder gibt es da Defizite?

Sv. J. R.: Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien ist keine Verfolgungsbehörde, ...

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Das weiß ich, ja. Das weiß ich schon, aber – –

Sv. J. R.: ... sondern klassifiziert Musik als jugendgefährdend oder sozial desorientierend.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Für den Vertrieb hat es ja Bedeutung, nicht?

Sv. J. R.: Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wird tätig auf Antrag. Wenn wir uns die Indizierungen angucken – wir haben das mal über die Jahre getan und gefragt, wann Tonträger erschienen sind, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert worden sind –, dann haben wir CDs, die werden nach fünf Jahren, nach sechs Jahren, nach zehn Jahren indiziert. Da muss man natürlich sagen: Da ist die CD durch, da ist auch jede normale CD im Musikmarkt – außer so ein paar Smash-Hits – entweder verkauft oder Ladenhüter.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Aber wenn es nur auf Antrag verfolgt wird in dem Bereich, müsste es ja Personen geben, die dann eigentlich sagen: Ich checke das mal durch und stelle diese Anträge.

Sv. J. R.: Also, es gibt in den letzten Jahren meines Erachtens zunehmende Antragsstellungen aus dem Bereich der Landeskriminalämter, die bei Hausdurchsuchungen sichergestellte CDs analysieren und dann auch Anträge stellen. Was es meines Erachtens nicht gibt, ist tatsächlich eine regelmäßige, zeitnahe Sichtung von Tonträgern und dann auch Beurteilung. Das ist aber – – Wenn Sie sich das überlegen, 100 Tonträger, 15 € ca. pro CD, dann sind Sie schon im Bereich von 1 500 € nur bei

deutschen CDs. Ja, wer kauft sich so was dann? Und die Chance, so was im Jugendzentrum zu finden, ist auch relativ gering, weil ich so was ja nicht meinem Sozialpädagogen gebe. Das heißt, so, wie aktuell die Strukturen sind, würde ich sagen, agiert die Bundesprüfstelle durchaus erfolgreich, allerdings in einer Vielzahl der Fälle zu spät.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Die rechtsextreme Band „G. & Die Braunen Stadtmusikanten“ veröffentlichten im Jahr 2010 das rechtsextreme Lied „Döner-Killer“. Da besteht letztendlich ja zumindest die Nähe dazu, dass man sagt: Haben die dann Kenntnis davon gehabt – weil das NSU-Trio ja erst später aufgefliegen ist –, von diesen Mordtaten, von dieser Mordserie?

Sv. J. R.: Fabian Virchow hat eben ausgeführt, dass die migrantische Community, denen die Betroffenen der Mordtaten, die Opfer der Mordtaten – mit Ausnahme der Polizistin – ja angehörten, durchaus wahrgenommen hat und ja auch dagegen demonstriert hat und gesagt hat: „Kein zehntes Opfer.“ Das heißt, es gab eine Wahrnehmung für die Taten, es gab eine Wahrnehmung: Hier werden Menschen mit Migrationshintergrund ermordet. Eine solche Wahrnehmung, die ja, wie gesagt, durchaus auch zu Demonstrationen geführt hat, kann meines Erachtens durchaus auch aus dem Bereich des Neonazismus wahrgenommen worden sein und quasi dieses Wissen über diese Taten weitergegeben worden sein, ohne dass es hier ein Täterwissen gibt.

Tatsächlich finde ich den Zeitpunkt der CD-Produktion, den Zeitpunkt des Liedes durchaus verblüffend – also zu einem Zeitpunkt, als eigentlich medial es nicht mehr groß sichtbar war. Das finde ich durchaus verblüffend. Der Text offenbart jetzt allerdings nichts, was tatsächlich Täterwissen deutlich macht.

Was man über die Personen weiß: Der Autor des Liedes – ich glaube, das ist in dem Prozess gegen den Sänger des Liedes bekannt geworden – ist Herr H., Betreiber des ersten deutschlandweiten „Blood & Honour“-Labels – „Nibelungen Versand“ –, also auch einer von denen, die Zugang hatten zu diesem inneren Kreis der Wichtigen – nenne ich das mal, „Blood & Honour“ –, als auch D. „G.“ G. als eine der Personen, die im bundesweiten Netzwerk unglaublich präsent sind. Also, dass es da Kontakte gab, ist unstrittig. Ob die dazu geführt haben, dass es Informationen gab, kann ich nicht beurteilen.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Herr R., ich habe zunächst einmal eine persönliche Frage zu Ihnen: Machen Sie das beruflich, diese Recherchen, oder sind Sie da ehrenamtlich unterwegs?

Sv. J. R.: Nein, ich bin Sozialpädagoge und bin ehrenamtlich in einem Verein aktiv, der heißt „Argumente und Kultur gegen Rechts“. Ich mache das aber schon sehr lange. Vorhin ist das Buch „RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien“ erwähnt worden, was als das Standardwerk im Bereich rechter Musik gilt. Ich glaube, wir haben das 2002, 2004 veröffentlicht, also vor zwölf, 13 Jahren.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: In welchem Bundesland leben Sie?

Sv. J. R.: Nordrhein-Westfalen.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Gut, vielen Dank. – Ich weiß nicht, ob ich alles verstanden habe. Ich bin selbst Kulturveranstalter – auch Musik, aber in einer etwas anderen Kategorie.

(Heiterkeit)

Ich bin erstaunt, was man alles nicht weiß, obwohl man eigentlich glaubt, dass man einigermaßen gut informiert ist über die Dinge, die in Baden-Württemberg so passieren.

Was ich jetzt nicht verstanden habe – vielleicht habe ich nicht aufgepasst, vielleicht haben Sie es auch nicht konkret gesagt –: Wo war jetzt die konkrete Verbindung zwischen dieser Musikszene und dem NSU in Baden-Württemberg?

Sv. J. R.: Das, was deutlich ist, sind einerseits Personennetzwerke aus dem direkten Unterstützerkreis – also G. z. B., Kontaktmann zu W., enger Freund und meines Erachtens auch in das Label „Movement Records“ involviert von J. W., also die Leute, die zu „Blood & Honour“ Sachsen gehörten, die angeboten haben, Geld zu organisieren, Waffen organisieren wollten, zumindest wollten. Diese Personen sind nach Baden-Württemberg gezogen und hier aktiv geworden z. B. im Rahmen der Band „Noie Werte“, der Band, deren Musik genutzt worden ist, um das NSU-Video zu unterlegen.

Das heißt, wir haben es mit einer Vielzahl – das finde ich das Bemerkenswerte – von Personenüberschneidungen zu tun, die wir kennen als Unterstützer des NSU oder als Personen, die genau zu diesem Personenkreis gehörten in Chemnitz, die dann in Baden-Württemberg aktiv wurden oder hierhin Kontakt hatten. Das ist quasi der eine Bereich.

Der zweite Bereich, den wir hatten, sind Kontakte des Trios in den Bereich Baden-Württemberg, teilweise über persönliche Kontakte, teilweise über musikalische Kontakte – also Herr E., Ludwigsburg, mit der Szene um ihn herum, die bekannt waren mit dem Kerntrio und, soweit ich weiß, auch durchaus von denen besucht worden sind, was dann natürlich dazu geführt hat, dass sich Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe in Baden-

Württemberg aufgehalten haben und sich hier bewegt haben, Personen gekannt haben, Kontakte hatten.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Gut. – Aber wir haben jetzt keine konkreten Erkenntnisse, die Sie haben, dass hier Bands aus Baden-Württemberg unmittelbar mit dem Trio in Ludwigsburg oder wo auch immer irgendwelche Konzerte veranstaltet haben und die dabei gewesen sind. Das wissen wir konkret nicht. Wir wissen nur von einzelnen Personen, die aus Thüringen oder woher auch immer nach Baden-Württemberg gekommen sind. Oder haben Sie da konkrete Erkenntnisse, wo man sagen kann: Da ist ein Konzert irgendwo gelaufen, und da waren Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe dabei, organisiert von einer dieser Musikgruppen, die wir vorhin angesprochen haben?

Sv. J. R.: Also, „organisiert von einer dieser Musikgruppen“, da wäre ich mir jetzt unsicher. Aber ich bin mir sicher, dass es Pressemeldungen gab – – Es gab eine Reihe von Pressemeldungen über die Konzerte, die besucht worden sind vom Trio bzw. von Teilen des Trios. Ich bin der Meinung – da bin ich jetzt aber tatsächlich gerade unsicher –, dass sie sich auch in Baden-Württemberg in dem Rahmen aufgehalten haben.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Gut, vielen Dank.

Sv. J. R.: Aber meines Erachtens, wenn Sie drei Personen haben, die in der Frequenz in einer Szene leben und Konzerte besuchen, dann glaube ich, wenn Sie darauf gucken, ob die mal auf einem Konzert waren, das, was weiß ich, die „Kreuzritter“ organisiert haben, werden Sie nahezu jedes Bundesland finden, wenn wir denn Unterlagen hätten über die Jahre – weiß ich nicht – 94 bis 97, über die Reiseaktivitäten aus diesem Bereich. Ich glaube, sinniger ist es, zu gucken, wo sich das verdichtet hat, wo sich das organisatorisch niedergeschlagen hat – also nicht quasi der reine Besuch.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Ich nehme an, Sie hätten die erste Folie nicht aufgelegt, wenn Sie nicht auch zu der Überzeugung kommen, dass sich mit Musik Ideologie transportieren lässt.

Jetzt die Frage „politische Empfehlung“: Was machen wir eigentlich mit dem Umstand – Kollege Filius hat es ja schon angesprochen –, mit der Erkenntnis, dass mehr oder weniger für viele im Verborgenen Konzerte dieser Art stattfinden, die möglicherweise geeignet sind, vor allen Dingen auch junge Menschen mit dieser Szene erst in Verbindung zu bringen oder ihre Einstellungen zu verstärken? Gibt es da eine Möglichkeit, oder sind das lediglich Erkenntnisse – die haben wir, gut; machen können wir nichts, auch gut; können wir uns wieder um andere Dinge kümmern –, oder gibt es die Möglichkeit oder eine Empfehlung oder eine Vorstellung von Ihnen, wie man dagegen wirken könnte?

Sv. J. R.: Ich glaube, dass das sehr unterschiedlich ist und sehr genau geschaut werden muss, über welchen Bereich wir reden. Reden wir über junge Menschen, die mit der Musik in Kontakt gekommen sind, die einzelne Parolen aufgeschnappt haben, die

anfangen, sich vielleicht durchaus mit rechter Ideologie zu identifizieren, die aber nicht über ein geschlossenes rechtes Weltbild verfügen, aber noch eine pädagogische Offenheit haben, das heißt Zugang von Menschen besteht, hier Verunsicherungen gesetzt werden können, was die politische Orientierung betrifft? Da würde ich sagen: So etwas ist durchaus für pädagogische Arbeit offen, und hier ist, ich sage mal, eine normale pädagogische Arbeit durchaus sinnvoll.

In dem Moment, wo wir es mit Personen zu tun haben, die einen bestimmten Altersbereich verlassen haben, die organisiert sind, wo wir es mit festen Strukturen zu tun haben, die zum Teil planmäßig Volksverhetzung und andere Straftaten begehen, sind wir im Bereich des Strafrechts, welches hier natürlich auch ziehen muss und welches hier auch angewendet werden muss. Hier würde ich – teilweise vor allem im Bereich der Konzerte, die meines Erachtens eine durchaus wichtige Funktion haben für die Szene, sowohl als Treffpunkte, als Erlebniswelt – durchaus sehen, dass hier viel passiert, was meines Erachtens im strafrechtsrelevanten Bereich ist, was nicht geahndet wird.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Also, das Strafrecht ist hier eine Möglichkeit. Aber bei der strafrechtlichen Ahndung bin ich ja schon bei einer Tat, die ich zumindest ermitteln muss – ich meine im Vorfeld. Wenn ich jetzt da reingucke – ich kann es nicht so genau sehen, aber da werden ja auch sehr viele junge Menschen dabei sein –, das könnte durch Aufklärung sein, durch politische Arbeit, durch was auch immer. Nur, wenn Sie sich so intensiv damit beschäftigen, haben Sie sich ja vielleicht auch schon mal mit der Frage beschäftigt: Gibt es eine klassische, eine traditionelle oder auch nicht traditionelle Behandlungsmethode?

Sv. J. R.: Was ich einen sehr interessanten Befund fand, war, dass überall dort, wo wir es mit einer starken und auch durchaus differenzierten jugendkulturellen Szene zu tun hatten – nicht rechten Szene –, rechte Bands und rechte Szenen sich sehr schwergetan haben, sich zu etablieren. Solche Bands kommen ja nicht aus dem Nichts, sondern ich brauche immer öffentliche Räume, jugendkulturelle Räume, in denen sich so etwas bildet, formiert. In dem Moment, wo ich tatsächlich lebendige demokratische, jugendkulturelle Strukturen habe, die sich dem entgegenstellen, fällt es der extremen Rechten schwer.

Ich halte eine ausstiegsorientierte Arbeit oder eine Arbeit mit Anhängern der Szene durchaus in Einzelfällen für gewinnbringender – allerdings nur in Einzelfällen. Ich würde eher dafür plädieren, eine gute pädagogische Jugendarbeit zu finanzieren, die sich tatsächlich an demokratischen Prinzipien orientiert.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Eine der ersten Folien war ein Diagramm mit einer stark abnehmenden Tendenz, wo Sie gesagt haben: zumindest erfreulich. Hat das möglicherweise auch was mit der Frage der Jugendarbeitslosigkeit zu tun? Gibt es da irgendwelche Erkenntnisse, oder ist das unabhängig voneinander? Oder gibt es da eine Erkenntnis, die Sie vielleicht haben, dass in Bundesländern, wo dann möglicherweise die Situation für die jungen Menschen eine andere ist, man leichter zu Erklärungen

kommt, die einem dann vielleicht behagen, wenn man alles Mögliche in diese Richtung schiebt, und dass man da, wo man eingebunden ist in eine soziale Struktur – das ist man üblicherweise, wenn man eine Ausbildung macht –, schon eben bei Weitem weniger anfällig ist? Hat das was mit dem zu tun? Oder hat man es nicht angeguckt, oder weiß man es nicht, oder ist es indifferent?

Sv. J. R.: Eigentlich nicht so ganz mein Metier. Wenn wir in die „Mitte“-Studien schauen, also in jene Studien, die nach den Zusammenhängen von rechten Einstellungen und sozialer Schichtung, Arbeitslosigkeit, Ost/West, männlich/weiblich und, und, und gucken, dann zeigt sich, dass Arbeitslosigkeit durchaus ein Faktor ist, aber kein signifikanter – das heißt, nicht der entscheidende Einfluss.

Wenn wir uns Altersschichtungen angucken, dann sagen diese Studien eindeutig: Rechte Einstellungspotenziale finden wir vor allem bei Personen ab 50, über 60. Jugend ist im Bereich Einstellung gar nicht so das Problem. Das finden wir in ganz anderen Bevölkerungsgruppen.

Was wir natürlich im Bereich Jugend finden, ist Gewaltaffinität – jenseits der extremen Rechten, sondern im Bereich jugendlicher Delinquenz.

Wenn Sie in den Bereich Baden-Württemberg gucken und Sie gerade auf die Bands „Noie Werte“, „Ultima Ratio“ mit den Anwälten als Sängern gucken, dann scheint mir der erste Einblick zu sein: Hier hatten wir es in keinem Fall mit Arbeitslosigkeit zu tun und auch nicht mit gehäufter Arbeitslosigkeit. Gerade wenn ich mir die wichtigen Protagonisten angucke, die ja häufig über durchaus Kompetenzen verfügen – soziale Kompetenzen, häufig gar nicht mal so viel musikalische Kompetenzen –, dann habe ich eher das Gefühl, dass wir im Publikum vielleicht Personen haben, die auch arbeitslos sind, auf der Bühne aber durchaus Personen aus dem Bereich Facharbeitermilieu oder höher.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Keine weiteren Fragen in der Sekunde.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Vielen Dank. – Ich hatte eigentlich direkt Fragen zur Verbindung zum NSU. Aber nach Ihrem sehr erkenntnisreichen oder sehr guten Vortrag habe ich doch noch ein paar Fragen, die mich mit der Szene insgesamt beschäftigen.

Also, ich kann feststellen: Wir haben ein Problem. So, in der Dimension, war mir das jetzt nicht bewusst, auch mit der Unterlegung mit den Namen, allein mit den Titeln, den Bildern. Das ist schon sehr erschreckend. Ich danke Ihnen, dass Sie uns da so tiefgehend informiert haben, weil es doch die Grundlage ist für unseren entsprechenden politischen Auftrag, den wir da auch haben.

Von der Beurteilung her stimme ich Ihnen durchaus zu: Man muss es repressiv angehen, man muss es aber auch präventiv über eine – wie Sie es gesagt haben – demokratische Jugendkultur oder auch Stabilisierung dieser Strukturen und eben auch ordnungsbehördlich machen. Da bin ich der Meinung – das können Sie mir gegebenenfalls auch bestätigen –, dass natürlich auch gerade kleinere Gemeinden gegebenenfalls an der Ecke Probleme haben. Ich weiß nicht, ob das so festzustellen ist.

Was mich beschäftigt nach Ihrem Vortrag, ist die Verbindung zwischen der Rechtsrockszene und dem sogenannten V-Leute-System des Verfassungsschutzes. Also, böse Zungen könnten jetzt behaupten, die hätten ja fast eine eigene Band gründen können. Da würde ich mich schon fragen, ob es quasi unter den Augen des Verfassungsschutzes hier abgelaufen ist, dass auch der Verfassungsschutz – haben Sie Erkenntnisse? – genau wusste, was in diesen Bereichen passiert, denn der hatte ja in der Szene offenbar einige V-Leute platziert. Das würde mich interessieren an der Stelle.

Dann hätte ich noch eine Frage zu der Band „Noie Werte“ – ich weiß nicht, ob Sie es in einem Nebensatz schon mal erwähnt haben –: warum ausgerechnet die Band „Noie Werte“ im Bekennervideo des NSU? Es gibt ja mit Sicherheit auch andere Liedtexte, die gegebenenfalls gepasst hätten. Ist das vielleicht auch eine Art – ich will nicht sagen „Freundschaftsdienst“ – Ausdruck einer engeren Beziehung, auch eine gewisse Symbolik im Bekennervideo?

Darüber hinaus würde mich interessieren die Verbindung des Rechtsrocks zu Parteistrukturen der NPD. Denn es gab ja offenbar, wenn unsere Recherchen nicht trügen, auch eine Verbindung oder einen NPD-Funktionär, der auch bei „Noie Werte“ zeitweilig mitgespielt hat.

Das zunächst mal als erster Fragenkomplex. Ich habe dann aber unmittelbar danach gleich weitere Fragen.

Sv. J. R.: Ihre erste Frage bezog sich auf das Prinzip der V-Leute und das Wirken der Verfassungsschutzbehörde. Fabian Virchow hat eben gesagt, dass seiner Einschätzung nach der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem in dem Rahmen nicht funktioniert hätte, weil Sachen in dem Moment – er hat das am Beispiel „Reichsbürger“ gesagt – bekanntgegeben wurden, als zivilgesellschaftliche Organisationen längst eine solche oder gar eine genauere Einschätzung verkündet haben.

Rückblickend auf 20, 30 Jahre Rechtsrock kann meines Erachtens gesagt werden, dass im Bereich des Verfassungsschutzes kein Mangel an Informationen geherrscht hat. In eigentlich allen großen und wichtigen Bereichen der Szene – ob im Kernbereich von „Blood & Honour“, ob in der Produktion der CDs der Band „Landser“, die ja als Erste als kriminelle Vereinigung verurteilt worden ist und deren Liedtexte von Mordaufforderungen strotzen –, in all diesen Bereichen war der Verfassungsschutz in wichtigen Positionen mit V-Leuten vertreten. Verhindert hat das nichts, und zu einer Einschätzung der Gefahr hat das meines Erachtens auch nicht beigetragen.

Damit würde ich sagen: Es ist immer gut, was zu wissen; wenn man damit nichts macht, ist es nahezu vergebenes Wissen. Das ist, glaube ich, eine sehr schwierige und manchmal durchaus verhängnisvolle Dynamik, nämlich: Was kommt da noch? Radikaliert sich hier eine Gruppe im Bereich des Rechtsterrorismus? „Wir bleiben da dran“, „Wir werden nicht aktiv“. Das führt dann aber vielleicht dazu, dass immer abgewartet wird, zu lange abgewartet wird, dass nichts unternommen wird. Das ist meines Erachtens durchaus schwierig.

Die Zahl der Personen, die im Bereich NSU, in extrem wichtigen Bereichen bisher schon bekannt geworden sind – ich erinnere nur an Herrn M. –, ist ja extrem hoch. Die Erkenntnis und scheinbar auch zum Teil durchaus die Frage, was hier berichtet worden ist oder was nicht berichtet worden ist, lassen meines Erachtens die Frage aufkommen über die Nützlichkeit bzw. die Verlässlichkeit von V-Leuten und damit auch des V-Leute-Systems.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Vielen Dank für die klare Aussage. – Wie würden Sie denn das Instrument der verdeckten Ermittler beurteilen? Also, wenn Sie sagen im Prinzip, das mit den V-Leuten war offenbar nichts: Gibt es aus Ihrer Sicht andere Möglichkeiten, in die Szene hineinzuhorchen bzw. im darauf folgenden Ansatz zu wirken?

Sv. J. R.: Da begeben wir uns in einen Bereich hinein, von dem ich nicht weiß, ob ich ihn tatsächlich beurteilen kann, weil ich ihn von sehr weit außen betrachten müsste. Ich kann mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, dass man einem verdeckten Ermittler ein jahrelanges Leben in einer solchen Szene zumuten kann, was dann dazu führt, dass er ähnliche Erkenntnisse bekommt wie eine V-Person. Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich halte das für unzumutbar. Ich fand schon das, was T. K. als Journalist gemacht hat, nämlich sich diese Konzerte zuzumuten und sich damit meines Erachtens schon in Lebensgefahr zu begeben, eigentlich drüber, und ich finde, das ist eine Unzumutbarkeit. Ich glaube auch, dass uns heute tatsächlich genug andere Möglichkeiten und Mittel der Erkenntnisgewinnung zur Verfügung stehen, als dass wir uns hier auf solch eine Debatte einlassen sollten.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Und zu den weiteren Fragen?

Sv. J. R.: Ja, zu den weiteren Fragen: Es gab das Bekennervideo. Auch dazu würde ich mich nicht äußern. Ich finde es ebenfalls bemerkenswert, dass hier diese Lieder genommen wurden, gerade weil es so viele Links gibt genau zu diesen Bands und den Personenkreisen. Aber es gibt meines Erachtens keine Erkenntnisse, warum diese Lieder gewählt wurden, und es wäre Spekulation. Das würde ich hier nicht tun wollen.

Dann haben Sie nach Parteistrukturen gefragt, und Sie haben auf Verbindungen „Noie Werte“ hingewiesen. Ja, tatsächlich, M. W. – damals meines Erachtens NPD-Landesvorsitzender Baden-Württemberg – war eine Zeit lang Mitglied der Band „Noie Werte“. Insgesamt muss man, glaube ich, sagen: Das Verhältnis der Parteien

oder gerade der NPD zu dieser Szenerie ist von Nähe als auch von Skepsis getragen. Auf der einen Seite haben wir es mit einer Partei zu tun, die zumindest in bestimmten Zeiträumen darauf aus war, gewählt zu werden. Das gemeinschaftliche Agieren mit Personen, die aus dem militanten, gewalttätigen Neonazismus kommen und Hassparolen brüllen, ist jetzt nicht gerade die beste Wahlwerbung, um in der Breite gewählt zu werden.

In den Frühphasen der Rechtsrock- und Skinheadszone, der neonazistischen, gab es eine massive Ablehnung gegenüber diesen Personenkreisen aus dem Bereich der NPD – Unvereinbarkeitsbeschlüsse etc.

Irgendwann jedoch hat auch die NPD erkannt, dass es hier ein Potenzial gibt, ein Potenzial einerseits an Aktivisten, an Personen, die für die Politik eventuell begeistert und integriert werden können, vielleicht aber auch durchaus als Wählerinnen und Wähler. Also, wir erinnern an „Schulhof-CD“, an den Einsatz von Musik durch die NPD als Werbemittel, um Jungwählerinnen und Jungwähler anzusprechen. Die NPD hat über Jahre große Festivals organisiert. Ich würde sagen: Das ist eher so ein Joint Venture – keine Liebe, sondern ein zweckmäßiges Miteinander. Die Rechtsrockszene mag es, wenn die NPD unter dem Parteienstatus in der Lage ist, ein Konzert anzumelden und durchzuführen. Aber deswegen ist der Rechtsrocker nicht unbedingt der ideale NPD-Wähler. Da wünscht sich die Partei, glaube ich, durchaus häufig was anderes.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Ich habe noch eine abschließende Frage, und zwar dann doch wieder konkreter Bezug zum NSU: Die Person A. G. wurde jetzt mehrfach erwähnt in Verbindung mit dem Mord an der Polizistin M. K., und zwar die Thematik der Fluchtroute wurde mehrfach schon erwähnt. Ich meine, das LKA hat klar definiert, dass eigentlich die obligatorische Fluchtroute nach diesem Mord der Täter gewesen wäre, die schnell hätten vom Tatort wegkommen müssen, also über die Autobahnanschlüsse geflohen wären – –

Aber offenbar – das hat man dann später festgestellt – sind die Täter mit ihrem Wohnmobil in die Provinz, in die schwäbische Provinz gefahren Richtung Remshalden. Und in Remshalden wohnte nach unserer Recherche zum damaligen Zeitpunkt auch A. G. Die Frage, die sich für uns natürlich stellt – ich weiß nicht, ob Sie dazu Erhellendes beitragen können; das ist natürlich eine schwierige Geschichte –: Glauben Sie auch, dass A. G. – wie soll ich es formulieren? –, dass die Täter Unterschlupf gefunden haben in dem Bereich in Remshalden oder ob die Verbindung so eng war zwischen G. und – – Weil Sie sagen, es ist eine enge Bezugsperson gewesen. Oder ist das Spekulation?

Sv. J. R.: Sie reden über die Fluchtroute und auch über Sachen, die mir nicht bekannt sind.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das war nur die Herleitung. Es ging mir darum, ob die Verbindung so eng gewesen ist, dass Sie nicht ausschließen, dass die Täter mit G. zu diesem Zeitpunkt Kontakt gehabt haben.

Sv. J. R.: Dazu kann ich nichts sagen. Also das, was ich klar und deutlich finde, ist: Es gibt eine auffallende räumliche Nähe, politische Nähe, tatsächliche Nähe von G. in seiner Chemnitzer Zeit zu den Wohnorten, zur politischen Struktur „Blood & Honour“, zu den Helfershelfern und bis hin zu den Personen, die heute angeklagt sind. Was die am Tag nach dem Mord gemacht haben, wohin sie gefahren sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Herr R., herzlichen Dank. Sie hatten auf einer Ihrer Folien den Ballungsraum Ludwigsburg hervorgehoben – W., E., G. Sie haben mehrere Namen genannt, die dort wohnhaft waren, wohnhaft sind. Gibt es einen Grund für diesen Ballungsraum bzw. hat dieser eine spezielle Bedeutung, oder ist das zufällig?

Sv. J. R.: Kann ich auch nicht beantworten. Das ist meines Erachtens eine der wichtigen Fragen, sich zu überlegen: Wie kommt es, dass die einzelnen Personen genau ab einem bestimmten Zeitpunkt – es war ja sehr unterschiedlich – dann in diesem Raum zu finden sind? Also eine Verlagerung aus dem Raum Chemnitz in den Raum Ludwigsburg ist durchaus auffällig. Oder nennen wir mal S. „P.“ L. als ehemaliger Divisionsleiter „Blood & Honour“ Deutschland aus dem Raum Berlin, aber durchaus als Repräsentant einer Struktur, der in diesem Verfahren eine wichtige Funktion eingenommen hat. Meines Erachtens eine der zu klärenden Fragen, die ich aber nicht beantworten kann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Sie hatten vorhin noch das Konzert in Unterwasser in der Schweiz angesprochen, das wohl mit größte Rechtsrockkonzert in Europa. Sie haben davon gesprochen, dass es bewegungsfähige Strukturen gibt, aber eben keine Organisationsstruktur. Jetzt fällt mir das ein bisschen schwer, wenn ich mir überlege: 30 € Eintritt mal 5 000, 6 000, plus Merchandising, plus Getränke, plus was weiß ich. Dann bin ich ja bei einem Volumen umsatzmäßig von einer Viertelmillion unproblematisch. Das muss ja einen organisatorischen Hintergrund haben.

Und zum anderen: Wohin fließen diese Mittel? In diesem Fall wird ja davon gesprochen, dass es zur Finanzierung von R. W. – der Prozesskosten – angedacht war. Haben Sie da Hintergründe über die Geldflüsse?

Sv. J. R.: Also noch mal nach der Frage: Ich habe vorhin gesagt: Es geht hier nicht um eine Organisation, aber durchaus natürlich um eine Struktur. Meines Erachtens kann man an solch einem Konzert unglaublich gut erkennen, wie stark so eine

Vernetzung ist, damit so was überhaupt funktionieren kann. Aber es gibt meines Erachtens keine Organisation, die eine Datenbank hat, wo 8 000 Werbeadressen drin sind, die mit einem Flyer beschickt werden, und dann kommen 5 000 Personen, weil sie eingeladen worden sind. So linear darf man sich das nicht vorstellen.

Das ist aber, glaube ich, zum Teil auch das Problem, zu begreifen, dass wir es mit einer Szene zu tun haben, die einerseits unglaublich hoch vernetzt ist und dadurch natürlich eine unglaubliche Flexibilität hat, die immer wieder hierauf zurückgreifen kann, darauf zurückgreifen kann, in der Personen sozialisiert sind mit langjähriger Erfahrung – sowohl was quasi den Umgang mit Polizei, mit Repression betrifft als auch andere Geschichten. Also, das ist mir, glaube ich, wichtig.

Ich überlege gerade: Die Person, über die die 30 € pro Karte Eintrittsgeld für Unterwasser geflossen sind, kommt aus Thüringen und ist meines Erachtens einem Personenkreis zuzuordnen, Thüringer Personen, die ich nicht als Nachfolge von „Blood & Honour“ bezeichnen würde, sondern die sich selbst als „Blood & Honour“ – vielleicht genauer noch: als „Combat 18“ – inszenieren, darstellen und meines Erachtens aktuell auch wieder Anschluss an eine tatsächlich bestehende Struktur von „Combat 18“ haben oder suchen.

Das heißt, auf der einen Seite haben wir durchaus Bewegung, aber wir haben auch Bewegungsorganisation. „Blood & Honour“ war ja eine Bewegungsorganisation, „Combat 18“ ist auch eine Bewegungsorganisation Das ist der Thüringer Kreis, und W. gehört dazu. Aber auch die Personen, die im Ballstädt-Prozess wegen eines Übergriffs auf ein Kirmesfest angeklagt sind, könnten meines Erachtens von dem Geld profitieren. Aber auch das ist Spekulation.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Das bringt mich zur abschließenden Frage: Gibt es einen Hintergrund – soweit Sie es beantworten können –, warum ein solches großes Konzert in der Schweiz stattfindet bzw. eine Vielzahl der Konzerte, wie Sie angedeutet haben, eben im Ausland stattfinden und nicht in Deutschland?

Sv. J. R.: Verfolgungsdruck. Das ist meines Erachtens eine klare und deutliche Strategie. Die Szene weiß sehr genau über das Agieren einzelner Verfolgungsmaßnahmen in bestimmten Ländern, und das heißt Ausland als Ausweg, um quasi ein Konzert von dieser Größe durchzusetzen. Aber auch das, was wir am Wochenende hatten – ich habe vorhin ein Konzert von „Kraft durch Froide“ und von „Endstufe“ erwähnt –, war für den Raum NRW angedacht. Und ich gehe davon aus, dass die Behörden in Nordrhein-Westfalen durchaus auch alarmiert waren und bereitstanden.

Der Gang über die Landesgrenze nach Hessen verändert die Zuständigkeit. Das ist am Wochenende manchmal durchaus ein Problem auch in Behörden. Also, der Sprung über Landesgrenzen ist häufig bedingt durch juristische Rahmenbedingungen. Das hat auch einerseits mit der Umsetzbarkeit zu tun, zum Teil aber auch durchaus mit der Frage nach der Strafbarkeit einzelner Handlungen. Also, wenn ich nach England gehe – ich

glaube, auch wenn ich nach Frankreich gehe –, darf ich straflos eine Hakenkreuzfahne hissen und hinter der Bühne aufhängen. Das ist für deutsche Neonazis durchaus von Interesse und eine zusätzliche Motivation, ins Ausland auszuweichen.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Frau Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Ich habe eine Frage: Inwieweit werden solche Konzerte oder dann auch nicht angemeldete Konzerte von den Anwesenden aufgenommen, dann ins Internet, ins Netz gestellt? Finden sich da Ausschnitte, und in welcher Form finden sich Ausschnitte? Also, ich möchte gerade an die Sache erinnern, was Sie vorhin erwähnt haben, dass da durchaus auch der Hitlergruß gezeigt wird. Da jetzt eben meine Frage: Wie beobachten Sie da das Netz, und gibt es dann auch Material, das dementsprechend wieder verwendet werden könnte?

Sv. J. R.: Da gibt es meines Erachtens ein verändertes Verhalten und auch ein verändertes Berichtsverhalten.

Ich habe gerade noch mal diese drei Flyer aufgerufen, um zu gucken, ob da dementsprechende Buttons drauf sind. Wir haben inzwischen viele Konzerte, wo direkt auf dem Konzertflyer drauf ist: „Kein Fotoapparat“, „Kein Handy“, „Über 18“, also „Kein Zutritt unter 18“ – damit quasi eine Absicherung hinsichtlich jugendfrei. Die Frage nach Indizierung wäre damit gelöst, wenn ich nur Personen über 18 reinlasse, weil ich dann bestimmte Lieder doch spielen kann. Juristisch umstritten, aber da versucht man quasi, schon mal darauf einzugehen. Und es wird durchaus versucht, Aufnahmen – sowohl Handyaufnahmen als auch Fotoaufnahmen – zu verhindern.

Wir kennen auch Berichte, wo ganze Konzerte gestoppt werden und alles noch mal gefilzt wird, um Filmaufnahmen zu verhindern – gerade nachdem spektakuläre Filmaufnahmen aus dem Innenleben von Konzerten aufgetaucht sind. Also, da gibt es eine hohe Vorsicht.

Auf der anderen Seite kennen wir aus den Berichten – ob das Facebook ist, ob das einschlägige Webseiten sind, ob das internationale Foren sind – durchaus Berichte über Konzerte, in denen dann mehr oder weniger chiffriert vom Konzertablauf berichtet wird. Es heißt dann irgendwie: Lieder einer bekannten Berliner Band wurden gespielt, alte Lieder. Dann weiß man: Das waren die „Landser“-Songs. Und da ist eigentlich nichts dabei, was nicht strafrechtlich relevant ist. Oder – weiß ich jetzt nicht – es wurde gezeigt, wie hoch die Tapete an der Wand hängt für „Es wurde begrüßt“, der Hitlergruß wurde gezeigt oder, oder, oder.

Bildmaterial aus solchen Konzerten, das bei YouTube auftaucht, finden Sie eigentlich kaum, weil es aus dem bundesdeutschen Raum ein hohes Bewusstsein der Strafbarkeit

gibt und weil es tatsächlich einzelne Fälle gab – z. B. die Verurteilung der Band „Kraftschlag“ nach einem Konzert in Nordrhein-Westfalen –, wo jemand Videoaufnahmen gemacht hat, die Polizei das Konzert aufgelöst hat, die Videoaufnahmen sichergestellt hat, gesehen hat, was die Band gespielt hat und die Band verurteilt worden ist. Das möchten diese Bands vermeiden, und deswegen werden Konzertaufnahmen sehr unüblich und werden zum Teil auch durchaus verfolgt – also innerhalb der Konzerte.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Danke schön.

Sv. J. R.: Bitte.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Frau Bay.

Abg. Susanne Bay GRÜNE: Ich habe zwei Fragen, und zwar zum Schulhof. Sie haben vorhin gesprochen von 14-/15-Jährigen, die emotional abgeholt werden. Wo werden die abgeholt – nur im Netz, oder sind Schulhof und Schule auch ein Thema? Haben die Musiker da womöglich auch Zugriff?

Zweite Frage – ganz konkret –: Sagt Ihnen die Location „Bayernkeller“ in Heilbronn etwas? Ich glaube zu wissen, dass da in den Neunzigerjahren Zusammenkünfte der rechten Szene waren. Da frage ich mich natürlich, Heilbronn, ob da dann auch Zulauf von den NSU-Tätigen möglicherweise oder den -Unterstützern – – ob Sie da irgendwelche Erkenntnisse haben, ob da Konzerte waren. Das würde mich interessieren.

Sv. J. R.: Sie haben gerade nach dem Schulhof gefragt. Meines Erachtens ist der Zugriff auf junge Menschen keiner, der von oben durch die Szene erfolgt, sondern einer, der auf der Peer-Ebene verläuft. Das heißt, es sind die Freundinnen und Freunde, die älteren Geschwister, über die das im Rahmen eines Kapillarsystems an diese Jugendlichen kommt. Nicht die Bands haben irgendeinen Zugang zu Schule oder Schulhof, sondern es geht über die jugendkulturellen Elemente. Und es ist die Musik und sind die Inhalte, die attraktiv gefunden werden.

Meines Erachtens war die Bedeutung der „Schulhof-CD“ für die NPD fast eher eine auf der symbolischen Ebene: Wir, NPD, zeigen euch Jugendlichen, dass wir uns um euch kümmern, dass wir uns auf eure Vorlieben, kulturellen Vorlieben einlassen; die berücksichtigen wir, wir gehen auf euch zu. Also, ich glaube, dass quasi die Wirkung in diesem Bereich als Symbolpolitik wichtiger war als die im Bereich praktischer Werbung für die NPD.

Sie haben gefragt nach dem ...

Abg. Susanne Bay GRÜNE: „Bayernkeller“.

Sv. J. R.: ... „Bayernkeller“. – Heilbronn, oder?

Abg. Susanne Bay GRÜNE: Mhm.

Sv. J. R.: Ich lese Ihnen mal was vor:

Szenebericht Schwäbisch Gmünd und Umgebung

Schwäbisch Gmünd hat ca. 30 000 Einwohner, und davon gibt es zurzeit eine stolze Summe von 20 Skinheads, die aber im Laufe der Jahre abgenommen hat. Mit Zecken und sonstigem Gesocks ist es bisher ziemlich ruhig gewesen, bis auf ein paar Ausnahmen.

Bei uns in Schwäbisch Gmünd gibt es seit einigen Jahren die Skinheadtruppe „Triebtäter“. Wir hoffen doch, dass ihr von uns schon gehört habt. In unserer Stammkneipe, die sich auch in Schwäbisch Gmünd befindet, halten wir uns die meiste Zeit auf. Sonst geht es meistens auswärts in Richtung Heilbronn oder ins Bayernland. Ab und zu befinden wir uns auch in Mosbach (Baden) im „Lucky Luke“ oder in Stuttgart in der „Kolbstube“. Als Geheimtipp gibt es den „Keller“ in Heilbronn, der aber nur freitags auf hat. Hier treffen sich die meisten Skins aus allen Regionen.

Ach ja, bevor ich es vergesse: Ende März bringt „Triebtäter“ ihre erste LP raus, die absolut geil wird.

Sonst gibt es bei uns noch gute Tätowierer.

Das war's. So weit aus Schwäbisch Gmünd.

Grüße gehen an C., alle Musikkollegen, Nationalisten und inhaftierte Kameraden

von den „Triebtättern“ und Simone

– Das ist ein Szenebericht, der abgedruckt ist in dem Skinhead-Fanzine „United Skins“, Ausgabe 5, herausgegeben von C. S., bekannt geworden als V-Mann „P.“.

Abg. Susanne Bay GRÜNE: In welchem Zeitraum?

Sv. J. R.: In welchem Zeitraum? – Puh, das müsste ich jetzt nachgucken, wann die 5 erschien.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Können wir auch nachgucken.

Sv. J. R.: Kann man nachgucken. Ich kann es auch nachgucken. Also durchaus bekannt gewesen, der Keller, und durchaus in einem größeren Rahmen in einem sehr speziellen Fanzine publiziert.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Mir liegen jetzt keine weiteren Fragen mehr vor. Herr R., dann darf ich mich recht herzlich bei Ihnen bedanken.

Sv. J. R.: Bitte schön.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie sind aus dem Untersuchungsausschuss entlassen.

Wir werden jetzt eine Pause bis 14:30 Uhr machen.

(Unterbrechung des öffentlichen Teils von 13:41 bis 14:36 Uhr)

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich eröffne die Nachmittagssitzung des NSU-Untersuchungsausschusses des Landtags von Baden-Württemberg und darf bitten, den Zeugen G. hereinzurufen.

Zeuge F. G.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr G., bitte nehmen Sie dort in der Mitte Platz. – Herr Rechtsanwalt U., Sie darf ich auch recht herzlich begrüßen. Nehmen Sie bitte neben Herrn G. Platz. Herr U., Sie begleiten Herrn G. als Zeugenbeistand?

RA U.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich darf Sie zuerst mal, Herr G., darauf aufmerksam machen, dass die Beweisaufnahme gemäß § 8 Untersuchungsausschussgesetz von Baden-Württemberg öffentlich erfolgt. Wir handhaben das so, dass während der Beweisaufnahme Ton-, Bild- und Filmaufnahmen durch die akkreditierte Presse grundsätzlich zulässig sind, es sei denn, Sie wünschen während Ihrer Vernehmung keine derartigen Aufnahmen zum Zwecke der Veröffentlichung. Sie haben jetzt die Möglichkeit, uns mitzuteilen, ob Sie mit solchen Aufnahmen einverstanden sind oder ob Sie das nicht wünschen.

Z. F. G.: Besser nicht, würde ich sagen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Besser nicht. – Dann sagen wir der Presse: Bitte keine Aufnahmen von der Vernehmung.

Ich darf Sie am Anfang Ihrer Zeugenvernehmung rechtlich belehren. Das ist nun kein Misstrauen gegen Sie, dass Sie vielleicht die Unwahrheit sagen, sondern die Belehrung machen wir bei allen Zeugen so.

Sie müssen als Zeuge die Wahrheit sagen, dürfen nichts hinzufügen und nichts Wesentliches weglassen. Nach dem Untersuchungsausschussgesetz besteht unter Umständen die Möglichkeit, dass Sie als Zeuge vereidigt werden. Eine vorsätzliche unrichtige oder unvollständige Aussage vor dem Untersuchungsausschuss ist aber immer strafbar, und zwar auch dann, wenn Sie nicht vereidigt werden.

Haben Sie das verstanden?

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann darf ich Sie bitten, dem Ausschuss Ihren Vor- und Zunamen, Ihr Alter und Ihre Berufsbezeichnung mitzuteilen und ergänzend noch mitzuteilen, ob die Anschrift, die wir jetzt für die Ladung verwandt haben, nach wie vor gültig ist.

Z. F. G.: F. M. G., geboren am xxxx 1979 in München, Beruf Industrieelektriker. Und die Anschrift ist nach wie vor gültig.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Danke. – Wir gehen gleich in die Befragung; Sie machen ja kein Eingangsstatement.

Kannten Sie M. K., M. A. oder sonst Beamte der Bereitschaftspolizei Böblingen?

Z. F. G.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Hatten Sie vor dem 25. April 2007 etwa mit der Bereitschaftspolizei Böblingen, Baden-Württemberg – um es generell zu sagen – bzw. den dortigen Beamten zu tun?

Z. F. G.: Nicht dass ich wüsste.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wissen Sie über Medienberichte oder andere – Fernsehen oder Zeitungen – etwas über den Anschlag auf die beiden Polizeibeamten am 25. April 2007 in Heilbronn oder über die Taten des NSU?

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Woher wissen Sie das? Ausschließlich aus Medienberichten?

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Hatten Sie jemals Kontakt mit dem NSU?

Z. F. G.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Auch nicht mit den einzelnen Personen? – Schildern Sie uns doch mal, wer 2007 zu Ihrer Gruppe gehörte, zu der Sauerland-Gruppe.

Z. F. G.: Ich, A. Y., D. S. und, ja, so als Unterstützer A. S.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Aber nicht M. K.?

Z. F. G.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wo haben diese Personen sich im Frühjahr 2007, also vor allem um den 25. April 2007, aufgehalten? Wo haben Sie z. B. gewohnt und gearbeitet, und wo haben Sie sich für die Planungen und Vorbereitung der Planungen der Sauerland-Gruppe getroffen?

Z. F. G.: Ich war wohnhaft und hauptsächlich Aufenthalt in Ulm, A. S. in der Türkei, A. Y. in Frankfurt und D. S. im Saarland. Ich habe jetzt den Namen der Stadt vergessen. – Neunkirchen, glaube ich. Und getroffen haben wir uns meistens in Stuttgart.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Waren Sie jemals in Heilbronn?

Z. F. G.: Also nicht im Jahr 2007 und auch nicht danach und auch nicht die paar Jahre davor. Wenn, dann ist es ganz, ganz lange her.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: D. M. S. – wie Sie schon gesagt haben – soll ja im Saarland gewohnt und sich vor allem dort aufgehalten haben. Laut einem – – Wissen Sie, wo er am 25. April 2007 war, S.?

Z. F. G.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Wir wissen aus einem ganztägigen Observationsprotokoll, dass er sein Haus erst gegen 17:02 Uhr verlassen hat dort. Hat er mit Ihnen mal darüber eigentlich gesprochen, was er an dem Tag gemacht hat?

Z. F. G.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Welchen Kontakt haben Sie denn im März sowie April 2007 gehabt mit Herrn S.?

Z. F. G.: Im März, April 2007?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja. Ist schon lange her, aber – –

Z. F. G.: Also, wenn er da schon – – Ja gut, er war da ja schon zurück aus Pakistan. Dann habe ich Kontakt mit ihm über E-Mail gehabt, und ab und zu hatten wir Treffen. Aber die waren alle in Stuttgart.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja, er hat mal ausgesagt, Sie hätten sich einmal – z. B. am 1. April – in Stuttgart getroffen und danach über E-Mail nur kontaktiert. Das ist richtig?

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und wie sieht es mit A. Y. aus? Der hat in seiner Vernehmung auch angegeben, dass er bis zum Jahr 2007 in Frankfurt gewohnt habe.

Z. F. G.: Mhm.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Kann das sein?

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wie haben Sie sich denn mit ihm getroffen z. B.?

Z. F. G.: Auch hier in Stuttgart, und dann sind wir wohin gefahren – in den Schwarzwald, Richtung Schwarzwald, aber nie in Heilbronn oder so.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Nie in Heilbronn?

Z. F. G.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und kommuniziert hat er – oder ist mal gesagt worden – über tote Briefkästen im Internet?

Z. F. G.: Richtig.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das ist so?

Z. F. G.: Das ist so, ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie haben ja wohl 2007 wo gewohnt?

Z. F. G.: In Ulm. Böfinger Weg 20, glaube ich, war es.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie haben die wichtigsten Komponenten für Ihre Bomben in Kanistern bei einem Onlinehändler in Niedersachsen gekauft, dort abgeholt und im Schwarzwald versteckt. Das haben Sie mal ausgesagt. Das ist richtig?

Z. F. G.: Richtig, ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und damit man Sie nicht leicht ermitteln konnte, haben Sie freie WLAN-Internetzugänge, Internetcafés und Telefonzellen gezielt in der weiteren Umgebung – weg von Ihrer Wohnung in Ulm – aufgesucht?

Z. F. G.: Korrekt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das ist auch so. – An welchen Orten war denn das?

Z. F. G.: Das war Stuttgart, Augsburg ab und zu – aber nur selten –, in Ulm ab und zu.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Auch in Nürtingen?

Z. F. G.: In Nürtingen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: In Nürtingen auch, ja.

Z. F. G.: Ja. – Zuffenhausen war, glaube ich, auch mal dabei.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und Heilbronn?

Z. F. G.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Hat denn für Sie oder Ihre Gruppe oder eines der anderen Mitglieder bis zu Ihrer Verhaftung als Ort Heilbronn eine Rolle gespielt?

Z. F. G.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Hatten Sie Kontakte zu Moscheen, islamischen Gruppen oder Personen in Heilbronn?

Z. F. G.: Nein. – Oder nicht meines Wissens. Also, nach Heilbronn hatte ich keine Kontakte.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Hatten Sie oder andere Mitglieder Ihrer Gruppe Kontakte zu Kreditinstituten in Heilbronn?

Z. F. G.: Kann ich mir nicht vorstellen. Also, ich hatte definitiv keine, und bei den anderen weiß ich es nicht. Aber ich kann es mir nicht vorstellen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich muss Sie deswegen einfach noch mal fragen: Wissen Sie etwas von Geldwäscheaktionen, von Barein- oder -auszahlungen von großen Beträgen, also so etwas in Höhe von mindestens 100 000 € in Heilbronn von Ihrer Gruppe?

Z. F. G.: Nein. So viel Geld hatten wir nicht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sagt Ihnen der Name C. etwas? C-x-x-x-x-x-x [Name wurde buchstabiert]?

Z. F. G.: C-x-x- – – [Name wurde buchstabiert]

Vorsitzender Wolfgang Drexler: C-x-x-x-x-x-x [Name wurde buchstabiert].

Z. F. G.: C.? – Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Wo war denn A. S. im April, konkret am 25. April 2007? Können Sie uns da etwas sagen?

Z. F. G.: In der Türkei.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Da war er in der Türkei?

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wann ist er denn in die Türkei geflogen? Wissen Sie das noch?

Z. F. G.: Das müsste im Januar oder Februar gewesen sein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: 2007?

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Warum ist er denn in die Türkei gegangen?

Z. F. G.: Er wollte nicht mehr mitmachen bei uns, also zumindest nicht so richtig.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Hat da auch die Angst vor einer Verhaftung eine Rolle gespielt in Deutschland?

Z. F. G.: Ja, klar.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Am 8. Februar 2007 soll er in Istanbul M. K. getroffen haben, um mit ihm über die Beschaffung der Zünder für Ihre geplanten Bomben zu sprechen. Ist das richtig?

Z. F. G.: Also, er hat dort eine Person getroffen, die – wenn die Ermittlungen stimmen – M. K. war. Ich kannte die Person halt nicht unter diesem Namen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und im April soll er sich erneut in Konya getroffen haben und danach, kurz darauf, im Mai, wieder in Istanbul. Stimmt das?

Z. F. G.: Das muss so – – Ich kenne das so – – Ich weiß, dass er sich mehrmals mit ihm getroffen hat in Istanbul.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja.

Z. F. G.: Ob er auch in Konya war? – Ich glaube, ja. Aber ich weiß es nicht genau. Aber er hat sich dort mit dieser Person getroffen. Das hat er mir erzählt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja. – Kam S. eigentlich noch mal vor seiner Verhaftung im November 2007 zurück nach Deutschland, also vorher?

Z. F. G.: Nein. Nach seiner Abreise ist er bis zu seiner Auslieferung in der Türkei geblieben.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Denn es gibt auch keine Hinweise, dass er nach seiner Ausreise vor November noch mal in Deutschland eingereist wäre. Also, wir haben keine gefunden.

Z. F. G.: Ist er nicht. Nein, ist er auch nicht. Hat er nicht gemacht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Hat er dort auch geheiratet in der Türkei, S.?

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie haben doch mit ihm im April 2007 einen intensiven Kontakt gehabt. Wie lief denn das ab? Er war in der Türkei, Sie waren hier. Wie lief denn da der Kontakt?

Z. F. G.: Also, „intensiv“ weiß ich nicht. Aber wir haben über E-Mail kommuniziert und über Telefon, Internettelefon und auch einmal oder zwei-, dreimal über normales Telefon – aber öffentliche Telefone.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Öffentliche Telefone. – Und er hat Sie wohl immer wieder gebeten, in die Türkei zu kommen. Haben Sie das gemacht?

Z. F. G.: Nein. Er hat mich darum gebeten, aber ich habe es nicht gemacht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt kommen wir zu einem Herrn M. K., der bei Ihren Tatvorbereitungen im Rahmen der Sauerland-Gruppe eine Rolle gespielt hat. Welche Rolle hat er denn gespielt?

Z. F. G.: Diesen M. K. kenne ich nur unter dem Namen A. Er war in der Türkei und hat dort S. anscheinend – laut seinen Aussagen und laut den E-Mails und den Gesprächen, die ich mit S. hatte – unterstützt in dem Sinne, dass er ihm Informationen gegeben hat, geheimdienstliche Informationen, und für ihn wohl jemanden gefunden hat, der die Sprengzünder nach Deutschland transportiert.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Waren Sie denn – – Oder haben Sie im Sommer 2004 – ist weit weg von 2007 –, also 2004, M. K. mal unter dem anderen Namen – also, bei uns läuft er halt immer unter M. K. – in Istanbul kennengelernt?

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Also, Sie kannten ihn?

Z. F. G.: Ja. Aber nur flüchtig. Ganz kurz habe ich den nur kennengelernt, also nicht wirklich.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: War denn M. K. nach Ihrer Information am 25. April 2007 in Deutschland?

Z. F. G.: Nein. Kann ich mir nicht vorstellen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Warum kommen Sie jetzt zu diesem Entschluss? Es ist klar, aber warum wissen Sie das heute noch so genau?

Z. F. G.: Also, ich kann es mir nicht vorstellen. Wissen kann ich es nicht, aber ich kann es mir nicht vorstellen, weil er hat ja – – Meines Wissens durfte er nicht in Deutschland einreisen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja. – Er war wohl – – Wann war er denn nach Ihrer Auffassung das letzte Mal in Deutschland? Können Sie sich daran entsinnen?

Z. F. G.: Das muss vor 2004 gewesen sein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Also konkret 2003?

Z. F. G.: Zum Beispiel. 2002, 2001. Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja. – A. S. hat in seiner Vernehmung 2009 angegeben, M. K. habe ihm 2007 bei verschiedenen Gesprächen in der Türkei erzählt, dass er sich aufgrund seiner Vergangenheit nur in der Türkei bewegen darf oder kann und er deswegen die Türkei auch nicht verlassen kann. Ist das auch Ihr Informationsstand gewesen?

Z. F. G.: Dass er zumindest nicht nach Deutschland reisen kann. Das ist mein Informationsstand. Andere Länder weiß ich nicht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt gibt es natürlich immer die eine Sache, die sagt: M. K. war am 25. April 2007 auf der Theresienwiese. Und da gibt es eine weitere Geschichte, die sagt, da seien die Zünder übergeben worden, die Sie für Ihre Bomben

brauchten, und da seien möglicherweise dann die Polizisten dazwischengekommen. Das sage ich jetzt einfach mal so. Diese Geschichte gibt es auch. Deswegen muss ich Sie jetzt schon fragen: Wo hat denn die Übergabe der Zünder stattgefunden, die Sie benötigten, und wann?

Z. F. G.: In Wolfsburg, und das war kurz vor – – Also, das war im August. Kurz vor September, also, Ende August muss das gewesen sein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Kann ich mal nachfragen? – Kann es auch in Mannheim gewesen sein?

Z. F. G.: In Mannheim hat auch eine Zünderübergabe stattgefunden.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Mehrere Male sind Zünder übergeben worden?

Z. F. G.: Zwei Mal.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und wann war das in Mannheim?

Z. F. G.: Das in Mannheim war auch im August.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Auch im August. Also nicht irgendwann im April – sind keine Zünder übergeben worden?

Z. F. G.: Definitiv nicht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Welches Jahr?

Z. F. G.: 2007.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: 2007. – Also, es handelte sich praktisch bloß um eine Teillieferung jeweils?

Z. F. G.: Nein. Ja, aber das war nicht die gleiche Lieferung. Also, es handelte sich um eine Lieferung und um eine andere Lieferung – zwei verschiedene Lieferungen, auch wahrscheinlich aus zwei verschiedenen Herkünften.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt haben wir da ja auch Medienberichte gelesen. Haben Sie Kontakt zu den Medienvertretern gehabt, damit die auf so eine Idee kommen konnten, dass möglicherweise M. K. oder aber auch Vertreter der Sauerland-Gruppe auf der Theresienwiese waren?

Z. F. G.: Nein, definitiv nicht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und vor Ihrer Verhaftung, haben Sie da Kontakt mit den Medienvertretern gehabt?

Z. F. G.: Ich habe, glaube ich, einmal mit einem „stern“-Reporter telefoniert. Aber das war auch nicht – – Nicht im April, glaube ich. Das war schon später.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich wollte Ihnen nur sagen: Sie haben in Ihrer Vernehmung am 2. Juli 2009 angegeben, Sie seien von Journalisten der Sendung „Report Mainz“ und vom Magazin „stern“ kontaktiert worden.

Z. F. G.: Ja, gut, „kontaktiert“. Aber ich habe den Kontakt ja nicht erwidert. Insofern: „Kontakt“ würde ich das nicht nennen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: War das nach dem 25. April 2007? Oder können Sie sich noch an das Jahr erinnern, wann der Kontakt erfolgt ist?

Z. F. G.: 2007 war das.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: 2007 war das?

Z. F. G.: Ja, der Kontakt war 2007. „Kontakt“ würde ich es nicht nennen. Also, ich habe einmal mit einem „stern“-Reporter telefoniert. Das war auch 2007.

Und dann stand einmal „Report Mainz“ vor der Tür. Das war auch 2007. Wann stand „Report Mainz“ vor der Tür? – Eine Woche oder ein paar Tage vor dem „Report Mainz“-Bericht, der damals ausgestrahlt wurde. Aber das war, glaube ich, nicht im April. Das war früher. Und das andere war danach.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie wurden ja nach einem Beschluss des Amtsgerichts Stuttgart vom 9. Februar 2007 observiert, und u. a. wurden auch Gespräche in dem Pkw aufgenommen. Wussten Sie das?

Z. F. G.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das wussten Sie nicht?

Z. F. G.: Damals nicht. Jetzt schon. Aber damals nicht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wann haben Sie denn das erfahren?

Z. F. G.: Irgendwann nach meiner Verhaftung im September 2007.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: 2007. Also, praktisch nach Ihrer Verhaftung haben Sie das erfahren.

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie sollen am 23. April Ihren Pkw auf Abhör- und Ortungsgeräte mal überprüft haben. Ist das richtig? Also, eine Vermutung müssen Sie ja wohl gehabt haben.

Z. F. G.: Definitiv. Also „Vermutung“? Eine Vorsichtsmaßnahme, ja – oder so ein bisschen Vorsichtsmaßnahme. Aber generell bin ich davon ausgegangen, dass es nicht so ist. Ich habe natürlich Vorsichtsmaßnahmen getroffen, aber wirklich geglaubt, dass ich im Auto abgehört werde – – Zumindest nicht in den Autos, die ich für Vorbereitungen meiner Tat benutzt habe. Da bin ich schon ziemlich – – definitiv davon ausgegangen, dass die nicht abgehört werden.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Weil Sie bei Ihrer Vernehmung 2009 gesagt haben, dass Sie im April 2007 Folgendes gedacht haben:

Ich war überzeugt, dass die Behörden mich ohne eine aufwendige planmäßige Observation, von der ich glaubte, dass ich sie bemerken würde, nicht überführen könnten.

Z. F. G.: Korrekt. Das ist korrekt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und weiter:

Durch die total auffällige Observationsweise des Verfassungsschutzes fühlten wir uns damals natürlich den Behörden ein Stück weit überlegen. Dass das BKA kommt und plötzlich ganz andere Seiten aufzieht, damit haben wir natürlich nicht gerechnet.

Z. F. G.: Korrekt. Das stimmt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Aha. – Jetzt gibt es eine Observation am 25. April 2007 von Ihnen. Wissen Sie, wo Sie am 25. April 2007 waren?

Z. F. G.: Ich weiß es, weil mein Anwalt mir hier Akten gegeben hat von meiner Observation. Ansonsten wüsste ich es nicht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Also, Sie waren nicht im Kreis Heilbronn, sondern Sie waren ...

Z. F. G.: Das ist richtig.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: ... in Bad Waldsee. Ulm–Bad Waldsee sind Sie gefahren. Ich frage Sie einfach konkret, weil ich jetzt nämlich auf etwas komme, was man

Sie, auch wenn man diese Observationsberichte gelesen hat, einfach fragen muss. Sie sind da um 13:17 Uhr in Burladingen in die Prittwitzstraße in Ulm gefahren und haben sich wohl offensichtlich in der Fachhochschule aufgehalten.

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und dort sind Sie laut Protokoll dann um 16:31 Uhr wieder losgefahren.

Das alles, was Sie da sonst gemacht haben, will ich jetzt nicht aufführen. Aber in der Fahrt von 21 Uhr bis 22 Uhr nach Bad Waldsee – und dann sind Sie zurückgefahren nach Ulm wieder –, da gab es ein Gespräch mit wem? Wer war da noch im Auto?

Z. F. G.: Das müsste mein Schwager gewesen sein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: M. E.?

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Jetzt kommt es: Das war am 25.04., 21:15 Uhr. Da sollen Sie gesagt haben – – Zuerst M. E.: „Bullen“. F. G.:

Ich weiß nicht, was er gelabert hat. Aber auf jeden Fall soll er gesagt haben: „Okay, dann muss ich dich halt erschießen.“ Und dann hat er beide erschossen, beide Bullen.

– Das war am Abend, wo nachmittags zwei Polizeibeamte in Heilbronn erschossen wurden.

Z. F. G.: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Mit wem haben Sie denn da gesprochen?

Z. F. G.: Mit Herrn E. Aber – –

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja, das schon. Aber von Herrn E. haben Sie das nicht gewusst nach – –

Z. F. G.: Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wer hat Ihnen denn erzählt, dass er am gleichen Tag zwei Bullen erschossen hat?

Z. F. G.: Die Medienberichte waren das.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wer ist „er“? Darf ich es Ihnen noch mal vorlesen?

Z. F. G.: Ja, ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Sie sind da noch nie gefragt worden, aber es ist ja auffällig.

Z. F. G.: Ich kläre es gleich auf. Das ist kein Problem.

Vorsitzender Wolfgang Drexler:

Ich weiß nicht, was er gelabert hat.

– Es kann also nicht M. E. sein.

Z. F. G.: Ich erinnere mich genau, ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler:

Aber auf jeden Fall soll er gesagt haben: „Okay, dann muss ich dich halt erschießen.“ Und dann hat er beide erschossen, beide Bullen.

Es gibt keine – – Also, zu dem Zeitpunkt gab es – außer dem Vorfall auf der Theresienwiese, wo eine Polizeibeamtin erschossen worden ist und der andere den Anschlag überlebt hat – keine anderen Beispiele, wo zwei Polizisten erschossen worden sind. Mit wem haben Sie denn da gesprochen? Wer ist der „er“?

Z. F. G.: Der „er“ ist der Täter. Aber ich habe nicht mit ihm gesprochen, sondern ich habe – – Ich weiß es noch genau; ich weiß es bis heute auch. An dem Tag wurden ja die zwei Polizisten erschossen. Und dann haben wir darüber gesprochen. Während unseres Gesprächs habe ich ihm von einem Fall erzählt, den ich mal aus den Medien aber habe – das kann aber auch eine Falschmeldung sein; ich weiß jetzt nicht mehr, woher – , dass auch schon mal zwei Polizisten erschossen worden sein sollen oder angeschossen worden sein sollen. Ich weiß aber nicht, ob es in Deutschland war oder sonst irgendwo auf der Welt. Und da sollte gesagt worden sein – – Da soll halt der Polizist jemanden angehalten haben – Straßenkontrolle oder Verkehrskontrolle –, und dann sollte die Person gesagt haben: „Ja, gehen Sie lieber weg, lasst mich einfach weiterfahren, dann passt es schon“ usw. Der Polizist hätte das halt verneint, und dann hätte diese Person gesagt: „Gut, dann muss ich euch halt erschießen“, und hätte dann angefangen zu schießen.

Das war aber eine Meldung, die ich irgendwo aus den Medien hatte. Ich weiß auch nicht, ob das in Deutschland passiert ist oder in Amerika oder sonst irgendwo auf der Welt. Das weiß ich auch nicht mehr. Und das habe ich ihm damals erzählt, dass so ein

Vorfall auch schon mal gegeben gewesen sein sollte, weil es halt irgendwie zum Thema gepasst hat.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Aber auf den Vorfall kann man das eigentlich nach dem Gespräch nicht beziehen. Da sagen Sie kein Wort davon, dass Sie schon mal so einen Vorfall erlebt haben, sondern das kommt auf die Frage M. E.: „Bullen“. – F. G., und dann kommt dieser Satz.

Z. F. G.: Das könnte man schon darauf beziehen, wenn man das Gespräch ganz hätte. Aber die TKÜs sind unvollständig. Viele Worte sind nicht drauf oder nicht verstanden worden.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das stimmt natürlich. Aber Sie haben an dem Tag – ich muss Sie einfach noch mal fragen – mit niemandem gesprochen. Sie hat niemand angerufen, der erzählt hat: an dem Tag – wie es hier heißt – zwei Bullen erschossen?

Z. F. G.: Definitiv nicht. Nein. Absolut nicht, überhaupt nicht. Aber es kommt so rüber. Vielleicht, wenn man das TKÜ so liest, kann das so rüberkommen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt gibt es natürlich – – In der Auswertung dieses Gesprächs hört man dann eine Frauenstimme, die etwas sagt. Ich weiß nicht: War da noch jemand im Auto?

Z. F. G.: Mag sein, ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Laut der Auswertung des Bundeskriminalamts sind die Piepser – da kam immer ein Piepser – ein Zeichen dafür, dass Sie gerade im Pkw den Polizeifunk abgehört haben.

Z. F. G.: Ich habe Polizeifunk abgehört, aber nicht an dem Tag – also nicht bei diesem Gespräch. Die Piepser müssen von woanders kommen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Weil das wäre ja noch ein Bezug, dass Sie einigermaßen gewusst haben, was da in Heilbronn läuft. Wenn Sie das gar nicht gewusst haben, ist das mit den zwei Bullen – jetzt sage ich es mal vorsichtig formuliert – ein ungeheurer Zufall.

Z. F. G.: Nein. Das ist eigentlich kein Zufall. Sie müssen sich das so vorstellen: Wir sitzen im Auto – überall kommt die Meldung: zwei Polizisten in Heilbronn erschossen – und fangen an, über das Thema zu reden, dass Polizisten bei Straßenkontrollen oft erschossen werden. Dann sage ich: Ich habe mal gehört oder irgendwo gelesen oder irgendwo gehört im Fernsehen, bei einer Straßenkontrolle soll der Täter noch gesagt haben: „Gehen Sie einfach weg, lasst mich einfach weiterfahren, dann passt das schon.“ Dann soll der Polizist das natürlich nicht gemacht haben, und dann hat der Tä-

ter gesagt: „Gut, dann muss ich euch halt erschießen.“ Und dann hat er angefangen zu schießen. So eine Geschichte habe ich mal gehört, und die habe ich in dem Kontext erzählt. Auf der TKÜ kommt das natürlich nicht so rüber. Ich kenne die TKÜ von damals noch.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und der „er“? Wen bezeichnen Sie denn als „er“ in diesem – –

Z. F. G.: Den Täter.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Den Täter?

Z. F. G.: Ja, den imaginären Täter.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Den imaginären Täter, der – irgendwo mal, wo Sie mal gelesen haben – zwei Polizisten erschossen haben soll.

Z. F. G.: Genau. Nicht gelesen. Ich habe es, glaube ich, im Fernsehen gehört oder sonst was – irgendwann mal.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das muss aber schon lange her gewesen sein, dass zwei deutsche Polizisten gleichzeitig – –

Z. F. G.: Nein, muss nicht Deutschland gewesen sein. Das kann auch aus Amerika sein. Ich weiß die Meldung nicht mehr. Die habe ich vor über zehn Jahren mal irgendwo gesehen, irgendwo aufgeschnappt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Jetzt gehen wir mal weiter. Weiter fällt auf, dass im Gespräch es sich dann weiter um Schutzwesten der beiden Polizeibeamten gehandelt hat.

Z. F. G.: Korrekt, weil es – – Ich glaube, ich habe diese Meldung damals, von der ich dann erzählt habe mit dem „Ich glaube, dann muss ich euch halt erschießen“, im Zusammenhang mit der Diskussion um Schutzwesten für die Polizei gehört. Und da gab es mal eine Diskussion über Schutzwesten, dass alle Polizei Schutzwesten bekommen muss oder sonst was. In dem Zusammenhang habe ich, glaube ich, diese Meldung gehört.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich will halt bloß sagen, weil E. meinte, dass die beiden jetzt vielleicht Schusswesten, kugelsichere Westen angehabt hätten, ihnen diese aber nichts genützt hätten. Das klingt allerdings schon so, als hätten Sie sich über den Mordanschlag in Heilbronn unterhalten.

Z. F. G.: Der war auch natürlich Teil des Themas. Über diesen Mordanschlag in Heilbronn, über den wir gesprochen haben, sind wir natürlich dann generell auf dieses Thema gekommen irgendwie – ein bisschen zumindest.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und dass die beiden Polizisten in den Kopf geschossen worden sind in Heilbronn: Woher hatten Sie denn die Information?

Z. F. G.: Das weiß ich nicht. Wenn wir diese Information hatten, dann hatten wir sie aus den Medien, aber von nirgendwo sonst.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Dann hätte ich vorerst mal keine weiteren Fragen. – Herr Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr G., an dem Tag, dem 25. April, also dem Tag, an dem M. K. erschossen worden ist, da sind Sie ja nach Bad Waldsee. Können Sie sich noch erinnern, ob Sie da mal angehalten haben und auch an anderer Örtlichkeit Kommunikationsmittel in Anspruch genommen haben?

Z. F. G.: Ich denke, nicht. Aber erinnern tue ich mich nicht.

(Der Zeuge spricht mit seinem Rechtsbeistand.)

Ich kann mich nicht erinnern, aber mein Anwalt meint gerade, ich – – irgendwo im Bereich wären Callshops drin.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Genau, richtig.

Z. F. G.: Habe ich in Bad Waldsee Callshops benutzt?

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Mhm.

Z. F. G.: Das glaube ich nicht.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: In Ulm muss das wohl an dem Tag gewesen sein.

Z. F. G.: In Ulm sowieso. Also, in Ulm sowieso an dem Tag habe ich Callshops benutzt – oder fast jeden Tag wahrscheinlich oder öfter.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Ja, aber am Tag selbst?

Z. F. G.: An vielen Tagen.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Okay. – Also, es ist Ihnen nicht mehr erinnerlich, was Sie da – –

Z. F. G.: Ich weiß noch, was ich in Bad Waldsee gemacht habe – wahrscheinlich, höchstwahrscheinlich. Da habe ich die Familie besucht von meiner Frau. Ansonsten gibt es, glaube ich, keinen Grund, warum ich nach Bad Waldsee fahren würde mit meinem Schwager im Auto.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Und Internetcafés? Welche Kontakte haben Sie da über die Internetcafés dann gehabt?

Z. F. G.: Mit meinen Mittätern normalerweise.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Dann wurde ja schon über M. K. alles besprochen, wo Sie sagen, dass er wohl an dem Tag nach Ihrer Einschätzung nicht auf der Theresienwiese sein konnte. Jetzt wissen Sie ja von dem „stern“-Artikel, nehme ich an – „Mord unter den Augen des Gesetzes“ –, dass dort auf der Theresienwiese sich zwei Araber aufgehalten haben sollen, und zwar R. H. und J. C. Nochmals von Ihnen: Sagen Ihnen diese Namen etwas?

Z. F. G.: Nein.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Gar nichts?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf.)

Das, was der Herr Vorsitzende gerade erwähnt hat, diese Aufzeichnung: Haben Sie Deutsch oder haben Sie in einer anderen Sprache gesprochen?

Z. F. G.: Deutsch.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Deutsch – also ist dann quasi original so gewesen.

Bei den Übergaben, die stattgefunden haben, also jetzt von den Zündern – Sie haben das dann vorher nochmals erwähnt –, Wolfsburg und Mannheim: Ist Ihnen da noch der genaue Ort erinnerlich, wo das dann immer erfolgt ist?

Z. F. G.: Ja.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Können Sie das sagen?

Z. F. G.: Also, in Wolfsburg war das – – Ich weiß jetzt die Straße nicht, aber die steht, glaube ich, auch im Überwachungsprotokoll. In Wolfsburg sind wir reingefahren und kurz danach links abgebogen. Dort war die Übergabe. Dort ist die Person dann in ein Haus gegangen, hat die Zünder rausgeholt, ohne zu wissen, dass sie die Zünder rausholt – das wusste er nicht; die waren ja nicht als Zünder zu erkennen –, und hat sie mir gegeben.

Und in Mannheim war das im Viertel Jungbusch, Mannheim-Jungbusch. Da ist die Moschee, die türkische Moschee an der Hauptstraße. Dahinter liegt das Viertel Jungbusch. Wir sind dann aus der Moschee raus, um die Ecke, bisschen in das Viertel gelaufen – ich glaube, ans Ufer vom Main oder Rhein oder sonst was; Main muss das, glaube ich, gewesen sein.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Rhein. Wenn es Mannheim ist, ist es Rhein oder Neckar.

Z. F. G.: Ja, Neckar. Genau, richtig. Der Neckar war es. Und dort hat er es mir gegeben.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Und in Ulm und Stuttgart bei den Treffen? Sie haben das auch erwähnt, da wären Sie immer wieder auch gewesen. Ist das dann auch bei Moscheen gewesen?

Z. F. G.: Nein, nein, nein. Das war hier in der Stadt oder im Park oder im Wald da oben, in dem kleinen Waldstückchen.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Also immer kurzfristig verabredet?

Z. F. G.: Relativ kurzfristig verabredet und dort getroffen, ja.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Gut. – Dann war noch eine Frage – der Herr Vorsitzende hat es ja auch nochmals erwähnt – mit einem Betrag von 100 000 €. Ist Ihnen eine Summe von 2,3 Millionen € vorstellbar, dass das von den Personen, vielleicht auch von Ihrer Gruppe – –

Z. F. G.: Unmöglich.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Unmöglich?

Z. F. G.: Unmöglich.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Über solche Geldbeträge haben Sie nicht verfügt?

Z. F. G.: Weder ich noch die Gruppe in Pakistan, noch sonst jemand, den ich kenne.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Gut. – Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Ich habe noch eine Frage: Welcher ist Ihr bevorzugter Radiosender, wenn Sie Radio hören oder damals hörten?

Z. F. G.: Wenn ich damals Radio gehört habe, was selten vorkam, dann war es „B5 aktuell“.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Also Bayern 5?

Z. F. G.: Ja, Bayern 5.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das ist in Ulm.

Z. F. G.: Das kriegt man in Ulm. Es geht gerade so rein.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Können Sie sich noch daran erinnern, um wie viel Uhr – also, damals an dem Tag war das ja innerhalb von wenigen Minuten in allen öffentlichen Radiosendern, und nach einer halben Stunde hat jeder gewusst, was sich in Heilbronn abgespielt hat –, wann an dem Tag Sie davon erfahren haben? War das aus dem Radio, aus dem Fernsehen oder vom Erzählen, und haben dann das Radio eingeschaltet?

Z. F. G.: Ich glaube, es war aus dem Radio – mittags, nachmittags. Ich weiß es nicht. Aber als ich mit meinem Schwager darüber geredet habe, wusste ich es, glaube ich, schon.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Gut. – Keine weiteren Fragen.

Z. F. G.: Aber ich glaube, wir haben da die Meldung auch im Radio gehört, als wir darüber geredet haben. Ich bin mir aber nicht mehr sicher.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Ich habe nur eine Frage noch – das mag jetzt ein bisschen nicht direkt mit dem Tattag zu tun haben –, und zwar zu den Waffen, die Sie im Rahmen der Sauerland-Gruppe verwendet hatten. Sie hatten in Ihrer Vernehmung mal eine Pistole Makarow genannt. Ist das richtig?

Z. F. G.: Ja, in Pakistan aber hatten wir die benutzt ...

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Okay.

Z. F. G.: ... bzw. kennengelernt.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: An der Makarow?

Z. F. G.: Ja.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Und wurden Sie auch an einer Pistole Tokarew ausgebildet?

Z. F. G.: Das weiß ich nicht mehr. Also, ich weiß, dass wir über diese Pistole gelernt haben. Haben wir sie auch – – Wurde ich an dieser Pistole auch ausgebildet? Weiß ich gar nicht mehr.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Hatten Sie eine Tokarew-Pistole in Deutschland zur Hand?

Z. F. G.: Nein.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das war es dann.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Eine Frage: Sie wurden 2007 in der Ferienwohnung in Medebach-Oberschledorn, Nordrhein-Westfalen, abgehört. Und da hatten Sie gegenüber Herrn Y. signalisiert, dass ein Polizist mittels Einsatz von Pfefferspray am besten außer Gefecht gesetzt werden könnte. Können Sie sich noch an dieses Gespräch erinnern?

Z. F. G.: Wenn das jemand gesagt hat, dann war das wohl der S., nicht ich. Das ist vielleicht in der TKÜ vertauscht. Da wurden viele Sachen vertauscht. Aber ich habe das bestimmt nicht – – Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass ich das gesagt habe. Es steht vielleicht in der TKÜ unter meinem Namen, aber das passiert öfter, dass die eine Aussage dem anderen zugeschrieben wird.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Okay. – Dann halte ich Ihnen noch eine kurze Aussage des Herrn Y. in diesem Zusammenhang vor. Er hat dann gesagt:

Dann steche ich ihm in den Hals

– sprich dem Polizisten –

im Falle einer Kontrolle. Das ist egal. Ich habe eh schon, weißte?

– Also so nach dem Motto: Ich muss mit keiner weiteren Strafe rechnen. – Könnten Sie sich vorstellen, was Y. damit meint?

Z. F. G.: Wenn das Y. gesagt hat, dann meint er vielleicht, wenn man erwischt wird, festgenommen wird.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Dass er eh schon irgendwelche Straftaten begangen hat?

Z. F. G.: Solcher Art?

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Ja.

Z. F. G.: Nein, auf keinen Fall.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Nein. – Dann hätte ich keine weiteren Fragen. Danke.

Z. F. G.: Das wüsste ich.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich komme noch mal auf dieses Gespräch im Pkw auf der Fahrt nach Bad Waldsee zurück, das die Polizei hier notiert hat. Nachdem Sie gesagt haben – – Ich halte es Ihnen einfach noch mal vor – manches ist undeutlich; das sage ich auch –:

Beide tot. Aber ich weiß auch nicht, wie das dann überliefert werden konnte, wenn die beiden tot waren. Vielleicht gab es irgendeinen Brief oder so.

– Das deutet natürlich darauf hin, dass es was anderes war, mit dem Brief, ja, sage ich mal so. Aber dann er, E. – das ist, wie gesagt, Herr E. –:

Krass.

Sie:

Nee, ja gut oder (unverständlich) kann ja viel erzählen. Aber ich glaube nicht, (unverständlich)

Jetzt kommt wieder E.:

Nee, ist krass. Fand schon, bevor der gekommen ist – das war damals –, kam die Vision – kann ich mich daran erinnern –, die kugelsichere Weste.

Jetzt kommen Sie:

Habe ich keine Ahnung.

Jetzt kommt E.:

Gab es dann so irgendwann vor paar Jahren, weil die Bullen hätten irgendwie einen Rentner. Die beiden jetzt hatten vielleicht an, aber nichts genützt. (La-

chen) *Zum Beispiel gesagt, so, die beiden kugelsicheren Westen haben ihnen gar nichts genützt.* (Lachen)

– Also, der letzte Teil ist auf jeden Fall ein Gespräch über das, was in Heilbronn passiert ist.

Z. F. G.: Ja, das ist Teil von dem Gespräch. Wir sind dadurch auch – über das Gespräch – auf das Thema gekommen, auf die Westen usw. Und dann habe ich ihm von der Tat erzählt, die ich irgendwo gehört hatte, dass da jemand gesagt hat: „Gut, wenn ihr ..., dann muss ich euch halt erschießen.“

Und dann hören Sie auch auf dem TKÜ – das haben Sie jetzt vorgelesen – – Dann sagen wir aber: Wenn er sie erschossen hat, wie soll es dann überhaupt überliefert worden sein, dass er gesagt hat – davor –: „Gut, jetzt muss ich euch halt erschießen“? Denn wenn sie dann tot waren, können sie es nicht mehr erzählen, die beiden Polizisten. Und deswegen war die Geschichte, die ich da hatte, nicht unbedingt so glaubwürdig. Das haben wir auch selbst gesagt. Deswegen. Und das war generell Gegenstand des Gesprächs über kugelsichere Westen. Und dann hat E. wohl gemeint: Es hat ja hier aber nichts gebracht, die kugelsicheren Westen, usw.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und das hat mit Ihnen – – Und Sie haben mit niemandem an dem Tag über den Polizistenmord gesprochen, der Ihnen erzählt hat: „Dann habe ich die beiden halt erschossen“?

Z. F. G.: Definitiv nicht. Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Herr Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Jetzt doch noch eine Frage: Sie waren ja am 31.12.2006 in der Nähe der US-Behörden in Hanau. Kennen Sie den ehemaligen Mitarbeiter der US-Behörde in Hanau, einen Herrn R. R. K.?

Z. F. G.: Nein.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Nein. – Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr G., Sie hatten vorhin gesagt, Sie hätten mal Kontakt mit dem Magazin „stern“ gehabt. Haben Sie mit anderen Presseorganen auch mal Kontakt gehabt?

Z. F. G.: Vor meiner Verhaftung?

Abg. Thomas Blenke CDU: Ja.

Z. F. G.: Wie gesagt, „Report Mainz“ stand mal an meiner Tür. Der „stern“ stand auch vor der Tür. Ich habe dann später telefoniert mit denen. Ansonsten fällt mir nichts ein.

Abg. Thomas Blenke CDU: Wann war das?

Z. F. G.: Das war beides im Jahr 2007. Der „stern“ war nach dem April. Da war es schon heißer. Mai, mindestens Mai, vielleicht auch Juni, Juli, August. – Nein, August war es nicht. Mai vielleicht, auch Juni, Juli. Weiß ich nicht. Und „Report Mainz“ müsste aber schon vor April gewesen sein.

Abg. Thomas Blenke CDU: Worum ging es da?

Z. F. G.: „Report Mainz“?

Abg. Thomas Blenke CDU: Ja, bei beiden.

Z. F. G.: Bei „Report Mainz“ ging es darum, dass die Ausspähungs- oder vermeintliche Ausspähungsfahrt in Hanau sowie die Verhaftung von einem alten Bekannten von mir an der pakistanischen Grenze, pakistanisch-afghanischen Grenze – – Und beim „stern“ ging es wieder um das gleiche Thema. War eigentlich auch, ja, das gleiche.

Abg. Thomas Blenke CDU: Und Sie haben da auch jeweils Auskunft gegeben dann entsprechend?

Z. F. G.: Nein, „Report Mainz“, habe ich überhaupt nichts mit denen geredet. Und beim „stern“ habe ich nur – – Sie haben da was reingeworfen, in meinen Briefkasten geworfen. Da habe ich da angerufen und habe kurz denen gesagt: Ja, ich habe damit nichts zu tun usw. Kurz mit denen gesprochen. Ich habe ein bisschen mit denen gesprochen. Die haben mir ein paar Fragen so gestellt, aber ich habe das eigentlich hauptsächlich alles abzustreiten versucht.

Abg. Thomas Blenke CDU: Haben Sie sich dann irgendwann bei „Report Mainz“ oder bei „stern“ auch wiedergefunden, also es gelesen?

Z. F. G.: Ja, nach meiner Verhaftung.

Abg. Thomas Blenke CDU: Also, dass das verarbeitet wurde – das, was Sie gesagt haben –, dass das – – Haben Sie da was dann gelesen respektive gehört?

Z. F. G.: Das, was ich am Telefon gesagt habe, haben die wohl aufgezeichnet oder sich gemerkt oder mitgeschrieben und haben das dann in einen Bericht vom „stern“ ein, zwei, drei Wochen nach meiner Verhaftung eingebaut.

Abg. Thomas Blenke CDU: Danke.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Frau Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Herr G., Sie haben vorhin gesagt, dass die Fässer im Schwarzwald versteckt worden sind. Wo sind die genau im Schwarzwald versteckt worden?

Z. F. G.: Bei Freudenstadt. Wie hieß denn das Dorf noch mal?

(Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Wittlensweiler!)

– Wittlensweiler, danke – ja, dort in einer Garage, die ich unter falschem Namen angemietet hatte.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Okay. – Also, das war privat von Ihnen organisiert?

Z. F. G.: Ja.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Dann: Haben Sie oder Mitglieder der Sauerland-Gruppe Kontakte zum Verfassungsschutz gehabt?

Z. F. G.: Nein.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Gar nie? Keiner?

Z. F. G.: Nein. – Stopp, Moment! Jetzt Kontakt in dem Sinne, dass man mit denen geredet hat, nicht. Herr S. hat mal – – hat sich mehrmals an die Observanten – ja, Observanten – des Verfassungsschutzes gewandt, während die ihn observiert haben, und hat sich vor deren Auto gestellt und hat denen auch einmal den Reifen zerstoßen damals. Aber so – – Das würde ich jetzt nicht als Kontakt bezeichnen, sondern – – Also, Gespräche gab es da nicht, falls Sie das meinen.

(Zuruf: Das ist richtig!)

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Und haben Sie selbst im Jahr 2011 – –

(Der Zeuge spricht mit seinem Rechtsbeistand.)

Z. F. G.: Ja. – Entschuldigung.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Noch eine Ergänzung zum Verfassungsschutz?

Z. F. G.: Nein, nein, nicht wirklich. Also, wir hatten keine Kontakte zum Verfassungsschutz. Wir haben auch nicht mit denen geredet oder sonst was.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Haben Sie selbst im Jahr 2011 Kontakt zu Redakteurinnen oder Redakteuren vom „stern“ gehabt?

Z. F. G.: 2011?

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Mhm.

Z. F. G.: Nein.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Okay, gut. – Dann habe ich keine Fragen mehr.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr G., ich habe noch eine Frage: Sie haben doch eine Laube irgendwo in Langen gehabt, wo Sie auch die Zünder und diese Dinge untergestellt haben.

Z. F. G.: Eine Laube in Langen?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Laube.

Z. F. G.: Nein. Wenn, dann muss es A. Y. gewesen sein, weil der hat ja in Langen gewohnt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Aha.

Z. F. G.: Aber ich habe keine Laube gehabt in Langen. Nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Keine weiteren Fragen mehr. Dann darf ich Sie entlassen. Vielen Dank, dass Sie hier waren. Auch Ihnen, Herr Rechtsanwalt, vielen Dank.

Wir würden jetzt kurz die Obleuterunde mit der Presse im Eugen-Bolz-Saal machen. Anschließend machen wir ja die nicht öffentliche Sitzung, und anschließend haben wir dann noch mal eine nicht öffentliche Sitzung im Moser-Saal über Verfahrensabläufe.

(Schluss des öffentlichen Teils: 15:20 Uhr)

– folgt VS-NfD-Teil (gesondertes Protokoll) –

Teil III – nicht öffentlich

